Tradition der Bundeswehr:

... und marschier'n im Geist in ihren Reihen mit ... ?

Einzelfall
Einzelfall
Einzelfall
Einzelfall
Einzelfall
Einz

H 8040 F
Nummer 50
Jan./Febr. 98
3,- Mark



In diesem Heft:

Inhalt

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstr. 16
30161 Hannover. Tel.: 0511 / 3360209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Das Jahr 1997 - von der UN als Jahr gegen Rassismus definiert - ist zu Ende gegangen. Abschiebungen und die Einschränkung der Nachzugsmöglichkeiten von Kindern von MigrantInnen wurden in diesem Jahr durchgesetzt. Das Jahr 1998 begann ganz in diesem Sinne: Die Bundesinnenministerkonferenz erwägt die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und der niedersächsische Innenminister Glogowski (SPD) schlägt gar vor, das Schengener Abkommen zeitweilig außer Kraft zu setzen , um Italien zur Abschiebung kurdischer Flüchtlinge zu drängen. Deutsche Großmachtmachtpolitik auf dem Vormarsch!

DER RECHTE RAND Nr. 51 erscheint Anfang März. Redaktionsschluß ist am 12. Februar 1998.

Leserbrief

Zum Artikel von Ivo Bozic „Mitleid mit ostdeutschen Krisenopfern" in der Ausgabe Nr. 49.

Wir als Mitarbeiter der Redaktion der Zeitschrift DER RECHTE RAND möchten in diesem Beitrag Kritik an besagtem Artikel üben, der unserer Meinung nach in dieser Form nichts in unserer Zeitung zu suchen hat.

Politische Feinde (hier erkannt und definiert über den Wohnort Gollwitz) als „fremdenfeindlichen Dreck" und den Ort Gollwitz als „Scheißkaff" zu bezeichnen ist in dieser Form in DER RECHTE RAND einmalig und wird hoffentlich als zukünftiger Schreibstil keinen Einzug halten. DER RECHTE RAND ist eine politische, antifaschistische Zeitschrift mit einem gewissen inhaltlichen und stilistischen Selbstverständnis und keine schlechte Schülerzeitung oder ein kopiertes Musikfanzine...

Ivo Bozic benutzt den Ort Gollwitz und die dortige antijüdische Abstimmung, um gegen die „alte" junge Welt (jW) zu hetzen. Über die Hälfte des besagten Artikels besteht aus Anfeindungen gegen die jW, die KPF, irgendwelche „Alt-Ossis" und den jW-Redakteur Werner Pirker.

Man kann zu dem Konflikt zwischen jW und JW (Jungle World), der offensichtlich den Hintergrund für Bozics Ausfälle darstellt, stehen wie man will, aber Form und Inhalt dieses Artikels sollte ein Erscheinen in DER RECHTE RAND unmöglich machen.

DER RECHTE RAND ist ein strömungsübergreifendes Projekt, insofern ist es ein Unding, daß ein/e ArtikelschreiberIn gegen eine ihm/ihr unangenehme LINKE Strömung hetzt.

So wird Pirker vorgeworfen, er sei schon immer gegen die Antifa-Seite in der jW gewesen. Teile von uns haben die Auseinandersetzungen innerhalb der jW live miterlebt und können seine Argumente durchaus nachvollziehen. Viele Antifa-Artikel in der jW zeugten nicht gerade von politisch fundiertem Grundwissen oder gar einer linken Grundposition, was sein zentrales Argument immer war. Es ist durchaus in einer Tageszeitung die Frage zu stellen, ob es nicht vielleicht wichtigere politische Themen gäbe. Pirker hat nie vorgeschlagen, die Antifa-Seite durch ein „unpolitisches" Thema zu ersetzen. Wieso er deshalb dann irgendwie so ein stückweit politisch voll daneben sein soll, wie Bozic suggeriert, begründet er mit dem Hinweis, daß Pirker gesagt habe, „antikapitalistisch" beinhalte bereits „antifaschistisch". Wir müssen Bozic dazu die Frage stellen, was daran inhaltlich falsch sein soll. Faschismus, ohne kapitalistische Produktionsverhältnisse, gibt es nicht.

Faschismus bezeichnet eine ganz bestimmte Ausprägung, eine bestimmte politische Praxis des Kapitalismus. Leider begründet Bozic mit keinem Satz, warum er Pirkers Bemerkung für falsch hält.

Bozic wirft der jW, der KPF, etc. ihren Umgang mit den Gollwitzern vor, ohne eine eigene Idee zu formulieren. Sollte mensch das ganze Dorf verprügeln, einäschern, auflösen, oder was? Wir haben keine Probleme damit, das Verhalten der GollwitzerInnen zu thematisieren, dagegen aktiv zu werden und zu kritisieren. Aber wir denken, sich neben das Problem zu stellen, und nur Kritik zu üben, ohne eigene Lösungsmöglichkeiten auch nur anzudeuten, ist ein einfacher, aber falscher Weg.

Worauf der Artikel überhaupt hinaus will, bleibt nebulös. Sind jetzt all die, die auf die sozialen Mißstände hindeuten und dort die Gründe suchen, Schweine?

Sind die alle vielleicht eigentlich auch antisemitisch, weil sie ja die antisemitischen GollwitzerInnen anders hinterfragen als Ivo Bozic?

Das widersprüchliche an Bozic selbst ist, daß er die Position der KPF und der jW kritisiert, selbst aber im „Neuen Deutschland" (ND) schreibt, wo ähnliche Positionen ebenfalls zu finden sind. Treibt Bozic vielleicht die ökonomische Notwendigkeit dazu, im ND zu schreiben? Hat der ökonomische Zwang vielleicht doch Auswirkungen auf die politischen Positionen? Erklärt (nicht rechtfertigt!) die soziale Lage nicht doch vielleicht das Bewußtsein und die politische Praxis?

Gollwitz wirft für die Linke, neben dem politischen Bekämpfen und dem öffentlichen Brandmarken, vor allem viele Fragen auf, die beantwortet werden müssen. Denn Gollwitz ist in Deutschland leider nicht die Ausnahme...

Olaf Goebel, Peter Gröger, Klaus Harbart, Sebastian Schwarz

Termine

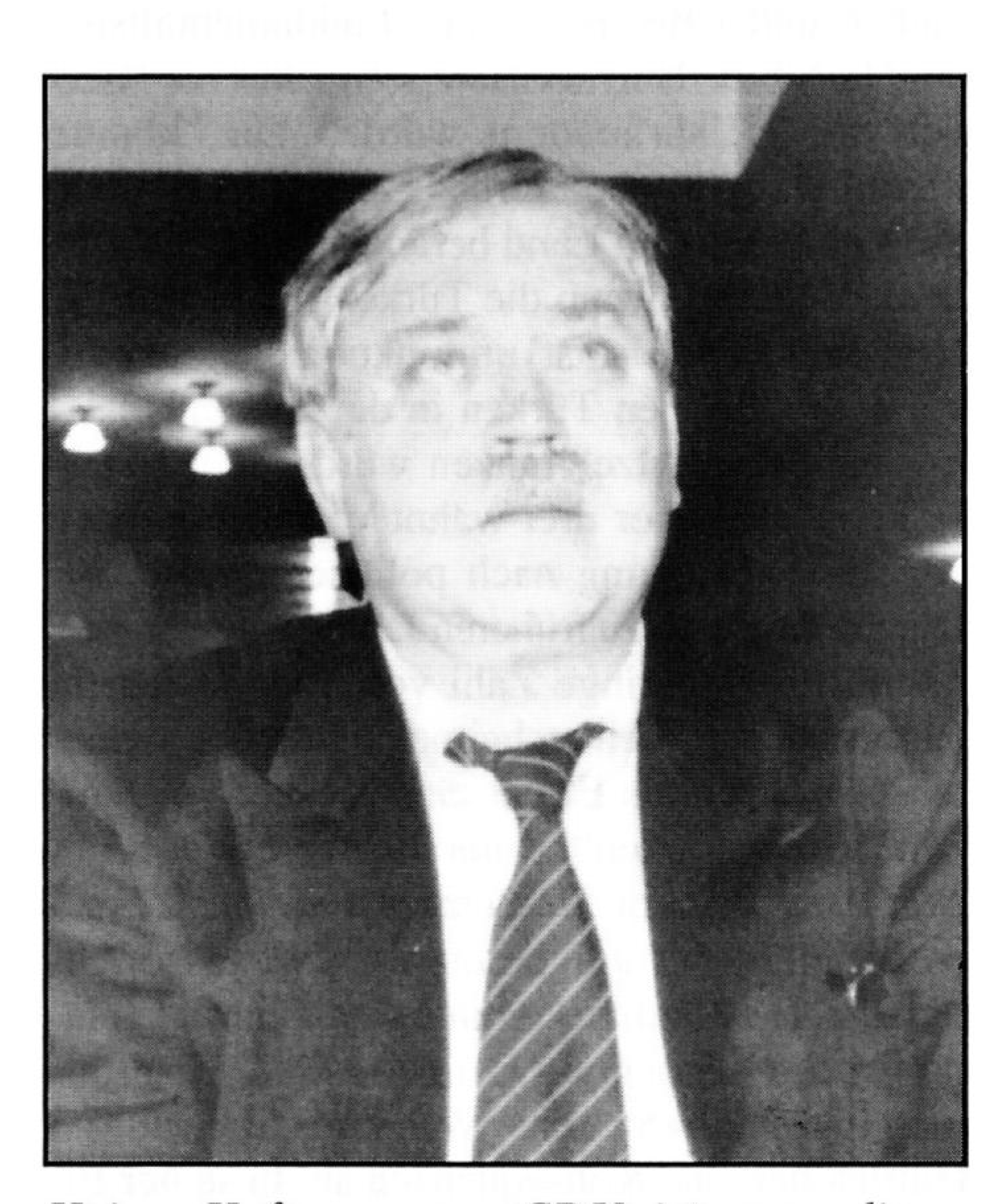
Anläßlich des für den 7.Februar 1998 geplanten NPD-Kongreß in der Passauer Nibelungenhalle wird es eine bundesweite antifaschistische Gegendemonstration geben. Unter der Nummer (0177) 3348170 wurde ein Infotelefon eingerichtet (Mo.-Fr. 18-20 Uhr).

Sebastian Schwarz

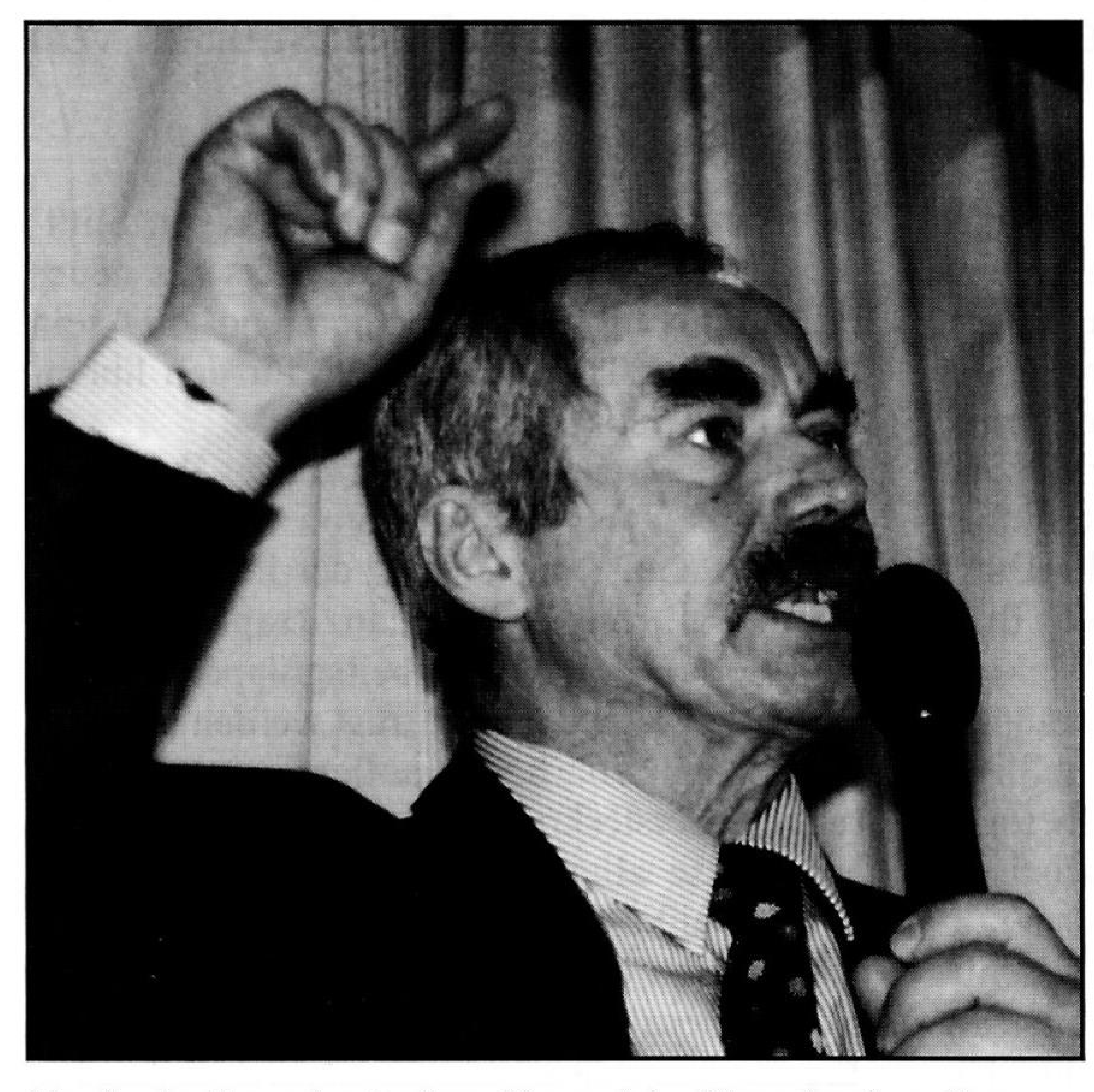
Offensive nach rechts

Es war lange vorbereitet: Erst erfolgte Kappels Rauswurf aus der Wiesbadener FDP-Fraktion im September, dann versuchte er zweimal erfolglos auf dem hessischen Parteitag der FDP für einen vorderen Listenplatz bei der nächsten Bundestagswahl zu kandidieren, und schließlich trat er selbst aus der FDP aus, um nur acht Tage später die „Offensive für Deutschland/Die Freiheitlichen" (OFD/DF) zu gründen.

Mit Kappel verließen Anfang Dezember 25 weitere FDP-Mitglieder die Partei. Unter ihnen befand sich auch die komplette FDP-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung von Bad Soden/Taunus. Letztere wollen zukünftig unter den Namen „Die Freiheitlichen" in Bad Soden weiter arbeiten. Kein zufälliger Name, sieht **Heiner Ernst Kappel** doch in **Jörg Haider** sein Vorbild. Dieser habe „in Österreich einiges geleistet, was sympathisch und vorbildlich ist." Auf historischem Grund, der Wartburg in Eisenach, sollte am 13.Dezember 1997 die Gründung der neuen rechten Sammlungsbewegung stattfinden. Doch dort wurde dem ex-Pastor und Lutherverehrer Kappel einiger Ärger beschert. Ein antifaschistisches Aktionsbündnis sorgte bereits im Vorfeld mit Protesten für Druck auf die Betreibergesellschaft des Wartburghotels und legte die Ziele und Hintergründe des neuen „nationalliberalen" Bündnisses offen. Dadurch und bedingt durch die Tatsache, daß Kappel sein Treffen unter der FDP-Faxkennung und noch als stellvertretender Vorsitzender der hessischen FDP-Landtagsfraktion angemeldet hatte (die Anmeldung erfolgte bereits im November, also vor dem Austritt aus der FDP), stornierten die Betreiber des Hotels auf der Wartburg kurzerhand die Veranstaltung und ließen Kappel und Gefolge trotz richterlicher Anordnung und der Androhung von 50.000 DM Ordnungsstrafe nicht in ihren Räumlichkeiten tagen. Der Geschäftsführer Michael Kurz war am 13.Dezember persönlich erschienen und durfte sich dort von den umsonst Angereisten als „Kommunistenschwein" titulieren lassen. So mußten die etwa 200 potentiellen Teilnehmer unverrichteter Dinge wieder abziehen und sich letztlich auf nicht ganz so historischem Grund, der Autobahnraststätte „Kirchheimer Dreieck", versammeln. Eingeladen zu seiner Gründungsveranstaltung hatte Kappel neben dem „Bund Freier Bürger" (BFB), die „Deutsche Soziale Union" (DSU) und die „Deutsche Partei" (DP) sowie alle „vernünftigen Menschen" rechts von CDU und FDP, die den Mut haben würden, gegen den Strom zu schwimmen. Die Eröffnungsrede sollte von **Heiner Hofsommer** aus dem hessischen Hünfeld gehalten werden. Eine bewußte Wahl, denn Hofsommer steht wohl für die politische Ausrichtung der OFD/DF. Er war 25 Jahre Mitglied in der CDU und ist Anfang Dezember aus seiner Partei ausgetreten, um Kappels Neugründung tatkräftig zu unterstützen. Als zukünftiges Klientel gab er Freiberufler, Landwirte, entschiedene Christen und Heimatvertriebene an. Der 51jährige Schulleiter der Jahnschule in Hünfeld bekennt sich als entschiedener Gegner der „multikulturellen Gesellschaft", wobei „die Bindung an die Heimat" für ihn eine große Rolle spielt.



Heiner Hofsommer, ex-CDU, ist gegen die multikulturelle Gesellschaft

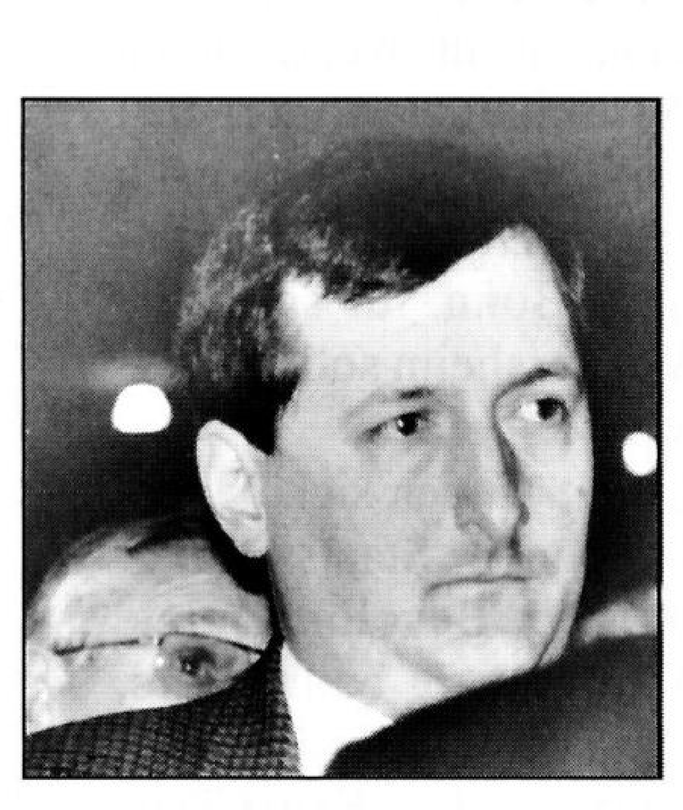


Noch ein Parteigründer: Kappel in Einpeitscher-Pose

Weitere Teilnehmer des Gründungstreffens waren die ehemalige Landesvorsitzende der CDU-Brandenburg, **Carola Hartfelder**, der rechtsradikale Ökobauer **Baldur Springmann**, **Lothar Lauck** vom BKKD, der Vorsitzende des „Christlich-Konservativen Deutschlandforums" (CKDF) in NRW, **Christian Otte,** das Hamburger CDU-Mitglied **Heiko Peters**, **Julia Kappel,** Tochter von Heiner Kappel und mit ihm zusammen aus der FDP ausgetreten sowie das „Witikobund"-Mitglied und Schriftleiter des „Witikobriefs", **Hans Ulrich Kopp**.

Das Grundsatzpapier der OFD/DF gibt allerdings außer allerlei rechtspopulistischen Platitüden, ähnlich denen des BFB, und massiver Ausländerhetze nicht viel her. Die Ursache der katastrophalen Wirtschaftslage in der BRD wird ausgerechnet den „ausufernden Sozialleistungen" zugeschrieben - in Anbetracht der Tatsache, daß gerade dieser Bereich massivsten Kürzungen ausgesetzt war und ist, eine lächerliche Behauptung. Da muß dann auch zwangsläufig die Erkenntnis folgen, daß die „ständig steigende Zuwanderung in die Bundesrepublik ebenfalls erheblich zur krisenhaften Situation bei(trägt)." Man sorgt sich natürlich auch um die Volksgemeinschaft, denn die müsse rassisch rein sein. In dem Grundsatzpapier heißt es dazu: „Rd. 10 Mio. Menschen nichtdeutscher Nationalität in der Bundesrepublik, bei einer Gesamtbevölkerung von 80 Mio., stellen vor allem ein quantitatives Problem dar. In Deutschland wird es unter dieser Voraussetzung zunehmend schwerer, von einer homogenen Bevölkerung, die sich als Gemeinschaft verstehen kann, zu sprechen.". Daher verwundert auch nicht mehr die Aussage „Das Grundrecht auf Asyl (...) ist abzuschaffen."

Die eigentliche Gründung soll jedoch erst am 25. Januar in Berlin erfolgen. Dort soll dann die OFD/DF mit dem BFB fusionieren. Eine folgerichtige Entscheidung, ist der BFB als rechte Wahlalternative doch kläglich gescheitert. Letzter Versuch des BFB, sich zu etablieren, war die Wahl in Hamburg, wo mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand versucht worden war, ein ansprechendes Wahlergebnis zu erzielen. Dies mißlang jedoch gründlich. Weitere potentielle Bündnispartner sollen die DSU im Osten sowie die DP im Westen sein. Der Termin in Berlin ist aber auch deshalb gewählt worden, da kurz vorher der Landesparteitag der FDP Berlin stattfinden wird. Kappel spekuliert dort auf das Scheitern des Versuchs von **Alexander von Stahl** und dessen nationalliberalen Gefolge, doch noch den FDP-Landesvorsitz zu erobern. Von Stahl, der sich zu Kappels Neugründung derzeit noch sehr bedeckt hält, wäre ein wichtiges Zugpferd für die Bundestagswahl 1998, an der die OFD/DF unbedingt teilnehmen will.



Hans Ulrich Kopp versucht sein Glück jetzt bei Kappels Sammlungsversuch

Michael Bauernschmidt

Studienzentrum Weikersheim nicht ganz rechts?

Am 23. Mai 1997, einen Tag vor der 19.Jahrestagung des „Studienzentrum Weikersheim“, wählten dessen Mitglieder Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten einstimmig zu ihrem neuen Präsidenten. Er ist somit Nachfolger des „furchtbaren Juristen“ Hans Filbinger, der - angeblich aus Altersgründen - zurücktrat, obwohl seine Amtszeit eigentlich erst 1999 abgelaufen wäre. Doch die Damen und Herren des Studienzentrums sorgen sich um ihr Profil, welches der stramme CDU-Rechtsaußen von Stetten zu „modernisieren“ versprach.

Als Ehrenpräsident bleibt **Hans Filbinger** (83) der von ihm 1979 gegründeten rechten Kaderschmiede jedoch weiterhin erhalten. Laut seines Nachfolgers von Stetten litt das Ansehen des „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) „unter den persönlichen Angriffen auf Hans Filbinger“, den er als einen „väterlichen Freund“ betrachtet. Dr. **Wolfgang Freiherr von Stetten** (56), seit 1990 Mitglied des Bundestages, will das „Studienzentrum Weikersheim“, das er als „Sprachrohr der vernünftigen Mehrheit“ ansieht, aus der „Schußlinie der linken Medien“ bringen: „Weikersheim ist weder deutsch-national noch nationalistisch. Weikersheim ist auch nicht nationalsozialistisch und damit auch nicht rechtsextremistisch“. Allerdings sei das Studienzenztrum etwas aus der Tradition gebrochen, denn: „Ursprünglich waren wir ein liberal-konservativer Studienkreis, dahin möchte ich die Stiftung wieder führen!“. Was von Stetten angesichts des damaligen Gründerkreises unter „liberal-konservativ“ versteht, bleibt fraglich. Um den vorgeblich neuen Kurs zu verdeutlichen, wird schon nach einem neuen Namen gesucht, wie z.B. „Ideenzentrum Weikersheim - Gesellschaft und Wirtschaft von morgen“. Der juristische Sitz soll von Stuttgart nach Wertheim verlegt werden. Die Geschäftsstelle kommt zunächst nach Bonn, für später ist Berlin im Gespräch. Weikersheim soll als Veranstaltungsort erhalten bleiben.

Dank der „neuen Linie“ finden sich bereits neue Mitglieder und Freunde. Staatssekretär **Gustav Wabro** (CDU), der Bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg beim Bund, will sich ebenso engagieren wie Staatssekretär **Eugen Volz**. Ministerpräsident **Ernst Teufel** dankte bei der Jahrestagung 1997 dem „Studienzentrum Weikersheim“ für dessen „Beitrag zur Fundierung der Gesellschaft“, wobei er den Damen und Herren einen „fast prophetischen Weitblick“ bescheinigte. Bereits 1994 fand er als gerade wiedergewählter Chef der CDU/FDP-Regierung bei der Eröffnung einer Tagung des SZW im „Haus der Wirtschaft“ die richtigen Worte. Doch es blieb nicht nur bei Worten. Die Landesregierung bewilligte dem Studienzentrum von 1993 bis 1995 über 80.000 DM.

Durch personelle Verjüngung, so von Stetten, soll neuer Wind durch die alten Gemäuer wehen. **Peter von der Heydt**, etwa gleichalt wie von Stetten, senkt den Altersdurchschnitt des Präsidiums allerdings ebenso wenig wie der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, **Manfred Rommel** (67), der als neues Präsidiumsmitglied mehr beratend tätig sein möchte. Dafür soll Rommel „für den liberalen Touch“ sorgen.

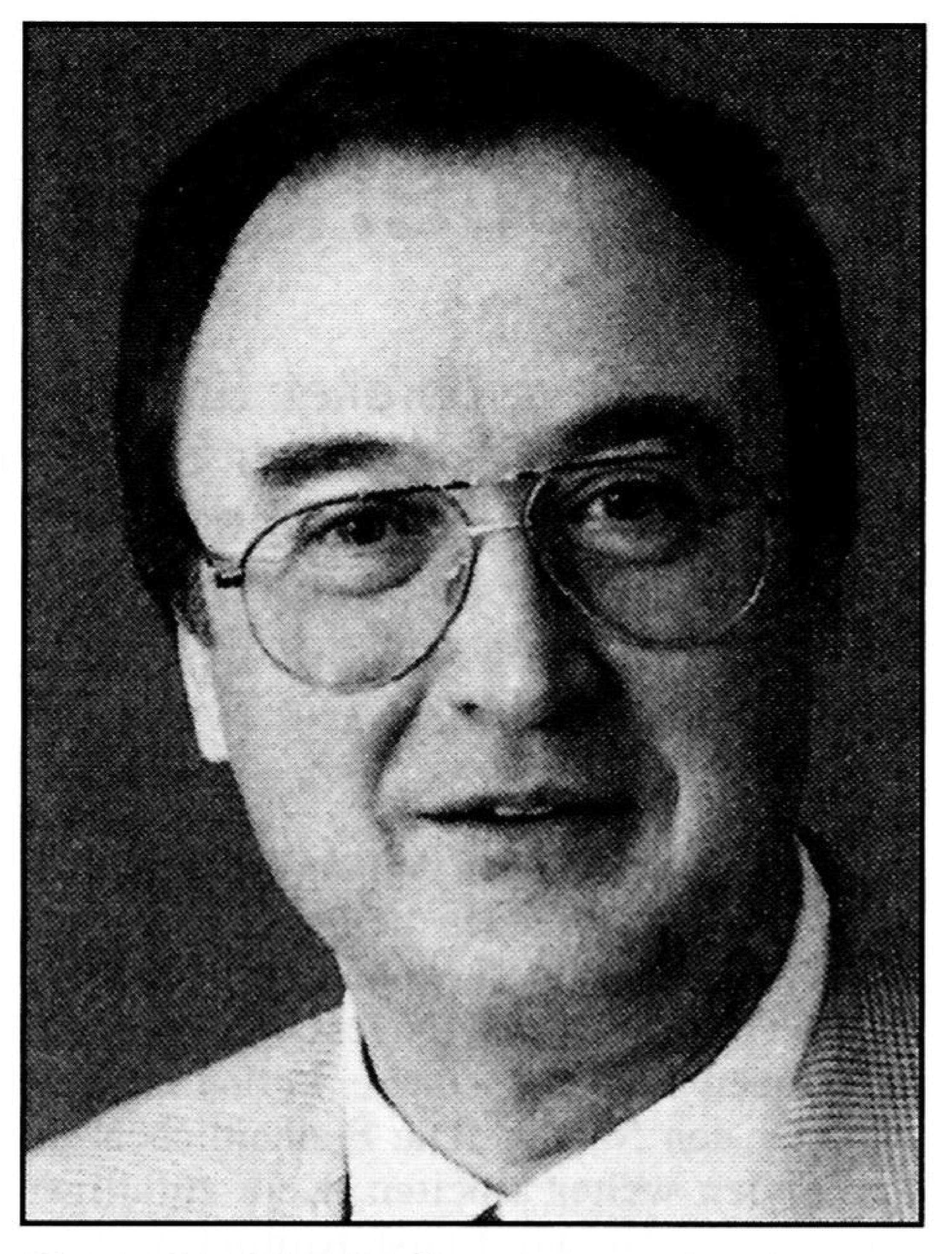
Ein weiterer Versuch, ein „neues Profil“ zu bekommen, ist die Idee von Stettens, das „enorme Geistespotential“ der im SZW vereinten Führungskräfte „anzuzapfen“. Zum Beispiel in Form von Arbeitsgruppen, die mit speziellen Themen beauftragt werden und dem Präsidenten zuarbeiten sollen, um so Erfahrungen, Geisteskraft und wissenschaftliche Erkenntnisse aller zu bündeln. Ziel sei, einen „Standpunkt der Liberal-Konservativen“ zu formulieren und „Deutschland und Europa in eine sichere Zukunft“ zu führen.

„Manche Männer sind einfach rabiat“

Was von Stetten unter liberal-konservativ beim Thema „Vergewaltigung in der Ehe“ versteht, offenbarte er schon des öfteren: Alltag des ehelichen Lebens sei es, „die Unlust des Partners zu überwinden. Dazu gehört auch die eine oder andere Berührung (...) Was ist noch Vorspiel, was Bedrängnis? Wenn der anfängliche Wille - 'heute nicht' - von der einen oder anderen Seite überwunden werde, könne dies wohl kaum als Vergewaltigung angesehen werden“. Nach von Stetten sei dies ein „mit Drohung erreichter Geschlechtsverkehr“. Denn: „Anderes als beim Sittenstrolch hat die Frau beim Ehemann keine Todesangst“. „Der Ehemann ist nicht darauf aus, ein Verbrechen zu begehen - manche Männer sind einfach rabiater“. Für ihn, seit bald 30 Jahren verheiratet, steht fest: „Beim Sex in der Ehe kann man nicht einfach nein sagen“. Nicht unwidersprochen hinnehmen wolle er, „daß in jeder 5. oder 6. Ehe vergewaltigt würde. Denn das heißt ja, daß etwa 5 Millionen Männer und Frauen (sic!) (...) Verbrecher wären“.

Feindbilder

Neben der Frauenbewegung sieht von Stetten fast überall Feinde der deutschen Nation. Ein besonderen Augenmerk legt er auf den „Fundamentalismus des Islams“. Mit der Aussage seines „Vorbildes“ Helmut Kohl, daß die Türkei nicht Teil Europas sei, geht von Stetten konform. Schließlich seien „die Türken“ „keine Europäer, sondern ein turkmenisches asiatisches Volk“.



Neuer Chef des Studienzentrums Weikersheim: Wolfgang Freiherr von Stetten

Folglich könne die Türkei nicht Mitglied in der Europäischen Union werden. Außerdem würden Religion und Kultur sich deutlich unterscheiden, was seiner Ansicht nach noch gar nicht so schlimm wäre, wenn „nicht dieser schreckliche mittelalterliche Fundamentalismus des Islams überhand nähme. Man denke nur an die etwa 650 Millionen islamischen Menschen, die einen Teil Asiens und Europas wie einen Gürtel umziehen und teilweise bereits Fundamentalisten sind (...). Eine Horrorvision, wenn dies zur 'Geißel' des 21.Jahrhunderts würde“. Dies könnte schnell „trojanische Pferde“ auf den Plan rufen, die sich bereits im Land befänden. Nicht auszudenken sei es, „wenn die Türkei - zu einem 'islamischen Gottesstaat' umfunktioniert - die zwei bis drei Millionen Türken in der BRD als islamische Speerspitze“ nutzen würde.

Feind Nummer drei wähnt von Stetten dort, wo seiner Meinung nach politisch „links“ ist. Die im Vergleich zu früheren Jahrestagungen verhältnismäßig geringe Zahl von 300 Gästen im Rittersaal des Weikersheimer Schlosses wertete von Stetten als Effekt einer Furcht vor „linken Demonstranten“. Unter ihm werde das SZW aber „vor keinem Straßenterror weichen“ und weiterhin „strikt antikommunistisch“ ausgerichtet sein. So kündigte er angesichts einer Einladung von Gregor Gysi zu einer 1.Mai-Veranstaltung in seinem (Stettens) Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe Konsequenzen an. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses des Deutschen Bundestages bei der „Gauck-Behörde“ in Berlin wolle er Gysis Stasiakten überprüfen. Dieser sei Repräsentant der PDS, die „eindeutig linkssozialistisch, kommunistisch und undemokratisch und Nachfolgepartei der verbrecherischen SED ist“. Auch die SPD kommt nicht besser weg. Sie verhindere Abschiebungen und trage somit die Verantwortung für die Wahlerfolge der „Republikaner“ (REP) und die daraus folgenden wachsenden Gewalttaten „irrer und wirrer Jugendlicher“.

Weiterhin habe die „Verniedlichung linker Gewalttaten (...) rechte Gewalttäter geradezu ermuntert und herausgefordert“. Sein Fazit: „Wenn wir zwei Jahre früher das, was wir jetzt als Asylgesetz haben, gehabt hätten, wäre es

zu den Ausschreitungen (in Rostock; Anm. d.Verf.) nicht gekommen". So seien auch der größte Teil der Wähler, die REP gewählt haben, keine Rechtsradikalen, sondern Protestwähler, die unzufrieden waren, weil die Asylfrage nicht gelöst worden sei. Bereits vor Jahren hätte er auf diese „Gefahr" immer wieder hingewiesen.

„Dauerbrenner" Asyl

Asyl als Wahlkampfthema nennt von Stetten einen „Dauerbrenner", weil „sehr viele Asylanten sehr lange da sind". Er verlangt, daß beim Asylrecht „Sammelunterkunft und Naturverpflegung" vorgeschrieben werden. Medienwirksam „testete" er in seinem mondän eingerichteten Arbeitszimmer die „Naturverpflegung", weil ihm in Lebensmittelpaketen „teurer" Spargel aufgefallen war.

Die Forderung nach der Verkürzung der Asylverfahrensdauer kaschiert er mit humanistischen Beweggründen: „Die Leute haben sich an das Leben in Deutschland gewöhnt, wenn wir sie abschieben müssen!". Aussiedlern empfahl er, die deutsche Sprache zu erlernen, da sie dann nicht in Gefahr gerieten, „mit ungebetenen Ausländern und Asylbewerbern auf die gleiche Stufe gestellt zu werden". Nachdrücklich fordert von Stetten die Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina. Sie könnten nicht warten, bis andere ihr Land wieder aufgebaut hätten. Müßig die Erwähnung seiner Forderung nach konsequenter Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber, in seinen Augen „hunderttausende von Wirtschaftsflüchtlinge".

„In der konkreten Arbeit ... nicht ganz rechts"

Von Stetten verortet sich selbst in der politischen „Mitte": „Wenn mich jemand einen Rechtsaußen nennt, kann der nur linksextrem sein". Demzufolge gibt es allerdings auch linksextreme CDU'ler, denn der Freiherr ist auch bei seinen Parteifreunden nicht unumstritten.

Der Lokalmatador der REP im Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe, **Alexander Schonath**, würde nichts dagegen haben, von Stetten in seinen Reihen zu begrüßen. Einigkeit bestand nicht zuletzt in Sachen Vergangenheitsbewältigung. Gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", die im Wahlkreis gezeigt werden soll, protestierten Schonath und von Stetten aufs Schärfste. Letzterer verwahrte sich gegen den Versuch, 16 Millionen deutsche Soldaten zu Verbrechern zu stempeln, „weil es einige waren". Die Ausstellung versuche „einseitig und historisch zweifelhaft", die Deutsche Wehrmacht als Verbrecherorganisation hinzustellen und zu verunglimpfen. Schwerste Verbrechen habe es „nicht nur auf der einen Seite" gegeben, „von den Greueln und Verbrechen nach dem Krieg an Deutschen (...) ganz zu schweigen".

Schon früher bewies von Stetten sein revanchistisches Geschichtsbild. Voll und ganz stellte er sich hinter **Otto von Habsburg** von der „Paneuropa-Union", als dieser 1995 anläßlich eines Neujahrsempfang in Schwäbisch Hall forderte, sich nicht auf die „ganz kleine Hitler-Nabelschau" zu beschränken, denn „was sind zehn, zwölf Jahre im Vergleich zur großen deutschen Geschichte? Ganz abgesehen davon, daß die Scheußlichkeiten, die damals bei uns passiert sind (...) schließlich auch anderswo geschehen sind". Vor Jahren bemerkte von Habsburg: „Die sog. DDR hat nicht nur KZ's eingerichtet, sie ist selbst ein einziges Konzentrationslager".

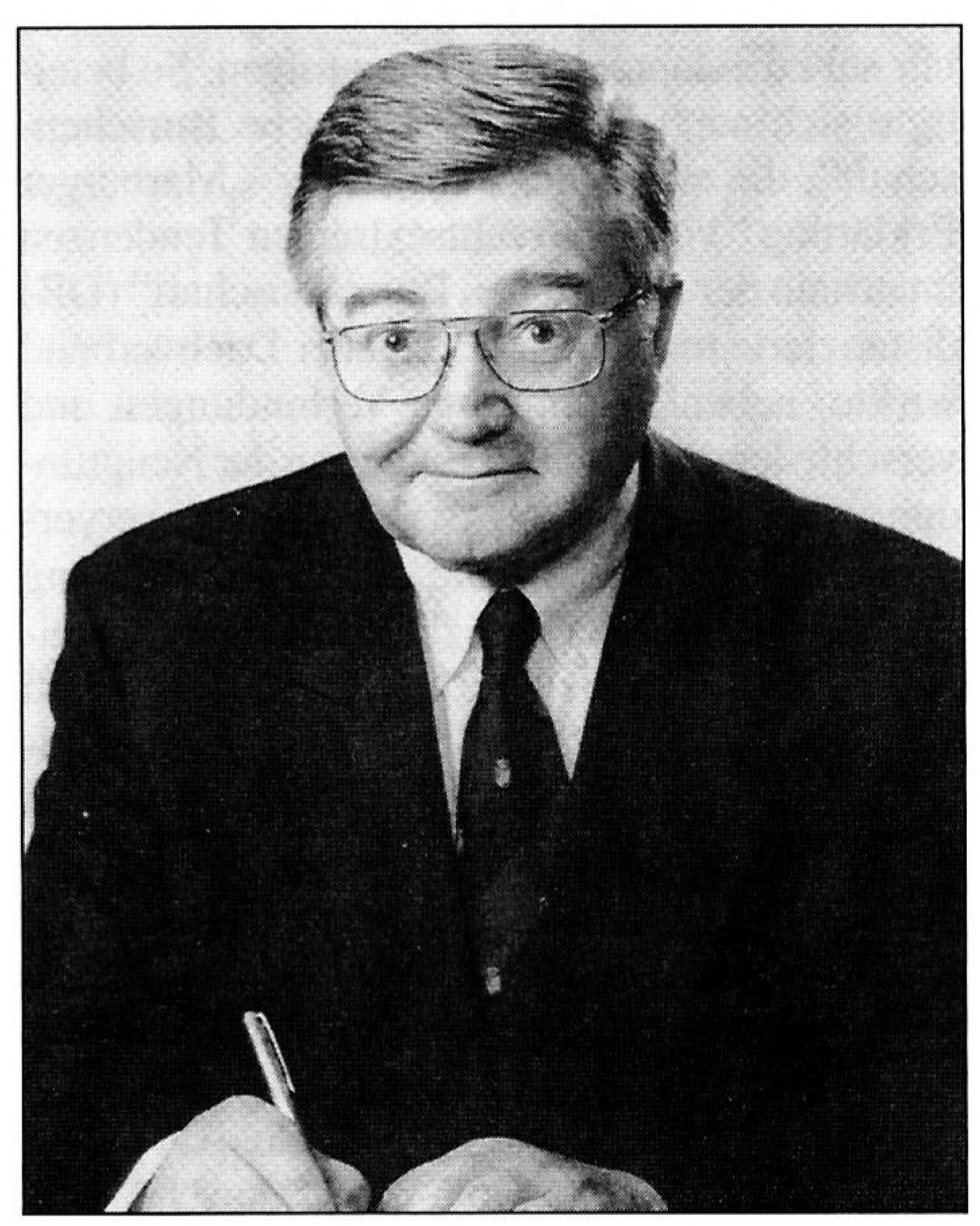
Von Stetten wurde schon mal deutlicher: „Wer aber bestreitet, daß der Kommunismus und Sozialismus in der DDR mit den schlimmsten Auswüchsen des Nationalsozialismus gleichzusetzen ist und die DDR nicht mit einem KZ zu vergleichen ist, versucht den mörderischen Sozialismus der SED in der ehemaligen DDR 'reinzuwaschen' (...). Ob einer aus Auschwitz, Bergen-Belsen oder anderen KZ's fliehen wollte und am Stacheldraht erschossen wurde, oder ob dies an der innerdeutschen Grenze oder an der Mauer geschah, es war der gleiche menschenverachtende, grausame totalitäre Anspruch eines Sozialismus oder Nationalsozialismus (...)".

Daß von Stetten nicht nur redet, sondern auch handelt, zeigte er u.a. mit seinen Strafanzeigen wegen angeblicher Volksverhetzung und Beleidigung gegen Gewerkschafter, die öffentlich das Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder" gebrauchten. Nachdem das Bundesverfassungsgericht entschied, daß diese Aussage keine Verurteilung rechtfertigt, forderte Stetten die Verfassungsrichter auf, „sich für krank" erklären zu lassen und sich von ihren Ämter zurückzuziehen. In diesem Zusammenhang wertete er, selbst langjähriger Richter, sowohl das „Mörder-Urteil" als auch das Urteil gegen den Ex-NPD-Chef **Günter Deckert**, als großen „Schaden für die deutsche Justiz". Dabei verniedlichte er das Urteil von Richter **Rainer Orlet**: Es sei „doch wohl alles eine Frage der Anführungszeichen".

„Verbindungen zum rechtsradikalen Spektrum ... abschneiden"

Die Verbindungen zum rechtsradikalen Spektrum - „sofern sie überhaupt vorhanden" wären -, gibt von Stetten zu bedenken, müßte man abtrennen. „Denn NPD, Republikaner und PDS haben bei uns nichts zu suchen".

Rolf Schlierer, heute Bundesvorsitzender der „Republikaner", 1989 beim „Studienzentrum Weikersheim" geoutet und dann gefeuert, hätte sich „eingeschlichen". Schlierer behauptet dagegen, daß er auf Wunsch von Filbinger zuerst ins Kuratorium und dann ins Präsidium berufen wurde. Was allerdings aus den Mitgliedern werden soll, die wie Geschäftsführer **Albrecht Jebens** oder die Präsidiumsmitglieder **Lothar Bossle** und **Klaus Hornung** im allgemeinen nicht als „liberal-konservativ" gelten, verriet von Stetten nicht. Wo für ihn politisch Leute stehen, die sich auf Treffen der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt", des „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis" oder der „Kultur-Konservativen-Messe" herumtreiben, ergibt sich aus seinem „links-rechts-Verständnis". Ebenso wie er jemanden zuordnet, der im „Hohenrain" und im „Berg-Verlag" veröffentlicht, oder in Publikationen wie in „Criticón", „Junges Forum", „Ostpreußenblatt" oder der „Jungen Freiheit" (JF). Letzterem gewährte er nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten des SZW sogleich ein Interview.



Gilt nicht als liberal-konservativ: Präsidiumsmitglied Lothar Bossle

Aber auch die Referenten der „6. Weikersheimer Hochschulwoche", vom 21. bis 26.September 1997, lassen erkennen, was von Stetten unter „liberal-konservativ" versteht. Neben dem kürzlich aus dem Präsidium ausgeschiedenen Brigadegeneral a.D. **Heinz Karst** (Mitglied u.a. bei der „Deutschlandstiftung") finden sich der Wiener Geschichtsrevisionist **Heinz Magenheimer**, sowie der Anti-Antifa-Theoretiker Prof. **Hans-Helmuth Knütter**.

Magenheimer will von Stetten gar nicht kennen. Dem Militärhistoriker, der u.a. in der JF und in der Reihe „Deutsche Geschichte" publiziert, werden vom revisionistische Tendenzen, deutsch-nationale Auffassungen sowie ein Konzept der Volksgemeinschaft attestiert. In Sachen Magenheimer verläßt sich von Stetten ganz auf das Urteil von Jebens, der Magenheimers Arbeiten angeblich bestens kenne.

Von Stettens vollmundig angekündigte Modernisierung dürfte die Damen und Herren des „Studienzentrums" nicht auf neue Wege führen, so daß sie unter dem Label „liberal-konservativ" auch weiterhin als Forum für rechtskonservative und extrem rechte Kreise dienen werden. Sie wußten, wen sie wählten.

Das neugewählte Präsidium des Studienzentrum Weikersheim:

Präsident: **Wolfgang Freiherr von Stetten** (CDU-MdB)
Stellvertreter: **Otto Esser** (Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes)
Schatzmeister: **Willy Dempf** (Stuttgart)
Präsidiumsmitglieder:
Lothar Bossle (Würzburg)
Peter von der Heydt (Bankhaus Delbrück & Co, Köln)
Manfred Rommel (Ex-OB von Stuttgart)
Klaus Hornung (Reutlingen)
Bernhard von Diemer (Personalchef, Königstein)
Renate Heinisch (CDU-MdEP, Boxberg)
Erwin Vetter (CDU-Sozialminister)

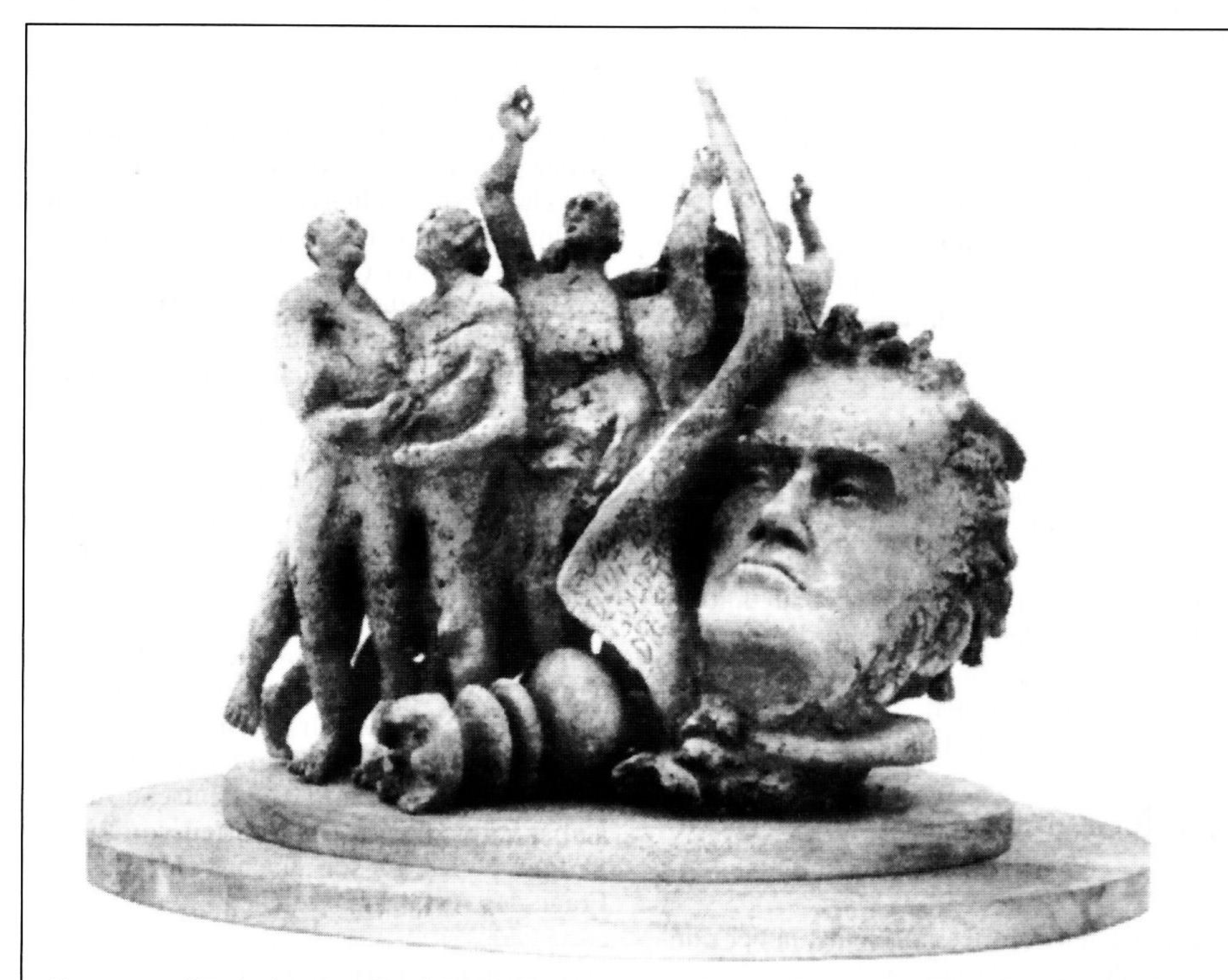
Matthias Rauch

Deutsche Burschenschaft in der Paulskirche

Aufgrund eines Beschlusses von CDU und SPD werden Studentenverbindungen im Rahmen der Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum der Paulskirchenversammlung am 4.Oktober 1998 einen Festakt veranstalten können. Um eine durch Kritiker erzwungene Verweigerung der Paulskirche an die „Deutsche Burschenschaft" zu umgehen, haben die unterschiedlichen Verbindungen eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen.

Der Zusammenschluß zahlreicher Verbindungen zeigt einmal mehr, daß den scheinheiligen Distanzierungen von offen neofaschistisch auftretenden Verbindungen und den Eigendefinitionen von studentischen Verbindungen, sei es als liberal, demokratisch, manchmal sogar als links, nur selten entsprechende Taten folgen. So beteiligte sich auch die „Neue Deutsche Burschenschaft", die sich 1996 mit der sog. „Marburger Erklärung" von den rechtsextremen Tendenzen innerhalb der „Deutschen Burschenschaft" (DB) distanzierte und fortan als eigener Dachverband wirkte, neben katholischen Verbindungen und verschiedenen Kartellverbänden an der Neugründung eines „Arbeitskreises der Akademikerverbände". Ihren Anlaß hatte diese Neugründung in einem Antrag der DB, die Paulskirche für einen Festakt nutzen zu dürfen. Dieser wurde still und heimlich von **Petra Roth** und dem damaligen CDU-Fraktionschef **Bernhard Mihm**, im übrigen einem „Alten Herrn", am Magistrat vorbei genehmigt. Kritik von „Bündnis 90/Die Grünen", die mit Verfassungsschutzerkenntnissen aus Nordrhein-Westfalen bezüglich rechtsextremer Orientierung des gesamten Dachverbandes argumentierten, folgte umgehend die Absage an die DB, wobei Petra Roth die „Deutsche Burschenschaft" verteidigte, es gäbe nur Versuche von rechten Gruppen, diese zu unterwandern. Acht Monate später können die deutschnationalen Burschen, die sich in ihrem Grundsatzprogramm immer noch gegen die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie wenden, aber auch Elsaß-Lothringen und Südtirol allzu gerne heim ins Reich holen würden, doch noch in die Paulskirche. Huckepack mit den anderen studentischen Verbindungen oder durch einen eigenen geschickten Schachzug, eine kaum sinnvolle Frage.

An den Positionen der „Deutschen Burschenschaft" gibt es nichts zu deuten, sie sind so eindeutig, daß sich auch die übrigen Verbindungen keine Mühe mehr geben müssen, sich weltoffen und betont anti-nationalistisch darzustellen. Der Zusammenschluß verschiedener Verbände beweist einmal mehr, daß die studentischen Verbindungen keine Berührungsängste mit dem Neofaschismus haben. Doch die Vergabe der Paulskirche an die Deutschnationalen paßt in das Bild, das die Initiatoren der Feierlichkeiten zur Paulskirche im Kopf haben und steht in einschlägiger Tradition. Bereits 1995 gab es in der Paulskirche einen Festakt, an denen Vertreter der Stadt Frankfurt teilnahmen und an denen sich auch die freireligiöse Glaubensgemeinschaft „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" beteiligt hatte.



Das vom „Bürgerkomitee Paulskirche" propagierte Denkmal zeigt den überlebensgroßen Kopf von Heinrich von Gagern, dem Vorsitzenden des „Paulskirchen-Parlamentes", getrennt durch die Verfassung vom „Pöbel auf der Straße". Eine deutliche Bildsprache, die das in der Paulskirche vorherrschende elitäre, betont konservative Gesellschaftsbild treffend wiedergibt. Die rechte Mehrheit fürchtete die Macht der Straße mehr als das Wiedererstarken der Reaktion. Die Verfassung als Schutz der Herrschenden vor dem Bürger, eine treffliche Inszenierung des deutschen Verständnisses von dem, was Demokratie sein soll.

So plant ein „Bürgerkomitee Paulskirche 1848" unter dem Motto „1848. Aufbruch zur Freiheit" für das Jahr 1998 nationale Jubelfeiern. Ihr Geschichtsbild basiert auf offensichtlichen Vereinfachungen; statt einer kritischen Darstellung der konkurrierenden Strömungen und Interessen, die 1848 zu Tage traten und von denen zahlreichen bewußt die Teilnahme an diesem Ursprung deutscher Demokratie verwehrt wurde, sollen einfache Bilder und Symbole dazu dienen, daß nicht über die zahllosen Widersprüche nachgedacht wird. Das einfache Geschichtsbild, das das „Bürgerkomitee" präsentiert, ist so gestrickt, daß sich alle in ihm wiederfinden können: entsprechend finanzieren Banken die Feierlichkeiten, im Vorstand sitzen Gewerkschaftler neben Konservativen - kein Wunder.

Widersprüche werden zugeschüttet anstatt sie zu benennen, so ist es auch einfacher, die studentischen Verbindungen, in deren Geschichte 1848 eine zentrale Bedeutung einnimmt, feiern zu lassen, als in einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte vielleicht auch das Projekt nationaler Mythen zu gefährden. Eine besondere Stellung in der Geschichtsauslegung des „Bürgerkomitees" nimmt die Personalisierung des „Paulskirchen-Parlamentes" auf ihren Vorsitzenden Heinrich von Gagern ein. Er soll zur Symbolfigur von Bürgerrechten und Demokratie stilisiert werden. Die Verweigerung der gleichen Rechte an die Mehrheit der Bevölkerung findet dagegen in diesem Geschichtsbild keinen Platz: Die Paulskirche war ein Parlament der Besitzenden; ausgeschlossen von den erkämpften Freiheiten und Bürgerrechten waren die unteren Stände, die Frauen und die Juden.

Fragen, vor denen sich das Bürgerkomitee offensichtlich drücken will!

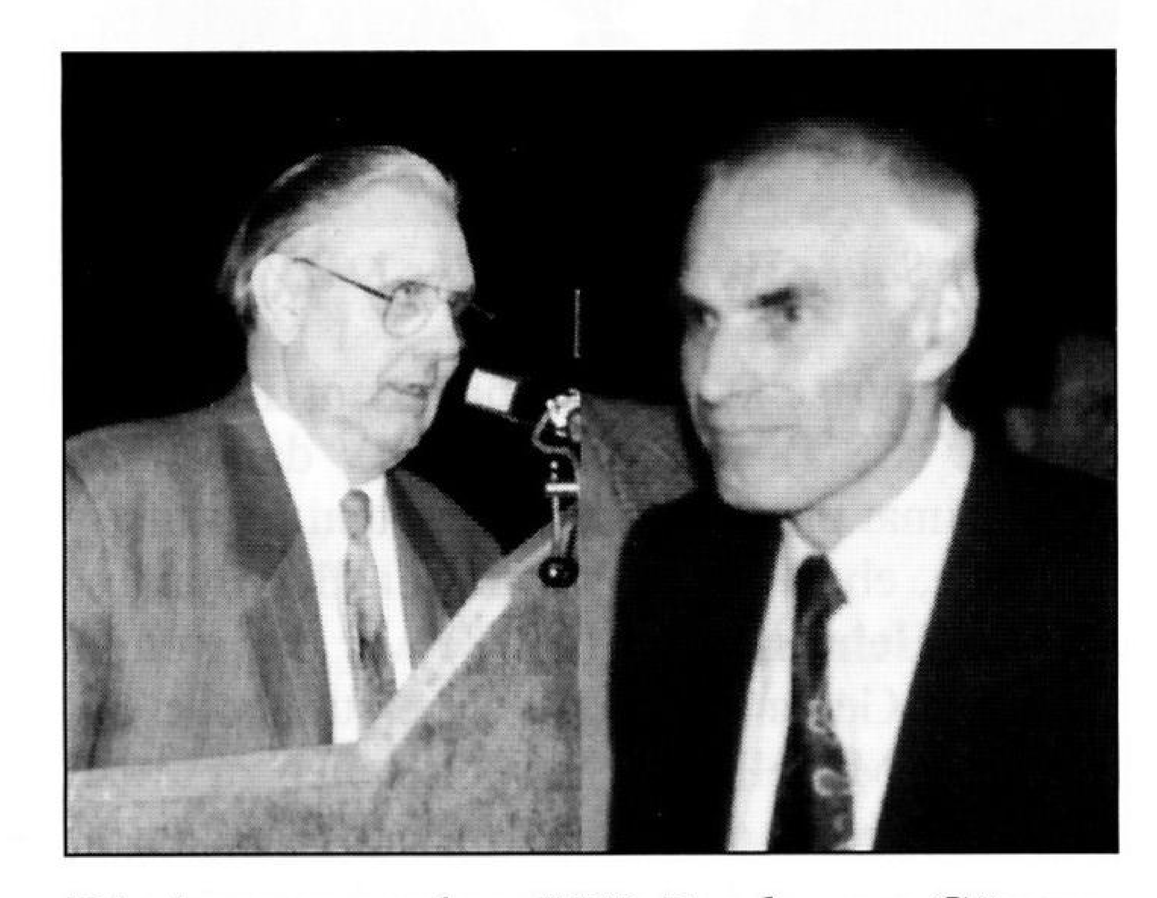
Passend in dieses Bild von Geschichte ist auch die vom „Bürgerkomitee" geplante Vergabe von Stipendien an die Schüler des altsprachlichen, betont konservativen „Heinrich-von-Gagern-Gymnasiums". Es soll den Schülern eine Vertiefung in Fragen von Demokratie, Parlamentarismus und Pressefreiheit ermöglichen. Eine sicherlich sinnvolle Aktion gerade beim Thema „Paulskirchen-Parlament", würde nicht die Schule von Rektor **Günther Walter**, dem Bundesfeldmeister der erzkatholischen „Pfadfinderschaft Europa" geleitet, die wegen ihrer reaktionären Ausrichtung und ihrer Nähe zum „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis", aber auch wegen ihrer sektenähnlichen Strukturen immer wieder kritisiert wird. Da aber in Frankfurt kritische Fragen offensichtlich stören, wird auch dies ohne Kritik hingenommen.

Samuel Salzborn & Sebastian Schwarz

Niedersachsen ganz rechts - Landtagswahl 1998 -

Das laufende Kalenderjahr wird wieder eines von jenen sein, das weise Fernsehkommentatoren zum „Superwahljahr“ ernennen werden. Neben der Stimmabgabe zur Bundestagswahl im Herbst, bitten die Politiker ihr deutsches Volk zu Kommunal- und Landtagswahlen an die Urnen, gleich zu Jahresbeginn in Niedersachsen. Am 1.März soll der mündige Bürger entscheiden, wer ihn im Niedersächsischen Landtag zu Hannover vertreten darf.

Den Auftakt des Landeswahlkampfes machten die „Republikaner“ (REP) bereits im vergangenen Jahr. Weil Ministerpräsident **Gerhard Schröder** (SPD) gemeinerweise auf dem besten Weg ist, den REP nach und nach ihr gesamtes Programm zu klauen, mußten diese sich etwas besonderes einfallen lassen. Für eine rechtspopulistische Partei wie die REP üblich, entschieden sie sich für ein Thema, dem die Bevölkerung wohlgesonnen ist: Was vormals der Kampf gegen nicht-deutsche Flüchtlinge und die Wegbereitung der faktischen Abschaffung des Rechtes auf Asyl gewesen ist, war aktuell die Propaganda gegen die „Europäische Einheitswährung EURO“ und für die „harte Deutsche Mark“. Zugegebenermaßen war dies kein originärer Einfall der „Republikaner“ und da zum Populismus in der Regel auch jemand gehört, auf den er sich bezieht und der für ihn empfänglich ist, hatten die REP eine „bundesweite Anti-Euro-Kampagne“ mit dem Ziel einer „Volksbefragung“ initiiert. Dies war für die völkisch-nationalistische Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), resp. den Leiter des Ressorts „Politik“ und „Chef vom Dienst“ **Thorsten Thaler**, ein Grund zum Feiern. Er schrieb, daß die REP eine „sechsstellige Summe“ für die „Anti-Maastricht-Kampagne“ lockergemacht hätten, um ca. 2,2 Millionen Faltprospekte („Bald haben Sie keine Mark mehr“) und jeweils 1,5 Millionen Flugblätter („Euro: Leiden für Maastricht“) und Faltpostkarten herzustellen und zu verbreiten. Thaler freute sich besonders über „eine Initiative des Mathematik-Lehrers und Oberstudienrates“ am hannoverschen „Wilhelm Raabe“-Gymnasium, **Peter Lauer**, zur Einleitung eines „Volksbegehrens gegen den Euro“. Der 57jährige Lauer ist einer von neun Vertretern des „Initiativkreis Volksbegehren“, REP-Landesvorsitzender Niedersachsen und kandidierte bei der letzten Landtagswahl für die REP. Damals warb er noch stolz mit seiner 1960 getätigten freiwilligen Meldung zum „fliegenden Personal der Luftwaffe“. Nach eigenen Angaben war er von 1965 bis 1974 Mitglied der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), in deren Bundesvorstand er von 1966 bis 1971 aktiv war. Außerdem betreute er damals die NPD-Jugendgruppe in Hannover. Bei der Landtagswahl im März soll er als Spitzenkandidat der REP antreten. Auf Platz zwei der REP-Liste ist **Gerhard Tempel** aus Fallingbostel plaziert, Mitglied im Bundespräsidium der REP. Tempel vertritt die ökologische Fraktion bei den REP. 1986 trat er bei den Landtagswahlen für die „Weißen“ an, damaliger Versuch eine nationalrevolutionäre Umweltschutzpartei zu etablieren. Aktiv war er auch in der ÖDP und beim „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL). Danach folgt **Heinz-Otto Lehmann**, ehemaliger Marineoffizier und stellvertretender Landesvorsitzender der REP aus Wilhelmshaven.



Die hannoverschen REP-Ratsherren Günter Lüdtke (li.) und Gerhard Wruck (re.)

Der „Initiativkreis Volksbegehren“, der in ganzseitigen Beilagen und Zeitungsanzeigen u.a. in der JF für sich geworben hatte, regelmäßig Infostände in den Innenstädten von Hannover und Göttingen feilbot und sich auch der Zustimmung der Nazi-Blätter „Unabhängige Nachrichten“ (UN) und „Nation & Europa“ erfreute, ist jedoch mit seinem Bemühen gescheitert: Zwischen März und Oktober haben die REPs nur 19.712 gültige Unterschriften zusammengebracht, wogegen 25.000 erforderlich gewesen wären, um eine Zulässigkeitsprüfung des „Volksbegehrens“ durch das Land Niedersachsen beantragen zu können. Nicht gerade eine Glanzleistung angesichts der Ablehnung des „Euros“ in der Bevölkerung.

Der „Initiativkreis“ war stets darum bemüht, nicht als REP-Initiative aufzufallen, seine Initiatoren sind jedoch hinlänglich bekannt: **Karl Ingo Welke** aus Garbsen, über den die Kampagnenvertreter postalisch zu erreichen waren, ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der REP Hannover und Fraktionsvorsitzender im hannoverschen Kreistag; **Jürgen Wirtz** aus Langenhagen ist Fraktionskollege von Welke und Schatzmeister der REP Bezirk Hannover. Außerdem war er Redaktionsmitglied von „Ökologie“, Zeitung der „Unabhängigen Ökologen Deutschland“ (UÖD); **Manfred Schulz** vertritt die REP im braunschweiger Stadtrat; **Wolfram Bednarski** (Springe) fungiert als Bezirksvorsitzender der hannoverschen REP und war 1995 stellvertretender Vorsitzender der ÜOD. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.

Alles im allen herrschten eigentlich ordentliche Voraussetzungen für die REP ein „gutes“ Ergebnis bei den Landtagswahlen zu erreichen, zumal höchstwahrscheinlich (Stand: Mitte Dezember) weder die NPD noch die DVU kandidieren werden. Doch es kommt alles anders. Anfang Dezember erscheinen erste Umfragen, die die REP nur bei etwa 2% Stimmenanteil sehen. Kein besonders großes Malheur, hat die Vergangenheit doch gezeigt, daß es erhebliche Unterschiede zwischen den Umfragen und den tatsächlichen Ergebnissen bei der Wahl gibt. Schwerwiegender ist da das Auseinanderfallen des REP-Kreisverbandes Hannover-Stadt. Mit **Gerhard Wruck** (45), Ratsherr und Kreisvorsitzender sowie **Günter Lüdtke** (71), Bezirksratsherr und Mitgründer der REP-Hannover, verlieren die REP ihre beiden politischen Mandatsträger in der Landeshauptstadt. Mit ihnen soll nahezu die Hälfte des etwa 50 Mitglieder starken Kreisverbandes ausgetreten sein. Als Gründe werden tiefe Zerwürfnisse mit der niedersächsischen Parteiführung angegeben. Hauptpunkt dürfte dabei das Scheitern des „Volksbegehrens“ sein, welches nun nicht als Wahlkampfaufhänger nutzbar sein wird und wofür die REP, ganz zu Schweigen von der moralischen Niederlage, durch die Werbekampagnen viel Geld ausgegeben haben. Der Landesverband dürfte somit faktisch Pleite sein. Lüdtke wirft folgerichtig Lauer die „Verschwendung von Parteigeldern“ vor. Die Vorfälle sind ein schwerer Schlag für den gesamten Landesverband und die ohnehin geringen Chancen, die 5%-Hürde zu überspringen, tendieren jetzt gegen Null. Der hannoversche Kreisverband war bisher einer der aktivsten in Niedersachsen und die REP sind in dem Flächenland auf gute Ergebnisse in den urbanen Zentren angewiesen.

Dabei war der Landesparteitag der REP Niedersachsen im Mai letzten Jahres noch alles andere als disharmonisch verlaufen: Lauer wurde in Gegenwart des REP-Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** in seinem Amt des Landesvorsitzenden ebenso bestätigt, wie auch seine Stellvertreter Gerhard Tempel, **Otto Focke** und Heinz-Otto Lehmann. Das Parteiorgan „Der Republikaner“ zeigte sich seinerzeit fröhlich gestimmt, denn der niedersächsiche Landesverband gehe „gut gerüstet in den Wahlkampf und ist optimistisch, ein gutes Ergebnis bei den Landtagswahlen im März 1998 zu erzielen“.

Andere haben mit ihren rechten Parolen durchaus mehr Aussicht auf Erfolg als die REP: „Angst vor Experimenten hemmt die politische Tat“ heißt es und daß die „Modernisierung der Wirtschaft [..] auch Modernisierung des Staates“ bedeuten würde. Deshalb dürfe auch „die Bekämpfung der Kriminalität nicht dem rechten Mob überlassen werden“. Man wird belehrt: „Beim organisierten Autodiebstahl sind die Polen nun mal besonders aktiv, das Geschäft mit der Prostitution wird dominiert von der Russenmafia, Drogenkriminelle kommen besonders häufig aus Südosteuropa und Schwarzafrika.“ Deshalb auch die Parole zur völkischen Säuberung Deutschlands: „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell“.

Wer sowas sagt? Gerhard Schröder, sozialdemokratischer Ministerpräsident Niedersachsens.

Samuel Salzborn

Deutsche Innenpolitik weltweit

- Tagung der OMV der CDU/CSU -

Am 28. und 29.November 1997 führte die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" (OMV) in der Karl-Arnold-Akademie in Bonn-Bad Godesberg ihre Bundesdelegiertentagung durch. Auf dem Programm standen, neben obligatorischen Wahlen, Festreden von Helmut Kohl, Edmund Stoiber, Horst Waffenschmidt und Hartmut Koschyk. Die OMV zählt aktuell 16.879 Mitglieder.



Helmut Sauer, Vorsitzender der OMV

Der Bundesvorsitzende der OMV, **Helmut Sauer**, hatte bereits in der Einladung für die Veranstaltung offenbart, wohin der Ritt gehen sollte: „Wir müssen uns mit der Gestaltung des zukünftigen Europas unter Einbeziehung der Vertriebenen beschäftigen. Ferner werden Fragen des Rechtes auf die Heimat, der Volksgruppen- und Minderheitenrechte und der Aussiedlerpolitik zu erörtern sein." Während der Tagung, bei der Sauer mit 96,8 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt wurde, stellte er fest, daß die „Vertriebenen" Heimatbewußtsein hätten, wie die „anderen deutschen Stämme" auch. Sie wollen ihre völkische Identität bewahren und ihr angeblich vorhandenes, kulturelles Erbe in europäische Konzeptionen einbringen. Damit erinnerte Sauer an die Ausrichtung des Parteitages der CDU 1997 in Leipzig, der unter dem Motto „Heimat-Vaterland-Europa" stand. Entscheidend dabei dürfte sein, daß die „Vertriebenen"-Protagonisten der Union sich nicht im Gegensatz zur offiziellen Staatsdoktrin positionieren können, sondern auf das Modell des „Europa der Regionen" unter deutscher Hegemonie setzen. Als signifikant hierfür kann der Vertrag zwischen Deutschland und Polen vom 17.Juni 1991 gelten, der festlegt, daß beide Staaten „ihre souveräne Gleichheit, ihre territoriale Integrität, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen, ihre politische Unabhängigkeit sowie den Grundsatz des Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt" achten. In der Präambel des Vertrags wird jedoch auch darauf hingewiesen, daß die „Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden" bestünde und daß „eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen" sei. Beim Blick auf die Währungspolitik der BRD zeigt sich, daß diese „europäische Friedensordnung" die Wahl hat zwischen deutschnational-chauvinistischer DM-Politik oder der Währung EURO, aller Voraussicht nach bekanntermaßen auch unter deutschem Diktat. Hierzu kommt die völkische Minderheitenpolitik, die darauf abzielt, europäische Staaten zu parzellieren und durch die dann hergestellte relative politische Irrelevanz derselben eine europäische Version zu schaffen, die eine deutsche sein wird.

Der bayrische Ministerpräsident **Edmund Stoiber** (CSU) wies vor der OMV darauf hin, daß Heimat das Nahe, Konkrete und Identitätsstiftende, eben das Regionale sei. Bei Bundeskanzler **Helmut Kohl** (CDU) war der weiterführende Gedanke auf das zu erstrebende europäische Modell zwischen den Zeilen zu lesen: „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, dieses großartige Dokument, das Rache und Vergeltung ablehnt, kennen viel zu wenige."

Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" wurde am 5.August 1950, ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes der BRD und der erstmaligen Konstituierung des Deutschen Bundestages, in Stuttgart auf einer Massenkundgebung verkündet. Helmut Kohls Ablehnung von „Rache und Vergeltung" liest sich im O-Ton wie das erste Dokument für das neue Modell des deutschen Europas: In der „Charta" steht, daß die „deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas tätig" einzuschalten seien. Fünf Jahre nach Auschwitz bekennen sich die nach Osten Strebenden „im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums" und ihrer „Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis" dazu, daß „den Menschen mit Zwang von seiner Heimat" trennen, bedeute, „ihn im Geiste töten", wobei die „Völker der Welt ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen" (sic!) empfinden sollten.

In diesem Kontext stellt es sich als Marginalie dar, daß Kohl vor der OMV darauf hinwies, daß die „Vertriebenen", resp. die „Sudentendeutsche Landsmannschaft" (SL), bei dem im Zuge der sog. Deutsch-Tschechischen Erklärung vorgesehenen Gesprächsforum ebensowenig ausgegrenzt werden sollen, wie beim Zukunftsfonds. Daß dabei den Verbänden, deren Mitglieder z.T. noch aktiv an der Politik gegen die „rassisch unverdaulichen Tschechen" (Reichsprotektor **Karl Hermann Frank**, April 1944) beteiligt waren, finanzielle und politische Mittel offenstehen werden, ist nichts als konsequent.

Helmut Kohl unterstrich in seiner Rede auch die „persönlichen Leistungen" der Gründergeneration des BdV. Er stellte heraus, daß der am 18.April 1997 im Alter von 82 Jahren verstorbene BdV-Ehrenpräsident **Herbert Czaja** jemand sei, „auf deren Schultern einer wie ich steht". Czaja seinerseits hatte die Bundesregierung immer wieder dazu aufgefordert, „die deutsche Frage voll offenzuhalten und möglichst viel von Deutschland zu retten". Mitte der achtziger Jahre hatte Czaja in der Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt, weil er von einer „40jährigen Zwangspolonisierung und Diskriminierung" von sog. Deutschen in Polen gesprochen hatte.

Ein anderer Redner der Bundesdelegiertentagung der OMV dürfte mit Kohl konform gehen, was die Vorbildfunktion Czajas angeht: **Hartmut Koschyk** (MdB/CSU). Koschyk ist Chef des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA) und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er berichtete, daß die 28 Mitglieder der Arbeitsgruppe ausschußübergreifend im Bundestag an allen Fragen mitarbeiten würden, die „Vertriebene" anbelangen. Der Arbeitsschwerpunkt sei der Dialog mit Repräsentanten der ost- und mitteleuropäischen Staaten, Besuche zur Koordinierung von Projekten in diesen Ländern eingeschlossen. Was sich unter diesen Besuchen vorgestellt werden muß, zeigt regelmäßig der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung **Horst Waffenschmidt**.

Das Bundesinnenministerium, bei dem Waffenschmidt als Parlamentarischer Staatssekratär tätig war, hat von 1990 bis 1997 über 175 Mio. DM für die „Deutsche Minderheit" in Polen zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld wurde vor allem die Förderung der deutschen Sprache finanziert. Ein nicht zu verachtender Teil floß aber auch in Infrastrukturmaßnahmen und die Unterstützung der Ökonomie. Um den Erfolg dieser deutschen Innenpolitik in Polen zu begutachten und sich „über die Lage der deutschen Volksgruppen vor Ort" (so **Klaus Schuck** im „Deutschen Ostdienst") zu informieren, machte sich Mitte des vergangenen Jahres eine hochrangige bundesdeutsche Delegation auf den Weg nach Warszawa, Gdansk, Olsztyn, St.Petersburg und Kaliningrad. An der Spitze der völkischen Urlauber stand Horst Waffenschmidt. Damit die „Minderheitenpolitik" auch tatsächlich in Polen gut gelingt, gesellte sich auch **Heinrich Kroll** zu der Besichtigungsgruppe. Bei der Wahl vom 21.September 1997 wurde Kroll zusammen mit **Helmut Pazdzior** von der Liste der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im schlesischen Oppeln", die als „nationale Minderheit" von der 5%-Sperrklausel befreit sind, in den polnischen Sejm (das ist das polnische Parlament) gewählt, um dort die „deutsche Minderheit" zu vertreten.

Ein Zusammenfassung der konzeptionellen Vorstellungen der deutschen Volksgruppen- und Minderheitenpolitik bildet der „Aufruf zur Solidarität: Nur Gerechtigkeit schafft Frieden" des „Bundes der Vertriebenen", den zu unterstützen die OMV bei ihrer Tagung einstimmig beschloß. In dem BdV-Aufruf heißt es u.a., daß Deutschland eine „neue Ostpolitik" brauche, die sich vorzugsweise für die „Schaffung gesicherter Volksgruppen- und Minderheitenrechte für die Deutschen in der Heimat und für rückkehrwillige Deutsche" einsetzen müsse.

Die Konzepte für eine weltweite deutsche Innenpolitik liegen vor; an ihrer Umsetzung wird seit längerem intensiv gearbeitet.

Rainer Butenschön

Roeder, Rühe und die Bundeswehr

Sie haben nichts gemerkt. Mehrere Stunden parlierten und dinierten Offiziere der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese angeregt mit Manfred Roeder. Daß sie sich einen Neonazi eingeladen hatten, sei ihnen nicht aufgefallen. Wer kennt schon Roeder, den rechtskräftig verurteilten Terroristen?

Arg- und ahnungslos blieben die Militärs, zumal dieser nette Mensch „nicht die Spur eines Ansatzes rechtsradikaler Äußerungen" habe erkennen lassen. Lediglich „rein technisch" habe **Roeder** über die Re-Germanisierung der im Zweiten Weltkrieg an die Sowjetunion verlorene frühere deutsche Provinz Ostpreußen referiert. Ein „interessanter Vortrag", den Roeder zuvor mit dem damaligen Leiter des Akademie-Stabes besprochen hatte. Wie aber sollte Oberst **Norbert Schwarzer** schon Anfang 1995 ahnen, daß Weiterbildung über praktizierten Revanchismus „diametral" der deutschen Außenpolitik entgegensteht?

Schließlich hat Verteidigungsminister **Volker Rühe** dies erst dieser Tage verlautbart. 1995 aber lag den Militärs ein anders zu verstehender Bescheid des Bonner Außenministeriums vor: Roeder mit Autos und Werkzeug aus ausgemusterten Bundeswehrbeständen bei der Ansiedlung von sogenannten Volksdeutschen in der russischen Westprovinz zu helfen (laut Verfassungsschutz „eine Vorstufe zur Rückkehr des Gebietes zu Deutschland"), liege „im Bundesinteresse" – ein Akt operativer Außenpolitik also, wie er gemeinhin Geheimdiensten übertragen wird. In diesem Fall profitierte Roeders privates „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk". Sich darüber aus erster Hand zu informieren, wer wollte das den Militärs angesichts solcher Protektion aus Bonn für ihren Gastredner verdenken? Kein Wunder, daß Flottillenadmiral **Rudolf Lange**, der heutige Kommandeur der Militärakademie, sich „ziemlich betroffen" zeigt – darüber, „daß die Sache so negative Schlagzeilen macht."

Fast drei Jahre hat es gebraucht, bis diese Vorgänge der Öffentlichkeit bekannt wurden. Ein Fall „einmaligen Versagens", wie die Akademie betont. So einmalig in einer Kette von weit über 100 bekanntgewordenen „Einzelfällen" rechtsextremistischer Umtriebe in der Bundeswehr, daß nun endlich auch der Bundestag umfassend Aufklärung verlangt.

Öffentlich zu klären sind die konkreten Umstände und Verantwortlichkeiten des jeweiligen „Einzelfalls". Dazu gehört im Fall der Führungsakademie die Frage, warum Roeders Auftritt „auch im nachhinein unterschätzt worden" ist, wie Lange interne Vertuschungsversuche vornehm umschreibt.

Dazu gehören aber auch und vor allem Fragen nach dem politischen Zustand der deutschen Streitkräfte und der Gesitesverfassung ihrer Soldaten: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, daß rechtsextremistische Entgleisungen in der Bundeswehr keine Einzelfälle sind und auch nicht nur ein Problem der Wehrpflichtigen", hat das Darmstädter Signal, ein Arbeitskreis von 150 kritischen Offizieren und Unteroffizieren, erklärt: „Unpolitisches, deutsch-nationalistisches Denken und Ausländerfeindlichkeit" reichten „bis weit in die Mitte auch der militärischen Führung der Bundeswehr".



Die Regermanisierung Trakehnens ist für die Bundeswehr kein neues Thema - gesehen auf einem Schießplatz der Bundeswehr

Der Militärhistoriker Wolfram Wette hat ergänzt: „Eine rechtsradikale Minderheit, die von einem größeren nationalkonservativen Umfeld augenzwinkernd geduldet wurde, hat es auch in der Bundeswehr früherer Jahrzehnte gegeben. Aber das Ausmaß und die Dreistigkeit der rechtsradikalen Aktivitäten von heute sind neu. Wir haben es mit einem Tabubruch zu tun. Eine Reihe von Soldaten testet offenbar aus, wie weit sie heute im Milieu der Bundeswehr gehen kann."

Solche Vorhaltungen wird Verteidigungsminister Volker Rühe nicht mehr länger mit dem Hinweis wegbügeln können, Fehlverhalten werde geahndet und unter 340 000 Soldaten gebe es zwangsläufig immer „ein paar Idioten". Vielmehr gehört eine systematische Untersuchung rechtsradikaler Tendenzen in der Bundeswehr auf die Tagesordnung. Zu klären sind das Ausmaß rechter Neigungen , zu überprüfen ist die gängige Entlastungsformel, die Bundeswehr sei nur das Spiegelbild der Gesellschaft.

Zwar ist unstreitig, daß das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren weit nach rechts verschoben worden ist. (Im übrigen geschah dies nicht von irgendwelchen durchgeknallten Glatzköpfen sondern aus der politischen Mitte heraus.) Doch mit Blick auf die von Befehl und Gehorsam geprägten Strukturen der Bundeswehr gilt es verschärft der soziologischen Erkenntnis zu folgen, daß Rechtsextremismus ein Gruppenphänomen ist, das bevorzugt in autoritären Umfeldern gedeiht.

Problemverschärfend kommt hinzu, daß in der Bundeswehr bis heute eine brisante Tradition gepflegt wird, die in einer Gesellschaft des Umbruchs verunsicherten Individuen festen Halt verspricht, sie mit Phantasien der Stärke ausrüstet: „Ein positives, vom Nationalsozialismus künstlich abgehobenes Bild der Hitler-Wehrmacht"(Wette).

Beispiele für diese Traditionspflege gibt es zahllose. Erinnert sei nur, daß bis in die jüngste Vergangenheit hinein an Namen Hitlertreuer Generäle wie **Dietl** und **Kübler** festgehalten wurde. Oder an jene Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage, die vor einem Jahr die Grünen-Abgeordnete Annelie Buntenbach stellte: Ob sich Bundesregierung/Bundeswehr künftig von der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger", die bei ihrem Treffen auch SS-Leute ehrt, distanzieren wolle? Die Antwort war unmißverständlich knapp: „Nein."

Angesichts solcher Vorgaben von ganz oben klingt es wenig überzeugend, daß Rühe die Soldaten zum Jahreswechsel zum „Vorleben" des Prinzips der Inneren Führung aufgefordert hat – per Tagesbefehl. Dabei lassen sich demokratisches Verhalten und Zivilcourage nicht anordnen, nur ermutigen und leben. Doch ein Soldat, der sich kürzlich bei der Wehrbeauftragten darüber beschwerte, daß Oberstleutnant **Günther Guderian**, ein Verbindungsoffizier der Bundeswehr in den USA, ein Bild des hakenkreuzgeschmückten Wehrmachtsgenerals **Heinz Guderian**, der Widerstandskämpfer vom 20. Juli dem Volksgerichtshof auslieferte, in sein Büro hing, wurde kurzer

Hand versetzt – „während eben dieser Enkel und Wehrmachtsgeneral nach wie vor die Bundeswehr in den USA repräsentieren", berichtet Stefanie Christmann im „Freitag".

Der Vorfall illustriert, daß das in Sonntagsreden immer wieder beschworene Reformkonzept eines Staatsbürgers in Uniform, gedacht als demokratietaugliche Alternative zu militaristischen Verhaltensnormen und Denkstrukturen, wie sie aus vordemokratischen Gesellschaften im Militär tradiert sind, in der Bundeswehr längst gescheitert ist – gerade auch am Verhalten von CDU-Verteidigungsministern. Das hat der wegen gelebter Innerer Führung (sprich: kritischen Widerspruchs zur Militärpolitik der Kohl-Regierung) vorzeitig ausgemusterte Admiral Elmar Schmähling schon 1991 in seinem Buch „Ohne Glanz und Gloria: Die Bundeswehr - Bilanz einer neurotischen Armee" offengelegt – so ausführlich wie folgenlos : „Was bleibt, ist ein durch und durch – auch geistig – uniformierter Befehlsempfänger."

In diesen von politischem Pluralismus und Kontroversen kaum angekränkelten Strukturen der Bundeswehr werde derzeit gerade das brisante Traditionsproblem „neu vermessen", urteilt Wette: Ermutigt durch jahrelange geschichtsrevisionistische Debatten und im Zeichen der propagierten ‚Neuen Normalität" mit der Perspektive weltweiter deutscher Militäreinsätze. Dabei, so Wette, ist die Vielzahl der „besonderen Vorkommnisse mit rechtsradikalem Hintergrund" auch zu lesen „als ein Verwischen der Grenzen zwischen konservativen und rechtsradikalen Positionen".

Zur feinsinnigen Ironie der Geschichte gehört, daß deshalb nun auch Volker Rühes Karriere knicken könnte. Der aufhaltsame Aufstieg jenes christdemokratischen Biedermanns, der ausdrücklich keinen Grund zur Selbstkritik erkennen mag. Dabei darf gerade Rühe sich über rechte Exesse nicht wundern. Als Verteidigungsminister rühmt er sich schließlich der erfolgreichen Zurüstung der Bundeswehr für die neue internationale „Führungsrolle" (Helmut Kohl) Deutschlands. Als CDU-Generalsekretär hatte Rühe zuvor die Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts skrupellos in jedes Gemeindeparlament getragen und den Rassismus als Alltagsideologie mit befördert. „Ausländer-raus" und „Deutschland, Deutschland über alles" - das ist nur die Begleitmusik seiner kühl durchgeplanten Erfolge.

Doch die will selbst die SPD nicht ernsthaft schmälern. Altbundeskanzler **Helmut Schmidt** jedenfalls hat im Leitartikel der „Zeit" schon bekannt, Leute von Rühes Kaliber würden – wie immer die Bundestagswahl 1998 ausgehe – auch anschließend gebraucht. Manche Leute wollen eben nichts merken.

Alfred Schobert

Holocaustleugnung von Rühes Gnaden

Ein Pensionär des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes gibt rechtsextremistischen Geschichtslügen offizielle Weihen

Obwohl die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" im wissenschaftsförmigen Outfit daherkommen, weiß man bei Lektüre sofort, wo es langgeht bei Behauptungen wie der, „daß die Zeit für endgültige Aussagen hinsichtlich der großen Judenverfolgung noch nicht gekommen ist".

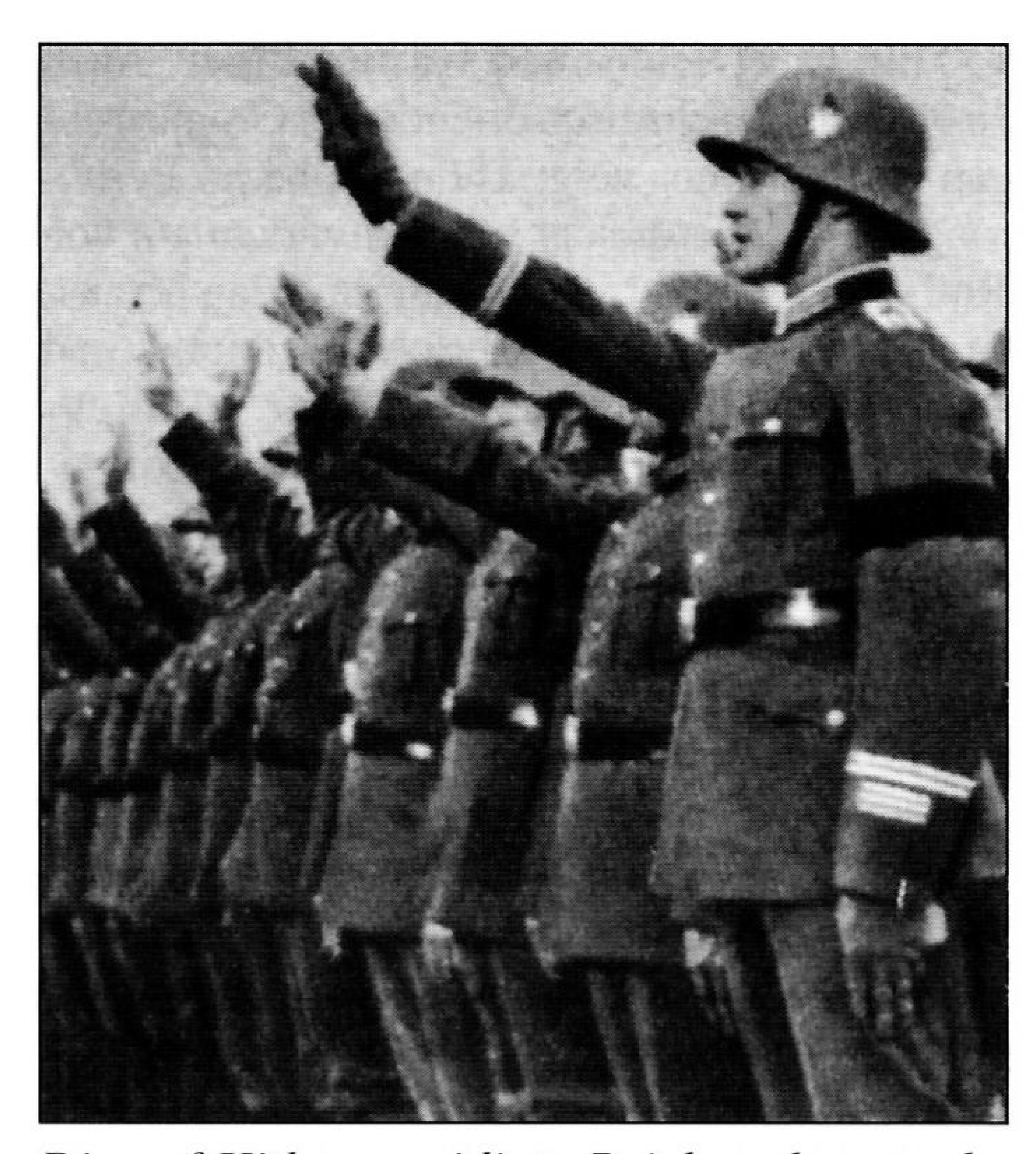
Die Stoßrichtung ist klar, wenn der Autor in taktischer Vorsicht präzisiert, es könne „heute nicht mehr um die Massentötungen an sich, sondern nur noch um die Opferzahlen und um die Methodik des Mordens gehen". „In dieser Hinsicht allerdings", so fährt der Text fort, seien „freilich noch gewichtige Modifikationen zu erwarten". Wie es sich für ein Blatt gehört, in dem notorische Auschwitzleugner wie der Franzose **Robert Faurisson** und **Germar Rudolf-Scheerer** als Autoren zu Wort kommen, ficht besagter Autor dann „die Sechsmillionenzahl" an. Es können, so die abwegige Gedankenführung, keine sechs Millionen Juden ermordet worden sein, weil diese Zahl „von niemand anderem als dem berüchtigten Ilja Ehrenburg in der sowjetischen Auslandspresse aufgebracht" wurde. Entsprechend meint der eifernde Holocaustleugner über Wolfgang Benz, den Herausgeber des Buches „Dimensionen des Völkermords", er müsse „sich daher den Vorwurf gefallen lassen, daß er, wenn auch unwissentlich, eigentlich nur eine Propagandazahl Ehrenburgs bestätigt".

Diese abstruse Argumentation *als solche* wäre keinen Artikel wert. Sie ist typisch für die Verdrehungen, mit denen die international agierenden Amokläufer gegen die historische Wahrheit mit schier unerschöpflicher Phantasie die systematische Vernichtung der europäischen Juden ganz oder teilweise leugnen. Anzuführen wären nur noch zwei Tatsachen: Die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" sind ein neues Projekt der braunen Szene und werden von der im belgischen Berchem ansässigen „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek" herausgegeben; Germar Rudolf-Scheerer legte besagten Text als Gutachten zu seiner Entlastung 1996 dem Amtsgericht Tübingen vor, wo er sich für den unter dem Pseudonym „**Ernst Gauss**" herausgegebenen Katalog der Holocaustleugnung namens „Grundlagen der Zeitgeschichte" aus dem neofaschistischen „Grabert Verlag" zu verantworten hatte.

Brisant wird das „Gutachten" in der Herbstnummer der „Vierteljahreshefte" erst durch seinen Autor. Es handelt sich um Dr. **Joachim Hoffmann**. Er war von 1960 bis 1995 Mitarbeiter im Rang eines wissenschaftlichen Direktors beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), das dem Verteidigungsministerium untersteht. **Rühe**s Pensionär führt denn auch als Beleg seines Sachverstandes seine „jahrzehntelange Berufserfahrung und Berufsausübung im wissenschaftlichen Dienst des Bundes" an und gibt so seiner Variante von Holocaustleugnung einen offiziellen Anstrich. Hoffmann kann dies tun, weil das Verteidigungsministerium seinem Treiben seit zwei Jahren tatenlos zusieht, obwohl es über Hoffmanns frühere Beiträge zur Holocaustleugnung offiziell informiert wurde. Hoffmanns Buch „Stalins Vernichtungskrieg" war im Februar 1996 Gegenstand einer von der bündnisgrünen Abgeordneten Annelie Buntenbach initiierten Fragestunde im Bundestag.

Hoffmann hatte in seiner Schwarte Goebbels Propagandathese vom „Präventivkrieg" gegen die Sowjetunion mit hohem wissenschaftsförmigen Aufwand erneuert. Nebenbei streute er dort gängige Thesen der Holocaustleugnung. So konnte er für die „Gasangelegenheit" keine Belege finden; auch die Ermordung von 30000 Juden in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew zog er in Zweifel. Diese braune Propaganda erschien 1995 im Münchner Verlag für Wehrwissenschaften, versehen mit einem Vorwort eines weiteren Bundesbeamten, dem Leitenden Archivdirektor des dem Bundesarchiv zugehörigen Militärarchivs Freiburg, Dr. **Manfred Kehrig**. Angesichts dieser offiziellen Weihen witterte der Rechtsextremismus seine Chance. So wie man im Herbst 1993 **Ernst Nolte** als Thesenwaschanlage für die Auschwitzleugner gefeiert hatte, wurden nun Hoffmanns Highlights in ausführlichen Rezensionen durch die rabiate Vertriebenen- und die rechtsextreme Presse begierig ausgeschlachtet, Hoffmann trat zum Interview in der „Jungen Freiheit" an, das Buch avancierte zum Bestseller in der Szene. Das Verteidigungsministerium reagierte mit hartnäckiger Ignoranz. **Michaela Geiger** trat als Parlamentarische Staatssekretärin mit dem Obstinatio vor das Parlament, Hoffmanns Buch sei eine „private Veröffentlichung". Außer dieser etliche Male erteilten Auskunft wußte sie noch davon zu berichten, es sei „ein sehr dickes Buch". Gelesen hatte sie es laut eigenem Bekunden nicht. Was sie um so beredter beim Herunterspielen der Angelegenheit machte. Rezensionen des Hoffmann'schen Buches in der rechtsextremistischen Presse waren der Bundesregierung, deren Innenminister der aufgeblähte Apparat des Verfassungsschutzes untersteht, Geiger zufolge nicht bekannt. Die Parlamentarier unter den Verächtern der Demokratie dankten Geiger diese an Mißachtung des Parlaments grenzende Ignoranz, indem sie sie nach dem Tode **Hans „Johnny" Klein**s zu ihrer Vizepräsidentin wählten.

Ermöglicht durch die offizielle Billigung durch Nichtstun ist spätestens mit der Hoffmann-Publikation in den holocaustleugnenden „Vierteljahresheften für freie Geschichtsfor-



Die auf Hitler vereidigte Reichswehr - auch ein Vorbild für die Bundeswehr?

schung" nun in derbster Form das eingetroffen, wovor Kritiker damals warnten. Auschwitzleugner führen nun das Renomee einer Bundesbehörde ins Feld und profitieren vom Ansehen, das sich das MGFA durch die Arbeit einiger kritischer Historiker international erworben hat. Hoffmann weiß sehr genau, wo der Hebel anzusetzen ist. Gezielt kritisiert er die sogenannte „Offenkundigkeit", derzufolge Gerichte bei Verfahren gegen Auschwitzleugner keine Gutachten zulassen, die zugunsten der Angeklagten offenkundige historische Gegebenheiten wie die Gaskammern der Vernichtungslager in Frage stellen. So zielt der „sachverständige Historiker" vorrangig auf die juristische Argumentation. Das mittelfristige Ziel, die juristische Verfolgung der Holocaustleugnung auszuhebeln und der rechtsextremistischen Entlastungspropaganda freie Bahn zu verschaffen, ist unverkennbar.

Unverkennbar ist den diesbezüglichen Verleugnungen Geigers zum Trotz auch, daß beim MGFA eine Kursverschiebung im Gang ist. Zwar bestritt Dr. **Werner Rahn**, Kapitän zur See, während der Debatte um Hoffmann „Veränderungen in der wissenschaftlichen Ausrichtung" des MGFA. Doch zeigen bspw. die Beiträge in der offiziösen Zeitschrift „Europäische Sicherheit", in denen militaristische Heißsporne gegen „Messerschmidts 'rote Zelle'" agitieren, unter welchem Druck aus der Truppe die kritischen Historiker beim MGFA stehen. All dies deutet auf das Offenhalten einer rabiateren Option als Alternative zum derzeit dominanten Kurs Rühes hin. Für den bisher erreichten Standard militärischer Interventionen der Bundeswehr sind Auschwitz und die Verbrechen der Wehrmacht bereits kein Legitimationshindernis mehr, seit der bellizistische Flügel der Grünen nach Srebrenica die Militärintervention „wegen Auschwitz" erfand. Doch Teile des (militärischen) Establishments halten es für nötig, Auschwitz und die Verbrechen der Wehrmacht mittelfristig doch ganz aus der Erinnerung zu löschen, um legitimatorisch völlig freie Bahn zu erhalten. Dies und die Rücksicht auf das Wahlvolk am rechten Rand erklären die offizielle Deckung Hoffmanns.

Alfred Schobert ist Mitarbeiter des AK Rechts am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Stefan Peter

Deutsche Weihnacht bei der Bundeswehr in Mainz

„Meine Ehre heißt Treue" auch bei der Bundeswehr in Mainz? So scheint es, denn nach dem Motto: „Einmal deutscher Soldat, immer deutscher Soldat" konnten dort am 17.12. die „alten Kameraden" des regionalen „Verbandes deutscher Soldaten" (VdS), dem größten Dachverband von Soldaten der Hitlerarmee, ihre Weihnachtsfeier abhalten. Und dies nicht durch Beschluß eines „Einzeltäters": Diese Feier des nicht zur Bundeswehr zählenden Verbands wurde mehrfach vom MAD überprüft und für unbedenklich erklärt.

Zu den Mitgliedsgruppen des 1951 gegründete VdS zähl(t)en die „Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit der Waffen-SS" (HIAG), „Kyffhäuserbund", „Stahlhelm" oder die Traditionsgemeinschaft „Großdeutschland". Der Verband selbst kämpft bis heute gegen die „Diffamierung des deutschen Soldatentums" und gehört zur rechten Phalanx der Geschichtsrevisionisten, die gegen die Wehrmachtsausstellung zu Felde ziehen: „... es darf aber nicht angehen, daß unserer Jugend mit falschen Bildern und einseitigen Darstellungen aus zweifelhaften Quellen der Eindruck vermittelt wird, die Soldaten der Wehrmacht seien Mörder gewesen" (VdS-LV Rheinland-Pfalz). Zu den Autoren des Verbandsorgan „Soldat im Volk" zählen **Alfred Dregger**, **Alfred Schickel**, **Rainer Zitelmann**, **Emil Schlee** oder der „junge Kamerad" **Eike Erdel**, Autor in der rechtsextremen Wochenpostille „Junge Freiheit" (JF), REP-Funktionär und Anmelder der rechten Demo gegen die Wehrmachtsausstellung in Marburg.

Unabhängig von der Einschätzung des VdS muß sich die Bundeswehr erneut die Frage gefallen lassen, in wessen Traditionen sie steht. Denn einem Verband ehemaliger, auf Adolf Hitler eingeschworener Soldaten über Jahre hinweg Raum zu geben, wirft ein deutliches Licht auf ein strukturelles Problem dieser Armee und ist ein weiteres Glied einer Kette, in der Roeder, „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger", Gewaltexzesse und -videos nur die Spitze des Eisbergs sind.

Der Mainzer AStA protestierte mit einer Presseerklärung und Flugblättern während der Weihnachtsfeier gegen diese „Traditionspflege" und wurde mit den sattsam bekannten Unterstellungen und Beschimpfungen konfrontiert, was erneut zeigte, daß Mitglieder und Funktionäre des VdS die Vergangenheit und die Verbrechen der Wehrmacht leugnen.

So gehörte zum Standardrepertoire der alten Kameraden und Kamerdinnen die Behauptung, alle Bilder (der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht") seien gefälscht, da sie vom Feind bzw. dem NKWD gekauft seien. Alles sei erlogen, der Protest in Mainz wie die ganzen Pressemeldungen über rechtsextreme Umtriebe bei der Bundeswehr seien das Werk linker Hetzer usw.

Der nächste Termin des Mainzer VdS-Kreisverbandes in Mainz ist übrigens dessen Neujahrsempfang am 14.Januar 1998 - nach wie vor bei der Bundeswehr und auch dann wieder mit einer Gegenaktion.

Prozeß gegen Aschaffenburger Neonazis

Vier Jahre nachdem eine Gruppe von Aschaffenburger Neonazis in Frankfurt am Main drei Antifaschisten angegriffen hatte, sind jetzt weitere Neonazis verurteilt worden. Nachdem der bereits verurteilte **Werner Fleckenstein** zwei Jahre vergeblich bei seinen ehemaligen Freunden um eine Prozeßkostenbeteiligung gebettelt hatte, brachte er diese jetzt mit seinen Aussagen vor Gericht.

Am 9. Januar 1997 hatte die JN zu einem Aktionstag nach Frankfurt mobilisiert. Gekommen waren u.a. auch Teile der Aschaffenburger Neonaziszene. So die Skinheads **Sascha Otto**, **Sven Schinkmann**, **Richard Ellwanger**, das Ehepaar **Barbara** und **Stuart Donnely** sowie die ehemalige Landesschatzmeisterin der bayerischen FAP **Christiane Springler**. Nachdem eine JN Demo verhindert worden war und die angereisten Neonazis vereinzelt durch die Stadt irrten, griff diese Gruppe drei Antifaschisten an und trieb sie in den Main, dessen Temperatur zu diesem Zeitpunkt knapp über den Gefrierpunkt lag.

Zwei Jahre nach diesem Angriff wurde Werner Fleckenstein verurteilt, das Schöffengericht befand ihn der gefährlichen Körperverletzung für schuldig und verurteilte ihn trotz eines umfangreichen Vorstrafenregisters nur zu einer Bewährungsstrafe. Als sich trotz seiner zahlreichen Bitten die anderen nicht an den Kosten beteiligten bzw. nur einzelne dazu bereit waren, machte Werner Fleckenstein Aussagen bei der Staatsanwaltschaft. Diese führten zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Otto, Schinkmann und Ellwanger. Sie wurden zu geringen Geldstrafen verurteilt. Ohne Strafe blieb Stuart Donnely, der laut Fleckenstein anfangs an den Angriffen beteiligt war, dann aber aus seinem Blickfeld geriet. Eventuell kommt es noch zu einem Verfahren gegen die Schwestern Christiane Springler und Barbara Donely wegen Falschaussage. Auch in diesem Verfahren blieb eine eventuelle Beteiligung von **Falco Schüssler** im Dunkeln, der Nachdruck, mit dem die Gruppe in den mittlerweile drei Gerichtsverfahren immer wieder eine Tatbeteiligung Schüsslers geleugnet hatte, deutete hierauf hin. Die offensichtlich einstudierten Aussagen aller Zeugen stimmten nur in einem Überein: Ohne konkrete Bezüge auf Fragen wurde immer wieder einer eventuellen Beteiligung Schüsslers widersprochen.

Jakob Mettbach

Mainz: Vertriebene, Burschen und Alte Herren

Zu einem sogenannten „BA“ einem Burschenschaftlichen Abend hatte „Burschenschaft Germania Halle zu Mainz“ am 18.11.1997 geladen. Thema war die Ablehnung der deutsch-tschechischen Erklaerung, der Referent: der Diplom-Meteorologe und Doktor der Soziologie Wolfgang Thüne, der als Vorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) in Rheinland Pfalz vorgestellt wurde.

Deutschtümelnde Veranstaltungen sind bei der „Germania Halle zu Mainz“ durchaus nicht zufällige Produkte bierseliger Burschenherrlichkeit. Germania - wie die „Münchner Danubia“ Mitglied der BG („Burschenschaftliche Gemeinschaft“) - steht zumindest seit den Jahren 1972ff., als sie die Gründung des rechtsextremen „ring freiheitlicher studenten“ (rfs) betrieb, für rechtsextremistische Propagandaaktivitäten: Germanen sammelten unter anderem Unterschriften für die Freilassung von **Rudolf Heß**, und es bestanden personelle Verbindungen zum in Mainz durch Attentatsversuche aufgefallenen „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) und dessen Mitglied, dem Bombenbauer **Peter Naumann**.

Nach einer relativen Ruhe um die „Germanen“, ist die Burschenschaft in der letzten Zeit wieder vermehrt in die Öffentlichkeit getreten. Während sie sich dabei besonders der Lokalpresse gegenüber als eher unpolitischer Traditionsverein gibt, plaziert sie sich gleichzeitig - durch Referenten und Vortragsthemen - mehr oder weniger verdeckt rechtsaußen. Exponent dieser Verschleierungsstrategie ist der Rechtsanwalt und „Alte Herr“ der „Germania“, **Hans Joachim Jungbluth**, unterstützt wird sie durch Multiplikatoren wie den Sozialdemokraten **Michael Bermeitinger**, Redakteur des „Wiesbadener Kuriers“. Verbindungskritische Artikel haben, wie er anläßlich eines Vortrages bei „Germania“ stolz verkündet, beim Wiesbadener Kurier aufgrund ihrer „Unsachlichkeit“ und „Emotionalität“ keine Chance, zu erscheinen. Die „Loyalität“ zur „Germania“ beruht unter anderem darauf, daß Bermeitinger gebeten wurde, dort seinen zuerst im Rahmen eines Vertriebenentreffens gehaltenen Vortrag: „Soll man über Vertreibung schreiben - oder muß man“ am 12.7.1995 zu wiederholen. Sein nächster Vortrag bei der „Germania Halle zu Mainz“ fand vier Monate später zum Thema: „Extremismus“ statt, bei dem unter anderem aus dem Auditorium die Forderung nach kurzem Prozess für Mitglieder der RAF kam. Teil der germanischen Doppelstrategie 1996 war auch der Vortrag eines „engagierten Politikers“ und „ehemaligen Mitglieds der Weissen Rose“. Die übliche Namensnennung des Referenten entfiel, um die Identifizierung des prominenten REP-Funktionärs **Hans Hirzel** zu erschweren. Vorträge über Deutschtum und Vertreibung sind Dauerbrenner im Semesterprogramm der „Germania“: 1994 referierte etwa ein Herr **Soucek** über „das Deutschtum im Banat“.

Zurück zu Thüne. Sein Vortrag bestand im wesentlichen auf „Folgerungen“ aus Völker- und Menschenrecht und dem Beharren auf das Recht auf Eigentum. Da man sich heute ja nicht darauf verlassen könne, was der Unterrichtsstoff in Schulen sei - holte Thüne zu längeren historischen Exkursen aus: Die Tschechoslowakei sei ein künstliches Produkt des Diktates von Versailles, bei dem England und Frankreich das Selbstbestimmungsrecht der Völker gebrochen hätten. Der „Einmarsch“ Hitlers 1938 hingegen sei ausdrücklich völkerrechtskonform etc.



Rechter Multifunktionär: Wolfgang Thüne

Neben bekannten Thesen des Revanchismus wurden vor allem seine Randbemerkungen und Seitenhiebe auf EU, Asylrecht, den Marxismus, die biologische und intellektuelle Ungleichheit von Menschen zustimmend von den Burschen geteilt. Laut Thüne leben wir in einem Staat, der eine Gesellschaft habe. Eine Gesellschaft sei dadurch ausgezeichnet, daß sie aus einer Anhäufung partikularer Interessen beruhe. Dies führe zu „Entsolidarisierung“. In einem Volk hingegen gäbe es keine „Entsolidarisierung“. Verschärfend käme beim heutigen Zustand des Staates hinzu, daß es sich um eine „multikulturelle Gesellschaft“ handele - Beifall aus dem Auditorium für völkische Dumpfheit.

Thüne ist langjähriger Vorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“ in Rheinland Pfalz, stellvertretender Bundessprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“ und auch als Referent vielfach unterwegs. So hielt er z.B. im September1992 im Mainzer „Haus der Heimat“ einen in der „Jungen Freiheit“ angekündigten Vortrag. Er zählte zu den Mitgliedern der fehlgeschlagenen rechten Sammlungsbewegung „Aufbruch 94“ um **Emil Schlee** und **Günter Poser**. Auch zu offen neofaschistisch orientierten Gruppierungen und Personen zeigt Thüne keinerlei Berührungsangst. Dies belegt sein Mitwirken am von **Rolf-Josef Eibicht** im Hohenrainverlag herausgegebenen Buch: „50 Jahre Vertreibung“ und seine Grußbotschaft an **Dietmar Muniers** „Schulverein Ostpreußen“. Zweites ideologisches Standbein Thünes ist „Die Treibhaus-Lüge - Klimaforschung als ideologisches Vehikel“, so auch der Titel eines bei der „Discovery Press“ erschienen Buches. Hinter diesem Verlag steht der 1961 geborene **Michael Koehne**, der sich laut seiner Selbstdarstellung im Internet für den größten „Mikro- und Makroökonom“ des kommenden Jahrtausend hält.

Artikel und Interviews Thünes finden sich breit gestreut, so etwa im VPM-Blatt „Zeit-Fragen“, dem LaRouche-Organ „Fusion“, im „Ostpreußenblatt“ oder in der „Neuen Ordnung“, die vom für antisemitischen und antipolnische Ausfälle bekannten Dominikanerpfarrer **Basilius Streithofen** herausgegeben wird. Seine zahlreichen Nebentätigkeiten kann sich Thüne dank der finanziellen Unterstützung des Staates leisten. Nach einem Hinweis einer rechten Internetseite soll der „Meteorologe und Soziologe“ „Referent für Grundsatzfragen in einem Umweltministerium“ sein. In der Realität arbeitet er für die in seinem Wohnort Oppenheim gelegene Zweigstelle des Landesamts für Umweltschutz in Rheinland-Pfalz und ist dort zuständig u.a. für die Zusammenstellung von Wetterdaten (die er im „Ostpreußenblatt“ ebenfalls verwenden kann...). Und auch der Doktortitel der Soziologie für den Diplom-Meteorologen stammt aus der rechten Ecke: den erhielt er vom rechten Multifunktionär und Würzburger Soziologie-“papst“ **Lothar Bossle**, der eine ganz eigene Schule der Soziologie gegründet hatte - dort konnte man mit der rechten Gesinnung und dem nötigen Kleingeld einen Titel erwerben, ohne sich intellektuell verausgaben zu müssen.

Wahlen bei der DB

Als Nachfolger des aus persönlichen Gründen zurückgetretenen Pressereferenten der „Deutschen Burschenschaft“ (DB), **Hans-Ulrich Kopp** („Danubia München“), wählte der Burschen-u.Altherrentag in Jena **Karsten Rausch** („Burschenschaft der Märker Berlin“). Beisitzer im Hauptausschuß sind die „Verbandsbrüder“: **Torsten Welke** („Jenensia Jena“) und **Hannes Gnad** („Hilaritas Stuttgart“); Ersatzmitglied ist **Siegfried Fettinger** („Libertas Wien“). Im Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit sind künftig **Sven Krämer** („Jenensia Jena“) und **Jürgen Schwab** („Thessalia Prag zu Bayreuth“); Ersatzmitglied ist **Björn Jörges** („Germania Würzburg“). Schwab ist Autor des in diesem Jahr beim „Nation Europa Verlag“ (Coburg) erschienenen Buches „Die Meinungsdiktatur. Wie 'demokratische' Zensoren die Freiheit beschneiden“. Bekannt ist Schwab auch als Autor in den „Staatsbriefen“, „Wir selbst“, „Nation+ Europa“, Referent bei der „Freien deutschen Sommerakademie“ und als Ex-REP-Kreisvorsitzender.

Gerd Alt

„AG Nordostpreußen"

Eine Arbeitsgemeinschaft der Deutschtumskämpfer

Keine gute Wahl trafen die Offiziere der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, als sie 1995 den Neofaschisten Manfred Roeder zum Vortrag über die Ansiedlung von „Rußlanddeutschen" im Kaliningradskaja Oblast (ehemaliges nördliches Ostpreußen) einluden. Ihr so gezeigtes Interesse für die Einschätzung von Rechtsextremisten zum Fortgang der Regermanisierung des Oblasts, hätten sie damals mit einer kompetenteren Referentin abdecken können.

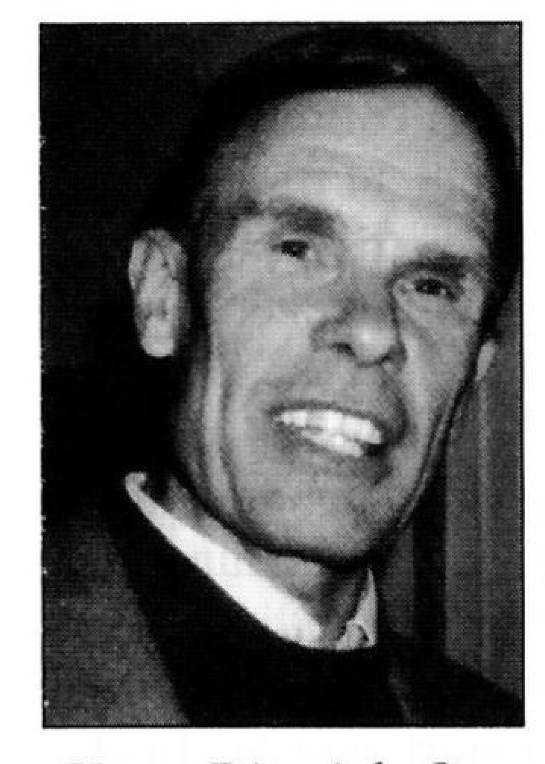
Manfred Roeders Projekte im Oblast stellen eher stümperhafte Versuche eines Rechtsterroristen dar, sich ein neues Betätigungsfeld zu schaffen. Daran änderte auch die Unterstützung durch die Bundeswehr nichts, die ihm ausgemusterte Fahrzeuge und Werkzeug schenkte. Gleichwohl schrieb Roeder im Januar 1995: „Ganz unerwartet sind uns Fahrzeuge und hochwertige Werkzeuge in größerem Umfang zur Verfügung gestellt worden, so daß wir nunmehr ein Großprojekt in Angriff nehmen können". Ob je etwas aus diesem geplanten Großprojekt wurde, daß er Dank der Bundeswehrunterstützung in der nördlichen Hälfte des ehemaligen Kreises Gumbinnen lostreten wollte, bleibt ungewiß.

Ein expandierendes Organisationsgeflecht

Ein tatsächlich bis heute kräftig expandierendes Organisationsgeflecht wurde hingegen unter Führung des Ende letzten Jahres verstorbenen Mitglieds des „Witikobundes" **Ilse Timm** mit der „Arbeitsgemeinschaft Nordostpreußen" (AGNO) aus der Taufe gehoben und im Oblast an die Deutschtumsfront geführt. Diese Arbeitsgemeinschaft bestand zunächst aus 6 Vereinen und ist nunmehr auf insgesamt 19 Vereine gewachsen. Timms „Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V." „war von Beginn an ein Motor dieser Entwicklung gewesen". Sie konnte auf alte Freunde zurückgreifen, so wurde sie von „Artamanen", also Mitgliedern jenes Personenkreises zum Vortrag gebeten, bei dem sich einst der „Reichsführer SS", Heinrich Himmler, die ersten Sporen für seinen Ostlandritt verdiente. Doch auch von junger Seite bekam Timm Unterstützung. Ende 95 rief die „Junge Freiheit" (JF) dazu auf, statt solche Schaumschläger wie **Dietmar Munier** oder Manfred Roeder, die durch ihr provozierendes Auftreten nur die Behörden des Oblasts gegen die deutschen Regermanisierungsbestrebungen aufbringen würden, die AGNO zu unterstützen. Daß die AGNO die Unterstützung der JF erfuhr, dürfte u.a. auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der ehemalige 2.Vorsitzende des „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), Dr. **Karsten Niefind** aus Köln, als ehemaliger Mitarbeiter der JF die Nachfolge Ilse Timms antrat.



Unterstützung für revanchistische Tätigkeiten



Hans-Dietrich Otto

Niefind scheint im Gegensatz zu seinen ehemaligen Mitstreitern im BHJ **Henning Pless**, der 1991 erster Vorsitzender des BHJ war, und **Michael Will** (1983 BHJ Führer), die sich beide für Dietmar Muniers Firmengeflecht engagieren, auf die Karte AGNO zu setzen. Damit steht Niefind aber keineswegs in weniger rechtsextremem Zusammenhang, denn die zentrale Figur im Oblast ist **Hans-Dietrich Otto**. Otto, ein ehemaliger NPD-Mann, agiert seit fünf Jahren im Oblast und betreibt dort die Firma „Basis Hoch-Tiefbau", die wiederum mit Manfred Roeders „Deutsch-Russischem Gemeinschaftswerk" kooperierte.

Deutschtumskämpfer mit Protektion

Doch besitzt die AGNO Protektion von einflußreicherer Seite. Bei Gründung der AGNO war eine offizielle Gliederung der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) Mitglied der AGNO; inzwischen sind insgesamt zehn Kreisgemeinschaften der „Landsmannschaft Ostpreußen" Mitglied der AGNO. Unter ihnen die „Kg. Ebenrode" mit ihrem Sprecher **Paul Heinacher** und die „Kg. Goldap" mit ihrem Chef **Stephan Grigat**, der schon zuvor mit Otto zusammenarbeitete. Sowohl der Detmolder CDU'ler Grigat als auch Heinacher gehören zum Vorstand der LO.

Eine zweite Seilschaft der AGNO-Akteure zu den einflußreichen Revanchistenverbänden existiert über den „Allgemeinen Deutschen Kulturverband" (ADKV), mit dem man zusammenarbeitet und der Projekte im Oblast betreibt. Vorsitzender der deutschen Sektion des ADKV, die ein Großprojekt im Oblast in Angriff nimmt, ist MdB Prof. Dr. **Egon Jüttner** (CDU, Mannheim). Im Gesamtvorstand des ADKV sitzen solch einflußreiche Personen wie **Horst Löffler** vom rechtsextremen „Witikobund" und **Rolf Sauerzapf**, ausländerfeindlicher Kirchenrat, Leiter der evangelischen Grenzschutzseelsorge beim BGS und hoher Funktionär des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA), der sich auch nicht zu schade ist, z.B. für die neofaschistischen „Staatsbriefe" zu schreiben.

Ein weiterer Beleg für die Anbindung des AGNO-Geflechts an neofaschistische Organisationen, aber auch an die einflußreichen Verbände des deutschen Revanchismus, liefert der folgende Blick in die Niederungen des Netzwerks der Deutschtumskämpfer. Bei eventueller Auflösung des Timm/Niefind-Vereins, der sich als Motor der AGNO begreift, fällt dessen Vermögen an die „Stille Hilfe Südtirol e.V.". Mittel der „Stillen Hilfe Südtirol" wiederum würden bei ihrer Auflösung dem „Bund Heimattreuer Jugend" zukommen. Die „Stille Hilfe Südtirol" gehört zu den alten Vorfeldorganisationen der inoffiziellen deutschen Außenpolitik. Letztmalig in die Schlagzeilen geriet sie 1995, als der ehemalige Münchener CSU-Stadtrat und Gauweiler-Vertraute **Gerhard Bletschacher** als ihr Vorsitzender 4,8 Millionen DM von der Vereinskasse in seine marode Käseschachtelfirma umleitete. Bletschacher sagte später u.a. aus, er habe Anweisungen vom Altmeister der subversiven deutschen Volksgruppenpolitik, **Rudolf Aschenauer** erhalten, beispielsweise neofaschistische Bücher palettenweise nach Südtirol zu schaffen. Aschenauer war im Zeitraum von 1973-77 Vorsitzender des VDA und wurde 1977 in der Nachfolge Hindenburgs und Hitlers zum Ehrenvorsitzenden des VDA ernannt.

Übereinstimmung von Roeder mit Aktivisten der AGNO

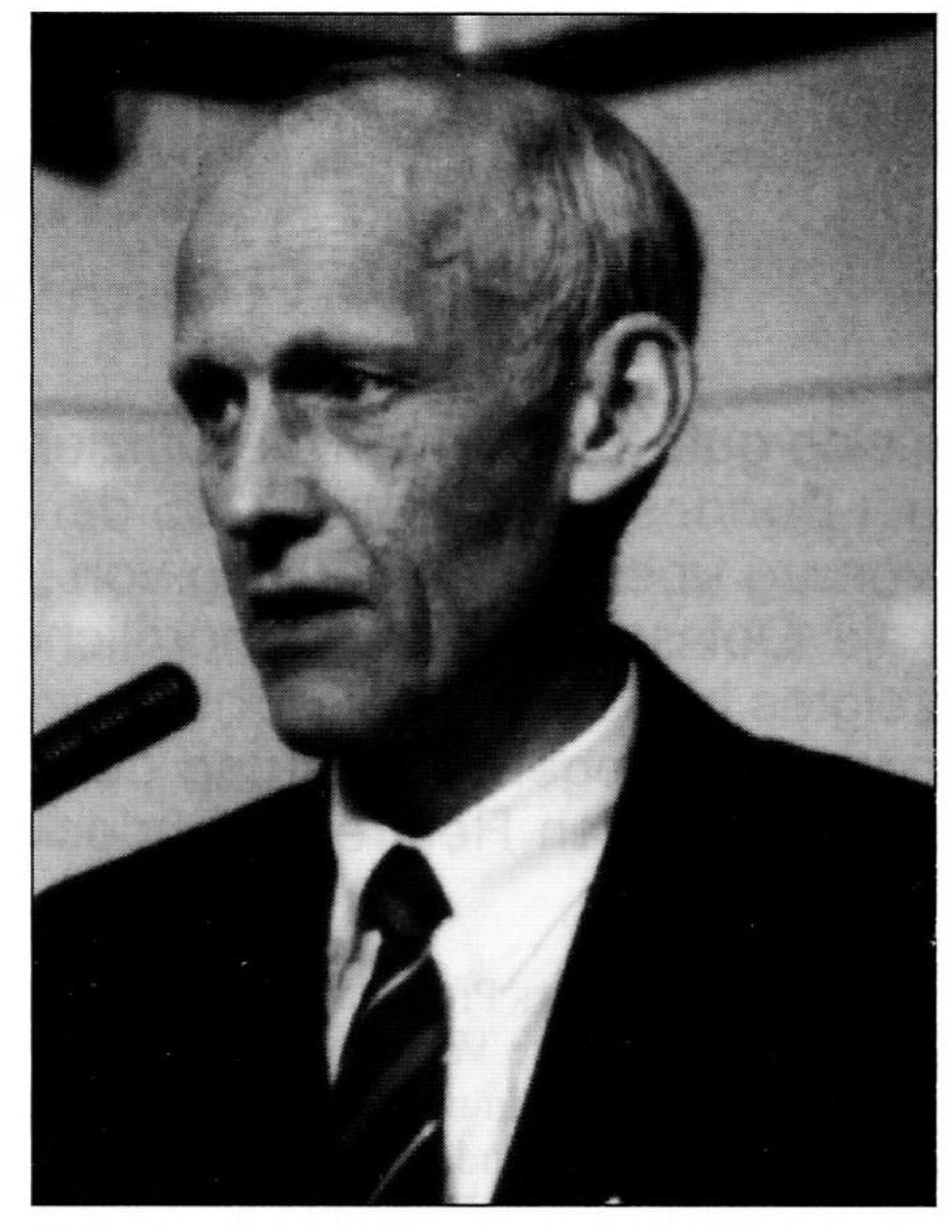
Sowohl über den VDA, als auch über die „Landsmannschaft Ostpreußen" steht die „Arbeitsgemeinschaft Nordostpreußen" in Verbindung zu den Organisationen des staatlich geförderten Revanchismus der BRD. Und doch teilt man mit solchen Neofaschisten wie Manfred Roeder und Dietmar Munier die gleiche Strategie: die Ansiedlung von sog. „Rußlanddeutschen" im Kaliningradskaja Oblast. Weiter teilt man ein gemeinsames Ziel: die Einflußgewinnung auf die Politik im Oblast mittels einer starken „deutschen" Bevölkerungsgruppe. Und die Perspektive? Nun, Stephan Grigat von der LO-Gliederung „Kreisgemeinschaft Goldap" in der AGNO formulierte sie so: „Ein neues Preußen wird entstehen, der Eckpfeiler Europas". „Aus dieser Perspektive ist ein erneut unabhängiges Ostpreußen denkbar, erscheint sogar als eine ganz natürliche Gestaltungsmöglichkeit." Roeder formulierte da kürzer, nämlich einfach: „Für einen Freistaat Preußen!"

Sarah Eriksson

Bald deutsche Elche in Polen?

Germanisierungspläne der „Landsmannschaft Ostpreußen"

Düsseldorf, 18.Mai 1997, die Massen lauschen gebannt ihrem großen Vorsitzenden: „Im Mittelpunkt unseres Wirkens steht Ostpreußen. Jede Ostpreußin, jeder Ostpreuße und Freunde Ostpreußens wissen, Ostpreußen ist und bleibt Ostpreußen. Sein Status ist unwandelbar. [...] Ostpreußen ist unsere Heimat und von dieser maßgeblich durch Deutsche geprägten liebenswerten europäischen Kulturlandschaft werden wir nicht lassen." Die Worte sind unmißverständlich; der, der sie ausgesprochen hat, ist Wilhelm von Gottberg, Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO).



Wilhelm von Gottberg

Im zeitgleich erschienenen Mitteilungsblatt der Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO), der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO), konnte man lesen, daß die „Vertriebenenverbände" vor einer Richtungsentscheidung stünden: „Um weiter öffentliche Fördermittel zu bekommen, sollen sie das Ziel der Wiedervereinigung aus ihrer Satzung streichen. Sie sollen auf ihre Forderung nach Herstellung von Recht und Freiheit für Ostdeutschland (d.h. Polen und Teile Rußlands; Anm. d. Verf.) in einem geeinigten Deutschland verzichten".

Bezugspunkt ist ein Schreiben des Finanzministeriums aus dem Jahre 1995, in dem darauf hingewiesen wird, daß „Formulierungen, die den Satzungszweck z.B. mit 'Anspruch der Volksgruppen und der einzelnen Landsleute auf Rückerstattung des geraubten Vermögens und die sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche zu vertreten' definieren", zu beanstanden seien. Desweiteren könnten „Vertriebenenverbände" durch die Aufrechterhaltung solcher Formulierungen künftig nicht mehr als gemeinnützig gelten. Im Klartext heißt das, daß die niedergeschriebene Forderung des Beutezuges nach Osten aus den Satzungen verschwinden müßte, um dem „Bund der Vertriebenen" (BdV) und seinen angegliederten „Landsmannschaften" weiter Bundesmittel zu gewähren.

Damit, die ehemaligen großdeutschen Ostgebiete aufzugeben, wollen sich die „Vertriebenen" nicht abfinden, ist doch die alte Heimat, verbunden mit den Erinnerungen an die für sie schönen Jahre vor 1945, konstituierendes Moment der Verbandsarbeit bis hinein in die Volkstanzgruppen. Deutlich, auch in der konkreten Arbeit der LO, wird jedoch, daß man sich auf eine andere als die großdeutsch orientierte Variante der Rückgewinnung nichtdeutschen Territoriums einlassen wird. Die geopolitische und ideologische Orientierung der „Vertriebenen" zielt dabei auf einen völkischen Partikularismus, ein Modell, das in Tradition des „Generalplan Ost" steht, sich aber in einem wesentlichen Punkt unterscheidet. In seinem Papier „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten" hatte „Reichsführer SS" **Heinrich Himmler** bereits 1940 die wesentlichen Züge der deutschen Germanisierungs- und Ostpolitik zusammengefaßt. Die Bevölkerungsgruppen des Ostens sollten in möglichst „unzählige kleine Splitter und Partikel" zersetzt, ihre intellektuelle Bildung nahezu völlig eliminiert (Himmler: „Lesen halte ich nicht für erforderlich") und im Anschluß an die psychische der physischen Vernichtung anheimgegeben werden. Im Anschluß an Himmlers „Gedanken" entstand der berüchtigte „Generalplan Ost", in dem die „Besiedlung" der neugewonnen Ostgebiete nach Kriterien wie „Siedlungsplanung", „Auslese" der zur „Besiedlung" genutzten „Volksteile", konkrete Durchführung und Finanzierung organisiert wurde. In der völkischen Komponente widerspricht die Strategie des deutschen Nationalsozialismus der aktuellen Konzeption der LO-Ostpolitik durchaus nicht. Allerdings steht Polen derzeit bekanntermaßen nicht unter deutscher Verwaltung, was die deutsche Strategie vor 1945 im Vergleich zur aktuellen der „Vertriebenen" genau umkehrt - heute soll erst germanisiert werden, bevor sich Gedanken über staatlichen Anschluß gemacht werden.

Dieser Aufgabe hat sich auch die „Ostpreußische Landesvertretung" (OLV) verschrieben. Die OLV ist der Zusammenschluß aus Vertretern der „Heimatkreisvertretungen" der „Landsmannschaft Ostpreußen" und Delegierten der LO-Landesgruppen. De facto handelt es sich bei dieser Vereinigung um eine deutsche „Exilregierung", organisiert von der LO. Ende November führte die OLV ihre 1997er Tagung in Bremen durch. Ein „geistiges Wort" steuerte der unsägliche Pater **Lothar Groppe SJ** aus Bad Pyrmont bei. Seine Gedanken, über deren sprachliche Qualität sich ausführlich streiten ließe, finden sich in jüngerer Vergangenheit vorzugsweise in der völkisch-nationalistischen „Jungen Freiheit" (JF), dem faschistoiden „Schlesier", dem BdV-Organ „Deutscher Ostdienst" oder in „Criticón". Auch das Nazi-Blatt „Unabhängige Nachrichten" fühlte sich im vergangenen Jahr genötigt, Groppes Gedanken zur Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht nachzudrucken.

Der Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen" **Wilhelm von Gottberg** wies in seiner programmatischen Rede darauf hin, daß „die materielle Unterstützung der Bevölkerung durch die Heimatkreisgemeinschaften und diverse andere Organisationen" Früchte zeige. Durchaus nachvollziehbar, baut doch die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" seit geraumer Zeit an einem Haus in „Ostpreußen", das vorzugsweise als deutsche Sprachschule dienen soll. Andere Beispiele: 14 Landwirte aus Schleswig-Holstein haben bei Tschernjachowsk 400 Hektar Land gepachtet; der Verein „Partnerschaft Ostpreußen e.V." unterhält mit Unterstützung der LO-"Kreisgemeinschaft Labiau" im Großraum Polessk einen holzverarbeitenden Betrieb; die „Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen" (AGNO), ein Zusammenschluß von 19 Organisationen, darunter zehn LO-"Kreisgemeinschaften" und der „Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V.", koordiniert vorwiegend von Schleswig-Holstein aus zahlreiche Germanisierungsprojekte, wie z.B. Deutschunterricht im Kaliningrader Gebiet. Wilhelm von Gottbergs Sohnemann, **Elard von Gottberg**, wurde von seinem Vater dafür gewürdigt, daß er 1997 bereits zum dritten Mal eine Fahrradtour durch „Ostpreußen" geleitet hat. Bei der Bundesversammlung der JLO am 29./30.November 1997 in Würzburg war Elard von Gottberg in seinem Amt als stellvertretender JLO-Vorsitzender bestätigt worden. Er teilt sich sein Amt mit **Uwe Faesel** und **Stefan Rochow**. Der bisherige JLO-Vorsitzende **Bernhard Knapstein** wurde von **René Nehring**, langjähriger JLO-Landesvorsitzender in „Mecklenburg-Pommern", abgelöst. Knapstein will sich derzeit auf sein Jura-Examen konzentrieren, bleibt aber Beisitzer im JLO-Bundesvorstand.

Wilhelm von Gottberg, der auch bei der JLO-Tagung referierte, faßte die Situation im ehemaligen „Ostpreußen" in seiner Rede vor der OLV treffend zusammen: „Das Königsberger Gebiet hängt am Tropf der Bundesrepublik". Weiter führte er aus: „Im Rahmen der bevorstehenden Osterweiterung der EU wird dem Königsberger Gebiet eine Brückenfunktion zwischen Ost und West zukommen. Deshalb ist es für die Ostpreußen wichtig, auf unterer Ebene Kontakte zu knüpfen und auszubauen; und mit der Unterstützung für Rußlanddeutsche und Russen Freunde zu gewinnen, die wir vielleicht noch einmal brauchen werden."

Freunde, die sie brauchen werden? Es läßt sich - ein Kontinuum deutscher Politik - Fatales ahnen. Das Geld aus dem Bundeshaushalt steht der LO jedenfalls weiterhin zur Verfügung (vgl. DER RECHTE RAND Nr.49).

Führungskader der „Sauerländer Aktionsfront" verunfallt

Auf der Rückreise von Hamburg verunglückten drei neonazistische Kader auf der Autobahn A 1 bei Vechta in der Nacht zum 22. November tödlich. Dabei handelte es sich um **Andree Zimmermann**, **Thomas Kubiak** und **Harald Theodor Mehr**. Die drei Nazis befanden sich auf der Heimfahrt von Hamburg, wo sie mit dem erst wenige Tage zuvor aus der Haft entlassenen **Christian Worch** zusammengetroffen waren. Noch am Samstag abend fand in Winterberg, dem Heimatort von Kubiak und Zimmermann, ein Aufmarsch von knapp 100 Neonazis statt. Sie zogen unter „Heil Hitler"-Rufen und die Reichskriegsflagge schwenkend durch Winterberg.

Die beiden bundesweit aktiven Neonazis Zimmermann und Kubiak führten seit mehreren Jahren die 1991 initiierte „Sauerländer Aktionsfront" (SAF) an. Beide waren an der Erstellung der „Freien Stimme" beteiligt, von der bislang 13 Ausgaben seit Sommer 1994 in einer Auflage erschienen waren. Nur wenige Tage vor dem Tod des Trios wurde ein neues Periodikum aus dem Dunstkreis der SAF angekündigt. In dem neuen „Zentralorgan" („Wir wollen frei sein, wie die Väter waren...!") sollten neben der „Freien Stimme" auch der „Widerstand" und das Skinzine „Moonstomp" von **Bernd Krick**, einem weiteren SAF-Aktivisten, einbezogen werden. Um die guten Kontakte der „Sauerländer Aktionsfront" zum Glatzen-Milieu aufrechtzuerhalten, so die Ankündigung, „bleibt das beliebte Skinzine ´Moonstomp´ ein eigenständiger Beitrag zum Ganzen und berichtet über Konzerte und Treffen innerhalb der Szene der Skinheads." Mit Musik der Skinhead-Szene verdiente seit kurzer Zeit auch die „Sauerländer Tonträgerproduktion" aus Winterberg ihr Geld. In das zukünftige „Zentralorgan" wollte sich noch die ehemalige Redaktion der den „Jungen Nationaldemokraten" nahestehende Zeitschrift „Einheit und Kampf" um den geschaßten 31jährigen **Markus Privenau** einklinken. Die projektierte Quartalsschrift „Zentralorgan" sollte mit ca. 40 Seiten im DIN A4-Format „als Zeichen gegen die Zersplitterung der Kräfte" erscheinen.

Die Beerdigungen der drei Neonazis fanden am 27. November statt. Unter den etwa 50 Trauergästen befanden sich zahlreiche Neonazis. Bei der Bestattung von Mehr in Lüdenscheid befanden sich zahlreiche Neonazi unter den Trauergästen. Die Grabrede hielt der rechte Advokat **Günther Herzogenrath-Amelung**. Rechtsanwalt Herzogenrath-Amelung verteidigte Mehr zuletzt in einem Berufungsverfahren am Landgericht Hagen.

In Winterberg nahmen ca. 60 Neonazis an der Beerdigung von Kubiak teil. **Thomas Wulf** hielt die Grabrede. Anschließend wurde Zimmermann bestattet. Mittlerweile waren an die 100 Neonazis versammelt, die mit „Sieg Heil" Rufen auffielen und eine Hakenkreuzfahne in das offene Grab warfen. Im Anschluß an die Beerdigung, bei der laut Zeitungsberichten auch eine Rede mit strafbaren Inhalt gehalten wurde, nahm die Polizei 48 Neonazis fest.

Neues Infotelefon

Neben dem REP-Infotelefon und dem JN/NPD-nahen „NIT Berlin-Brandenburg" gibt es mit dem „NIT Preußen" seit dem 30. Oktober einen weiteren telefonischen Infodienst in der Hauptstadt. Betreiber des „Nationalen Infotelefon Preußen" ist der in Berlin-Schönefeld lebende Neonazi **Mike Penkert** von der zwischenzeitlich nicht mehr existenten „Kameradschaft Beusselkiez". 1996 meldete Penkert mehrere Sendungen von „Radio Deutschland/ Radio Germania" auf dem Offenen Kanal an. Das „NIT Preussen" will sich, so das „Nordland-Netz", „in seiner Berichterstattung von den anderen Einrichtungen vor allem dadurch unterscheiden, daß es gezielt Nachrichten über regionale Projekte und Aktivitäten von Gruppen bringt, die von den parteinahen NITs nicht gebracht werden. Auf diese Weise soll auch die Arbeit der unabhängigen Kameradschaften mehr beleuchtet werden." Neben den verschiedenen Radiosendungen und Regionalzeitungen rechnet sich das „NIT Preussen" dem sogenannten „Nationalen Medienverband" um die „Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ) zu.

Hetzbroschüre neu aufgelegt

Josef Kofler (Stadtbergen), einst Leserbriefschreiber in der antisemitischen Hetzpostille „Die Bauernschaft", hat der österreichischen Zeitschrift „Phoenix & Top Secret" des Neonazis Walter Ochensberger seine Broschüre „Die falsche Rolle mit Deutschland" in größerer Anzahl zum Verkauf zur Verfügung getellt. Der Erlös kommt zu 100 Prozent „Phoenix & Top Secret" zugute. Veröffentlicht wurde die Broschüre erstmals 1973 und liegt nun in der 10.Auflage vor. Kofler schreibt u.a., daß durch „die psychologische Kriegsführung, die Belügung, Betrügung und Irreführung der Völker" die beiden Weltkriege entschieden wurden. Die „meinungsbildenden Stellen" in der Bundesrepublik sind nach seiner Auffassung mit Personen besetzt, „die bereit waren, dem deutschen Volk die Propagandalügen der Sieger ... unablässig einzuhämmern."

Barde mit Verfolgungswahn

In der Neonazi-Postille „Feuer & Sturm" von **Marco Happke** (Beilrode) bekennt **Frank Rennicke** stolz, daß er „seit über zehn Jahren im Freiheitskampf" stehe. Rennicke, der unter Verfolgungswahn zu leiden scheint, schwafelt während des Interviews davon, daß ,'diese' Demokraten ... noch manches für uns bereit" haben: „Bereiten wir uns langsam auf unseren KZ-Aufenthalt vor!" Auf die Frage an den Neonazi-Barden, der über 400 Konzerte zeit seines Lebens gegeben haben will, was er „nie spielen" würde, antwortete Rennicke: „Eine Jiddisch-Fiddel zum Deutschlandlied." Interviewt wurde Rennicke jüngst auch von der österreichischen Neonazi-Postille „Die Umwelt" (Wien), die von **Hemma Tiffner** herausgegeben wird. Der vierfache Vater Rennicke, der zum „nationalen Liedermacher schlechthin" hochgejubelt wird, über seine Zukunft: „Privat will ich vor allem meine wachsende Kinderschar über die Gemeinheiten der heutigen Zustände hinweg zu anständigen Menschen erziehen; politisch und beruflich habe ich mir vorgenommen, mich dem Terror nicht zu beugen, auch wenn ich weiß, daß den Machthabenden noch einiges einfallen wird."

Volksverhetzung

Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender des 1996 im Bundesverfassungsschutzbericht aufgeführten Vereins „Die Deutschen Konservativen", wurde vom Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung in zweiter Instanz zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Außerdem muß Siegerist ein Bußgeld in Höhe von 24.000 Mark zahlen. In zwei seiner vor fünf Jahren verschickten Rundbriefe mit einer Auflage von jeweils mindestens 17.000 Stück hatte Siegerist Roma und Sinti pauschal als „durchweg übles, kriminelles Pack" diffamiert: „Die Zigeuner produzieren Kinder wie die Kaninchen". Die beiden hetzerischen Rundbriefe bescherten Siegerist Spendengelder in Höhe von 85.409 Mark. Im Vorfeld des Prozesses, der auch dem „Nationalen Infotelefon Schleswig-Holstein" eine Meldung wert war, jammerte Siegerist in einem Rundbrief (15.Oktober 1997) darüber, daß die Verhandlung „ganz klar auch ein Prozeß zur Vernichtung" seines Vereins sei. Gleichzeitig appellierte er an seinen Spendenkreis („Jetzt brauchen wir Sie wirklich - mehr als je zuvor"): Helfen „Sie uns mit einer Sonderspende".

Rechter CDU-Bürgermeister

Die Staatsanwaltschaft Chemnitz ermittelt gegen den Bürgermeister der sächsischen Stadt Waldenburg, **Karsten Loos** (CDU), wegen der Verbreitung rechter Propagandamaterialien.

Nach Angaben der zuständigen Staatsanwaltschaft laufen nach einer Strafanzeige bereits seit November letzten Jahres Ermittlungen der Polizei gegen Loos. Der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag zufolge hatte ein Landtagsabgeordneter Strafanzeige gestellt, nachdem im Waldenburger Rathaus Broschüren des sogar vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem" eingestuften „Schutzbundes für das Deutsche Volk" auslagen.

Nazi-Diehl bleibt Ehrenbürger

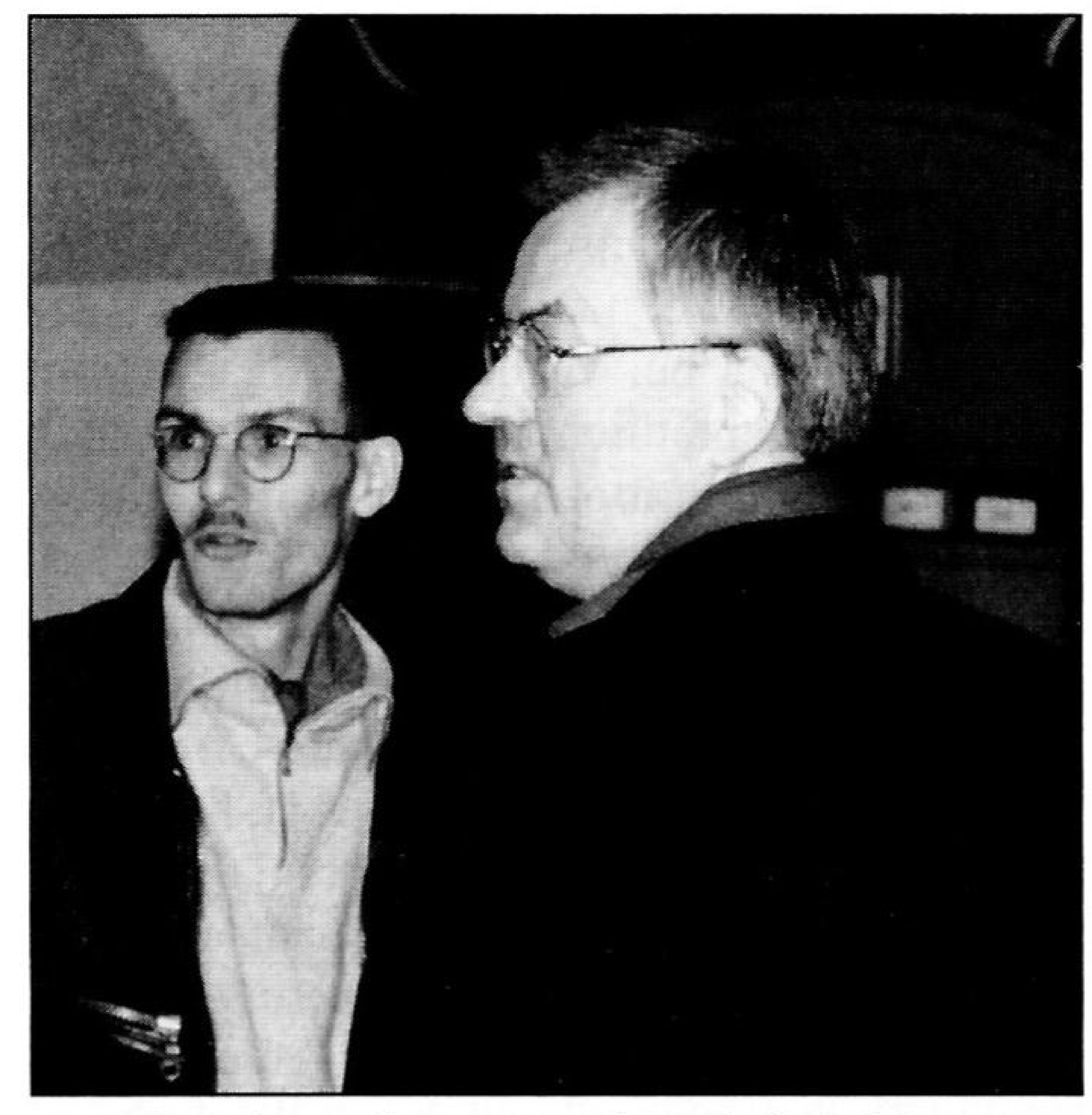
Der neunzigjährige **Karl Diehl**, der im Nationalsozialismus für die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und jüdischen KZ-Häftlingen verantwortlich war, bleibt Ehrenbürger der Stadt Nürnberg. Nachdem es Proteste gegen Diehls Ehrenbürgerschaft gegeben hatte, lehnte der Nürnberger Stadtrat mit der Mehrheit von CSU, FDP, den „Republikanern" und den „Freien Wählern" die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft ab. Der Nürnberger CSU-Chef, **Klemens Gsell**, begründete die Entscheidung damit, daß der Einsatz von KZ-Häftlingen zur Zwangsarbeit „vor dem Hintergrund der damaligen Zeit" zu werten sei. Oberbürgermeister **Ludwig Scholz** (CSU) ergänzte, daß „das überragende Lebenswerk dieses Mannes mit seiner sozialen Einstellung" unter Beweis stelle, daß Diehl „heute als aufrechter Demokrat bezeichnet werden darf".

Max Müller

„Die Nationalen" lösen sich auf

Rechtsextreme Sammlungsbewegung diffundiert ins Volk

Während beim Verfassungsschutz wieder einmal zu laut und zu lange über ein Verbot der neofaschistischen Organisationsstruktur „Die Nationalen e.V." nachgedacht wurde, haben sich diese längst selbst aufgelöst.



Frank Schwerdt (re.) und Detlef Nolde.

In einer Presseerklärung des Vereinsvorsitzenden **Frank Schwerdt** vom 14.11.97 heißt es: „Die Aufgaben der 'Nationalen e.V.', die im Jahre 1991 in Berlin Oberschöneweide als Sammlungsbewegung gegründet wurde, sind weitestgehend erfüllt. Die Mitglieder werden ihre politische Tätigkeit in anderen, befreundeten Gruppierungen fortsetzen. Die Nationalen verstehen ihre Auflösung auch als einen wichtigen Beitrag zum Zusammenrücken der verschiedenen nationalen Gruppierungen."

Waren „Die Nationalen" 1991 ein Wahlbündnis von Dissidenten der REP, (z.T. ehemaligen) Mitgliedern der NPD, DLVH, GdNF, FAP und der damals sehr aktiven „Nationalen Alternative" (NA), so setzte sich schließlich, nach mehr oder weniger erfolglosen Versuchen, auf der parlamentarischen Ebene aktiv zu werden, die aggressiv nationalsozialistische Linie durch. Nachdem Schwerdt, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Berliner REP und danach Landesvorsitzender der DLVH, im Februar 1993 den Vereinsvorsitz übernommen hatte, begann eine umfangreiche Organisierung auch über Berlin hinaus. In der Folge verließen gemäßigtere Rechte den Verein, der sich fortan ganz auf die Rekrutierung rechter Jugendlicher in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen konzentrierte.

Dabei kam der Organisation das staatliche Verbot anderer nationalsozialistischer Gruppen und Kleinstparteien entgegen, wie beispielsweise das der „Nationalistischen Front"



Christian Wendt (re.) im Gespräch mit Rechtsanwalt Jürgen Rieger.

(NF) im November 1992 oder das der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) im Februar 1995. Altgediente Kader konnten so in die Struktur miteinbezogen werden. Durch die Integration des „Jungen Nationalen Spektrums" (JNS) aus Weißwasser (Sachsen) und die Rekrutierung anderer Jungnazis entstand der Jugendverband „Die Jung-Nationalen e.V." (JNA). Im März 1997 bescheinigte der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel den „Nationalen", „der gefährlichsten Neonaziorganisation in Brandenburg", mit ihrer Strategie der Vernetzung und Dezentralisierung erfolgreich zu sein. Diese hätten in Brandenburg 110 Mitglieder (bundesweit 150). Nach eigenen Angaben der „Nationalen" sollen es 300 sein.

Einträgliches Geschäft

Das einträgliche Geschäft mit immensen Gewinnspannen bei der Produktion und dem Vertrieb von rechtsextremen CDs wollen sich die Neonazis **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt** nicht entgehen lassen. Im „Thule-Netz" gab der „Nationale Medienverband" um die neonationalsozialistische „Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ) kund, daß man eine eigene Tonträger-Produktion aufgebaut hat. Verkauft werden u.a. Aufnahmen mit den Skin-Bands „Brutale Haie", „Volksverhetzer" und „Sturm & Drang". Als Spitze gegen die führenden rechtsextremen CD-Macher, **Manfred Rouhs** und **Thorsten Lemmer**, ist die BBZ-Aussage zu werten, daß „keine einzige Mark" in private Taschen" wandere.

Parallel zum Aufbau und zur Integration regionaler „Kameradschaften" entwickelten die „Nationalen" seit 1992 mit der „Berlin Brandenburger Zeitung" (BBZ) umfangreiche publizistische Aktivitäten. Hiermit gelang es ihnen überregionale Bedeutung für das neofaschistische Spektrum zu erlangen. Von einer breiten Öffentlichkeit lange Zeit unbemerkt, weiteten sich diese Aktivitäten kontinuierlich auch bundesweit aus, indem vergleichbare regionale Publikationen zu einem „nationalen Medienverbund" zusammengefaßt wurden. 1997 existierten neben der BBZ die Regionalausgaben „Neue Thüringer Zeitung", „Junges Franken", „Süddeutsche Allgemeine Zeitung", „Mitteldeutsche Rundschau" und „Westdeutsche Volkszeitung".

Neben Schwerdt kann der mehrfach einschlägig vorbestrafte **Christian Wendt**, leitender Redakteur der BBZ, als einer der führenden Ideologen dieser Struktur bezeichnet werden. Mittlerweile besteht die Organisation aus über 30 regionalen Orts- und Kreisverbänden, sowie „unabhängigen Kameradschaften". Mit ihrer Selbstauflösung kommen die „Nationalen" einem längst anstehenden Verbot zuvor, welches der Berliner VS-Chef Eduard Vermander bereits im Sommer gefordert hatte.

Einige ihrer Kader, wie z.B. Schwerdt, haben sich der NPD angeschlossen. Schwerdt schreibt auch im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme". Neue Kreisverbände der NPD entstehen dort, wo vorher die „Nationalen" aktiv waren, etwa in der Spreewaldregion oder im Kreis Oberhavel. Daraus soll in spätestens einem Jahr ein eigenständiger Landesverband Brandenburg entstehen, den es bisher nur im Verbund mit Berlin gab. Als Vorstufe hat sich ein Bezirksverband Brandenburg mit **Thilo Kabus** als Vorsitzenden und **Maik Hampel** als Stellvertreter konstituiert. Kabus war bereits Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" (JN); Hampel Gebietsbeauftragter für „Mitteldeutschland" der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG).

Daß es sich bei den „Nationalen" um eine hochgradig kriminelle Struktur handelt, dürfte spätestens mit den skrupellosen Morden in den eigenen Reihen deutlich geworden sein. So war **Detlef Nolde** (vormals **Cholewa**), als Führer der „Kameradschaft Treptow" zusammen mit dem Berliner Nazikader **Lutz Schillock** Ende April 1997 am Mord an zwei Mitgliedern der „Kameradschaft Wittenberg/Elbe-Ost" beteiligt. Während Schillock für 14 Jahre in den Knast geht, befand sich Nolde bereits vor der Urteilsverkündigung dank Haftverschonung bereits wieder in Freiheit. Dies obwohl er nachweislich die Opfer mittels Tränengas kampfunfähig gemacht und einen der beiden festgehalten hatte, während Schillock den tödlichen Messerstich ausführte.

Eine Razzia der Berliner Polizei, die einige Tage nach Prozeßende bei 17 Mitgliedern der „Kameradschaft Treptow" und „Köpenick" durchgeführt wurde, förderte neben zahlreichen Unterlagen und Waffensammlungen auch Materialien zur Herstellung von Rohrbomben zutage. **Carsten M.** (20) und **Patrick D.** (17), beide sollen Mitglieder der „Kameradschaft Treptow" sein, wurden daraufhin in Untersuchungshaft genommen. Laut Aussage des 17jährigen sollten die Rohrbomben auf dem Balkon eines aktiven Mitgliedes der „AG Junge GenossInnen" der PDS Treptow gezündet werden. Probehalber war bereits eine Sprengung einer Telefonzelle und einer weiteren Rohrbombe in einem Waldstück in der Königsheide vorgenommen worden.

Parallel zur Umwandlung ihrer greifbaren Strukturen treiben die „Nationalen" die Vernetzung im virtuellen Bereich voran. So erschien am 16.12.97 die erste vollständige Ausgabe der BBZ im Internet, bereits am 23.12. die folgende. Dafür zeichnet ein **Rudolf Bachstein** verantwortlich. Als Papierausgabe soll es in Zukunft zusätzlich zur viermal

im Jahr erscheinenden BBZ noch den Pressedienst „BBZ-aktuell" geben, der durch sein wöchentliches Erscheinen größere Aktualität gewährleisten soll. Als Novum wurde dort der „Blick nach links" eingerichtet, auf dessen Seiten unverhohlen gegen alles, was für links oder „systemtreu" gehalten wird, gehetzt wird.

Auch was die Spaltung der Nazi-Mailboxen in „Thule-Netz" einerseits und „Nordland-Netz" andererseits betraf, versuchte die BBZ-Redaktion integrativ zu wirken. Nach der inzwischen stattgefundene „Wiedervereinigung" beider Nazi-Mailboxverbünde, die aufgrund der offensichtlichen Streitigkeiten zwischen einem Großteil der aktiven Teilnehmer noch auf wackligen Beinen steht, gehört die BBZ-Redaktion zu den Usern, die den Großteil der Beiträge, häufig Artikel aus linken Medien, beisteuert.

Für eine aktuelle Einschätzung dieses Nazi-Projektes muß also unterschieden werden zwischen Dezentralisierung der Struktur und stärkerer Anbindung an die Computernetze. Daß die Auflösung in „unabhängige Kameradschaften" Nachteile mit sich bringen wird, ist vorerst nicht zu erwarten. Sie ist neben der Organisierung in der augenblicklich einzigen größeren, nahezu reinen Nazipartei NPD/JN das zeitgemäße Organisationsmodell für die von staatlicher Repression aufgeschreckten Kameraden. Personelle Verbindungen bestehen weiter, wie das Auftreten Frank Schwerdts bei einer von „unabhängigen Kameradschaften" und NPD veranstalteten Sonnenwendfeier in Colditz (Sachsen) mit 300 Teilnehmern (Eigenangaben) augenfällig belegt.

Bleibt die Frage, ob und wie gut die einzelnen Kameradschaften an das Internet bzw. „Thule-Netz" angebunden sind und ob der Staats- und Verfassungsschutz die Möglichkeit, die öffentliche Kommunikation flächendeckend zu kontrollieren, getreu seines staatlichen Auftrages überhaupt nutzt. Die Sonnenwendfeier in Colditz am 20./21.Dezember 1997 jedenfalls, glaubt man der BBZ, sah sich die vielgerühmte SOKO REX („Sonderkommission Rechtsextremismus") nicht bemüßigt, zu unterbinden.

Literaturhinweis:

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (Hg.), Die „Berlin Brandenburger Zeitung". Von der Legalität neofaschistischer Propaganda - Eine Textsammlung zur Auseinandersetzung mit einem aktuellen Projekt des bundesdeutschen Neofaschismus. Berlin 1997.

Bezug (Spende) beim Herausgeber: Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin.

Sönke Braasch

JN-Kundgebung in Stuttgart

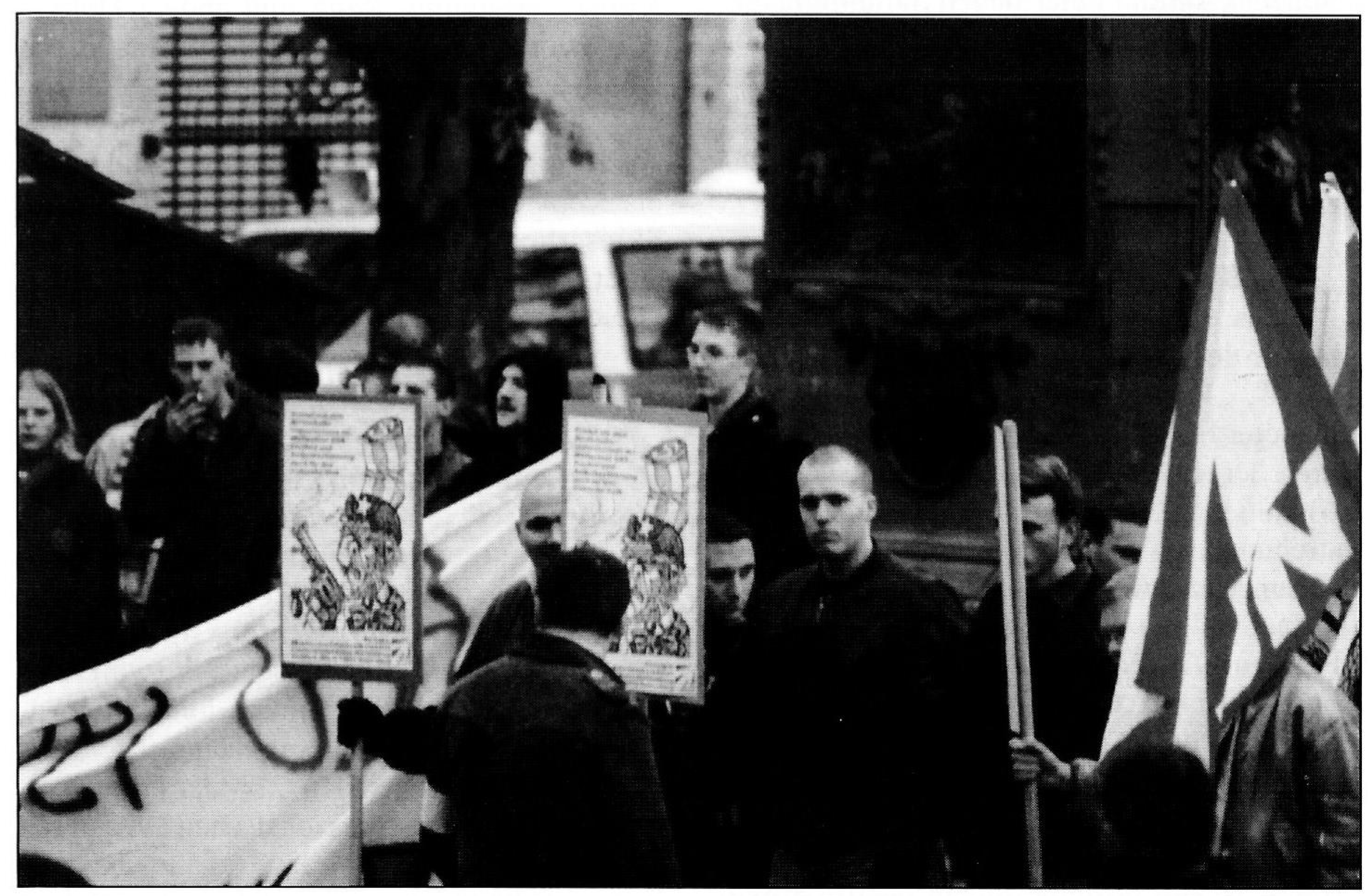


Michael Wendland

Am 22.11.1997 veranstalteten die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in der Stuttgarter Innenstadt eine Kundgebung mit dem Motto: „Schluß mit dem Wirtschaftsimperialismus der Weltpolizei USA / Freiheit und Selbstbestimmung auch für das irakische Volk". Aufgerufen dazu wurde sowohl im Internet, als auch über „Nationale Infotelefone" (NIT). Den Aufruf im Internet unterzeichnete der aktuelle Pressesprecher der JN-Baden-Württemberg **Lars Käppler**. Laut Aufruf sollten der ehemalige JN-Landesvorsitzende und jetzige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Michael Wendland** und der aktuelle JN-Landesvorsitzende **Mike Layer** aus Ludwigsburg auf der Kundgebung Redebeiträge halten.

Bereits eine Stunde vor dem offiziellen Beginn der angemeldeten Kundgebung begannen die Neonazis, den Bereich um den Kundgebungsort - mitten in Stuttgarts Fußgängerzone - „abzuchecken". Die Tatsachen, daß die Stadt Stuttgart nicht versucht hat, den Aufmarsch per Verbotsverfügung zu verhindern, und daß zu Beginn des Aufmarsches überwiegend nur zivile Polizeikräfte am Ort des Geschehens vertreten waren, geben Anlaß zur Spekulation. Gegen 10 Uhr morgens fanden sich ca. 50 Rechtsradikale am Kundgebungsort ein und begannen, Transparente und Fahnen zu entrollen und Flugblätter zu verteilen. Mit von der Anti-Golfkriegs-Bewegung übernommenen Parolen wie „Kein Blut für Öl" versuchten die JN, ihre nationalrevolutionäre Ideologie in breitere Teile der Bevölkerung zu tragen (Zur JN siehe auch DRR Nr.41, S.18). Etwa 30 AntifaschistInnen wollten die Gunst der Stunde nutzen, um dem braunen Treiben ein Ende zu bereiten. Dies scheiterte jedoch an dem Widerstand der mit Fahnen bewaffneten JN'lerInnen. Im weiteren Verlauf der Kundgebung war dann auch uniformierte Polizei massiv im Einsatz. Ein Antifaschist wurde festgenommen und erst nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen. Die ca. 100 anwesenden AntifaschistInnen behinderten mit Parolen und Lärm die JN-Kundgebung. Die Kundgebung war, neben mehreren Flugblattaktionen der JN in der Stuttgarter Innenstadt, ein weiterer Versuch der Jugendorganisation der NPD, in der Region Fuß zu fassen. Auch wenn ein Teil Nazis aus Thüringen angekarrt wurde, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Bundesgeschäftsstelle der NPD in Stuttgart und der geerbten Villa in Eningen bei Reutlingen ein nicht unbedeutender Teil ihrer Infrastruktur in der Region liegt. Mindestens zwei der Neonazis betätigten sich am Rande der Kundgebung auch als Anti-Antifa-Fotografen.

Am 13.12. versuchte die JN die gleiche Kundgebung auch in Mannheim zu veranstalten. Dort warteten jedoch schon zahlreiche AntifaschistInnen, denen sich auch etwa 200 BesucherInnen der Innstadt anschloßen, auf die JNler. Aus Sicherheitsgründen kesselte die anwesende Polizei daraufhin die etwa 40 Nazis ein und verfrachtete diese später in Gefangenentransporter, um sie vom Ort des Geschehens wegzuschaffen. Rädelsführer der JNler waren hier **Alexander Feyen** und Michael Wendland.



Der JN-Aufmarsch konnte in Mannheim dank antifaschistischer Mobilisierung nicht wiederholt werden



Bewaffnete Neonazis gehen unter der Aufsicht des Rechtsanwaltes Jürgen Rieger gegen AntifaschistInnen vor, die in Hetendorf eine Wintersonnenwendfeier blockieren

Schönhuber Auftritt

Anfang November trat **Franz Schönhuber** in Pforzheim vor rund 70 Rechtradikalen, darunter auch 20 neonazistische Skinheads, auf. Veranstaltet wurde der Auftritt des ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden vom „Freundeskreis Franz Schönhuber." Als Gastgeber fungierten nach Angabe der lokalen „Pforzheimer Zeitung" der Rentner **Kurt Niewiem** und, allen Abgrenzungsbeschlüssen von Parteichef Rolf Schlierer zum Trotz, der Pforzheimer REP-Stadtrat **Fritz Herzberg**. Niewiem gehörte in der Vergangenheit ebenfalls den „Republikanern" an, ehe er zur 1991 gegründeten „Deutschen Liga für Volk und Heimat" wechselte und deren Landesvorsitz Baden-Württemberg inne hatte. Zu den Rednern der Veranstaltung in der Gaststätte „Neue Wilhelmshöhe" gehörte auch der einstige Pforzheimer REP-Funktionär und -Stadtrat **Leo Thenn**. Der 71jährige Pensionär Thenn arbeitet seit geraumer Zeit erfolglos an der Konzeptionierung einer „Vereinigten Rechten". Als „Moderator für eine Vereinigung der Rechten" empfahl sich in seinem rund einstündigen Vortrag der langjährige REP-Führer Franz Schönhuber. Während seines Auftritts gab Schönhuber bekannt, daß er für die Europawahl 1999 als Spitzenkandidat einer neuen Sammlungsbewegung von „Republikanern", DVU und dem BFB von **Manfred Brunner** zur Verfügung stünde. Die bevorstehende Bundestagswahl sei für die Rechte jedoch bereits verloren.

„Ansatzweise Anhaltspunkte"

„Aus einzelnen Beiträgen" der Publikationen des sogenannten „Friedenskomitees 2000", „Frieden 2000" und Pressespiegel „Innerer Frieden", von **Alfred Mechtersheimer**, „ergeben sich ansatzweise tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen" - so die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS zu „Alfred Mechtersheimer und seine Kontakte zu rechtsextremen Kreisen" (Drucksache 13/8772). Ebenso kam die Bundesregierung zum Ergebnis, daß die von Mechtersheimer angeführte „Deutschland-Bewegung" sowohl von „einigen rechtsextremistischen Gruppierungen positiv eingeschätzt wird", als auch im Rahmen der „Deutschland-Bewegung" „Kontakte zu verschiedenen -teils kleineren- rechtsextremistischen Gruppierungen und deren Funktionären, darunter die Partei 'Die Republikaner' und deren Bundesvorsitzenden" Rolf Schlierer bestehen.

Verurteilt I

Das Landgericht Ulm im Oktober die Berufung von **Torsten Möske** verworfen. Der 29jährige war im Juli vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 8.000 Mark verurteilt worden. Anlaß war der Versandhandel Möskes mit indizierten Tonträgern rechtsradikaler Musikgruppen. Bei einer Hausdurchsuchung waren rund 6.000 CDs sowie Versandtaschen und Bestellisten gefunden worden. „Durch den Versandhandel waren für Jugendliche Tür und Tor geöffnet", erklärte der Richter. Möske sitzt seit Juli in Untersuchungshaft. Damals wurden bei einer erneuten Razzia bei Möske in Ulm, Biberach und Esslingen etwa 45.000 CDs sichergestellt.

Verurteilt II

Das Amtsgericht in Mannheim verurteilte am 29. Oktober den 17jährigen Neonazi **Manuel Jacob** zu einer elfmonatigen Jugendstrafe auf Bewährung. Dem Angeklagten wurden Körperverletzung, Raub und andere Delikte vorgeworfen. Der Skinhead Jacob erstellt seit Oktober 1995 das Skinzine „Doitsche Offensive" und trommelt in der Mannheimer Musik-Kombo „Aufbruch". Jacob gilt außerdem als Kopf einer Gang von jugendlichen Nazi-Skins, die in einem Stadtteil der Universitätsstadt zahlreiche Übergriffe auf mißliebige Gleichaltrige begangen hat.

Jomsburg-Verlag

Den rechtsradikalen „Jomsburg-Verlag" in Uelzen empfiehlt Schriftleiter **Hans-Ulrich Kopp** alias **Friedrich von Lodenitz** den Lesern des aktuellen „Witiko-Briefes", Organ des revisionistischen „Witikobundes", als „uns nahestehend". „Für witikonische Bücherfreunde empfiehlt sich die alle acht bis zwölf Wochen erscheinende kostenlose Jomsburg-Antiquariatsliste mit hochinteressanten Titeln aus verschiedenen Bereichen", so der Burschenschafter. Der im niedersächsischen Uelzen beheimatete „Jomsburg-Verlag" („nationales Antiquariat; hauptsächlich von 1918 bis 1945") von **Jens Biernatzki** und **Josef Graf** wirbt in zahlreichen rechtsradikalen Periodika, darunter die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme", die revisionistische Postille „Recht und Wahrheit", „Junge Freiheit" und „Der Scheinwerfer" von **Eberhard Hefendehl**, Drucker der „Nachrichten der HNG".

Neuer Vorstand beim NHB

Der „Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB), die seit Jahren inaktive Studentenorganisation der NPD, wurde mit einer neuen Führungsspitze reaktiviert. Am 20. September fand die 27. ordentliche Bundesversammlung des 1967 gegründeten NHB in Hannover statt. In den vier Jahren zuvor wurde lediglich eine einzige ordentliche Bundesversammlung durchgeführt. **Martin Laus** aus Wuppertal wurde von **Andreas von Webenau**, regelmäßiger Autor der „Deutschen Stimme", abgelöst. Der 29jährige Laus wurde 1989 zum Vize und 1991 erstmals zum Vorsitzenden gewählt. Zum Stellvertreter von Webenaus wurde **Christoph Dietermann** und zum Schatzmeister **Andreas Weber**, Wuppertal, gewählt. Weber fungiert auch im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" seit 1996 als Schatzmeister.

Teuflischer Jünger

Erwin Teufel (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hat ein Stipendium für sogenannte Wissenschaftler ausgeschrieben, die sich schwerpunktmäßig im Rahmen von Forschungsarbeiten zu europäischer Literatur und Geschichte mit dem Schaffen von **Ernst Jünger** beschäftigen. Neben großzügiger Unterbringung für neun Monate im Collegienhaus des Deutschen Literaturarchivs in Marbach/Neckar winkt dem Gewinner ein Betrag von 20.000 DM.

Ob Teufel sich eher auf Passagen wie: „Aber wenn man selbst voll grimmer Lust hinterm Maschinengewehre hockt, dann ist das Gewimmel da vorn nicht mehr als ein Mückentanz. Zum Dauerfeuer! Hei, wie das spritzt! Da kann nicht Blei genug aus der Mündung fegen." aus Jüngers „Der Kampf als inneres Erlebnis" freut oder doch, etwas pathetischer, auf: „Der scheint am meisten gewonnen zu haben, der am meisten verloren hat. Alle Menschen und Dinge dieser Zeit drängen einem magischen Nullpunkt zu. Ihn passieren, heißt der Flamme eines neuen Lebens ausgeliefert zu sein; ihn passiert zu haben, ein Teil der Flamme zu sein", wie Jünger in „Das abenteuerliche Herz" schrieb, war bis jetzt nicht zu ermitteln.

GfP-Kongreß

Im Raum Leipzig soll vom 24. bis 26.April 1998 ein „Deutscher Kongreß" mit dem Thema „Mut zur Freiheit 1848-1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit" stattfinden. Für die Koordinierung des Kongresses zeichnet die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) verantwortlich. Deren Vorsitzender, Dr. **Rolf Kosiek** referierte jüngst bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" in Baden-Württemberg.

David Nowak

„Nordland" / „Thulenetz":

Querelen um Stuttgarter Altnazi

Nachdem vor einigen Wochen die „Wiedervereinigung" der Nazi-Computernetze „Thule" und „Nordland" verkündet worden war, haben sich nun die verbleibenden Bruchstükke des von **Thekla Kosche** (Pseudonym: „Gothmag99") betriebenen „Nordland-Netzes" erneut vom „Thule" losgesagt. Offizieller Grund dafür ist die Behauptung, man wolle sich von der „Neuen Rechten" lösen, weil diese nationalsozialistische Thesen zwar in ihrer Ideologie verpacke, deren Umsetzung in letzter Konsequenz jedoch verweigern würde. Der tatsächliche Grund für die erneute Spaltung dürfte jedoch eher darin liegen, daß der Kreis um Kosche einem erneuten Rausschmiß zuvorkommen wollte. Anlaß für den hartnäckigen Streit im „Thule-Netz" waren in letzter Zeit vor allem massive Querelen um den ca 70jährigen Stuttgarter Altnazi **Lothar Zaulich** (Pseudonyme „Luchs" und „Roderik"), mit dem Thekla Kosche eine enge persönliche Freundschaft pflegt.

Seit einiger Zeit herrscht im „Thule-Netz" eine angespannte Stimmung, die zuletzt dazu führte, daß Zaulich von seinen eigenen Kameraden geoutet wurde. Er hätte nicht nur in den Computernetzen, sondern auch in der Stuttgarter Naziszene mehrfach Verleumdungen über „Kameraden" in die Welt gesetzt, so lautet der Vorwurf. In Nazikreisen wird dieses Verhalten seinem „bewegten Lebenswandel" zugeschrieben. Tatsächliches Motiv dürfte jedoch eher sein, daß sich Teile der Nazi-Szene eines senilen und eigenbrötlerischen Opas entledigen wollen. Zaulich, der den Hitlerfaschismus als Kind erlebt hat, soll nach Behauptungen anderer Nazis als Jugendlicher von seinen Eltern abgehauen sein und anschließend wegen „Vagabundentums" einige Zeit in einem Bremer Konzentrationslager im U-Boot-Bunkerbau verbracht haben. Dort hat er sich aber offenbar emporgedient, denn nach der militärischen Zerschlagung des Nazismus ist er bis heute ein 100% Nationalsozialist. Möglicherweise handelt es sich bei Zaulich um einen Fall von Stockholm-Syndrom, d.h. der psychologischen Identifikation mit dem Geiselnehmer, oder in diesem Fall eines Jugendlichen mit seinen SS-Bewachern in einem Konzentrationslager. Da dieses Syndrom erst seit den 70er Jahren bekannt ist, konnte es damals auch noch nicht therapiert werden. Seit einigen Jahren treibt sich Lothar Zaulich in den neofaschistischen Computernetzen herum und versucht sich als Experte in Sachen Freimaurerei darzustellen. Im Hintergrund machte er sich daran, sich als Rechercheur in Sachen Anti-Antifa zu betätigen. Inzwischen hat er sich jedoch in diesen Kreisen unmöglich gemacht, nachdem sich die Neuigkeiten, mit denen er versuchte, sich zu profilieren, immer wieder als Finten entpuppten. Im Sommer 97 z.B. präsentierte er über Wochen hinweg kontinuierlich Berichte eines angeblichen Spitzels in der Antifa-Szene, von denen sich jedoch bald herausstellte, daß sie vollständig seiner eigenen Phantasie entsprungen waren.

Zaulich bezeichnete sich im „Nordland"-Netz als eines der Gründungsmitglieder der HNG. Er wurde bereits 1994, als in Stuttgart-Weilimdorf auf Bestreben der NSDAP/AO eine „Kameradschaft Stuttgart" gegründet werden sollte, als Mitglied der NSDAP/AO und der GdNF bekannt. Am Rande des Nazitreffens, das nach der Festnahme das Hauptredners **Friedhelm Busse** (FAP) und daraufolgender Ausschreitungen der Nazis von der Polizei gestürmt wurde, teilte Zaulich einem Journalisten der „jungen Welt" mit, er sei einer der Mitorganisatoren und habe „nicht nur über die NSDAP/AO-Strukturen mobilisiert."

Nach der erneuten Spaltung der Nazi-Netze gehört Zaulich u.a. zusammen mit dem Berliner **Oliver Schweigert** („Pittiplatsch") und dem Hamburger **Stefan Beeck** („Braveheart"), der die Internetseiten des „Nationalen Widerstands" auf demselben kanadischen Rechner wie **Ernst Zündel** betreibt, zu dem engen Kreis um die „Nordland-Netz"-Betreiberin Thekla Kosche, die im Mai 97 einen Aufruf zur Anti-Antifa-Datensammlung veröffentlichte und kürzlich als Aufgabestellung des „Nordland-Netzes" definierte: „... den Aufbau handlungsfähiger Strukturen optimal zu unterstützen, damit unser Ziel möglichst rasch verwirklicht werden kann. Das Ziel ist, positive Veränderungen in unserem Land und damit auch weltweit zu bewirken, basierend auf den Maximen des Nationalen Widerstandes, also Gemeinnutz vor Eigennutz und Brechung der Zinsknechtschaft." Der Thule-Netz-Mitgründer **Jürgen Jost** ist inzwischen von Kosche aus diesem Kreis entfernt worden, gerüchteweise unter dem Verdacht, er würde mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten.

Von Seiten staatlicher Stellen wurde das „Nordland-Netz" bislang nicht mit Repressionsmaßnahmen bedacht. Nach Vermutung von AntifaschistInnen will man sich beim Verfassungsschutz so ein „Trendbarometer" der Nazi-Szene zur leichten Beobachtung verfügbar halten. Ob dies auch noch so bleibt, wenn als nächster folgerichtiger Schritt des Kreises um Kosche die offene Bezugnahme auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP folgt, bleibt abzuwarten.

Kirchlicher Ostritt

Am 7.Februar 1998 findet im Konferenzraum des City Hotels im Hauptbahnhof Hannover ab 10.00 Uhr die Mitgliederversammlung der „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V." (GeO) statt. Auf der Tagesordnung stehen neben Berichten des Vorsitzenden **Wilhelm von der Trenck**, des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes **Klaus Schulz-Sandhof** und des Schatzmeisters **Fabian Graf zu Dohna** auch Fragen zu einer möglichen Satzungsänderung, u.a. ein Antrag die Förderung von Kirchenneubauten in „Ostpreußen" betreffend. Desweiteren wird über die Gründung einer „Stiftung Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen" beraten und aller Voraussicht nach auch beschlossen werden. Die GeO ist einer von 12 Stiftern der in Hamburg ansässigen „Stiftung Ostpreußen", zu der auch die „Landmannschaft Ostpreußen" gehört. Nach Eigenangaben versteht sich die GeO als eine „der Landsmannschaft Ostpreußen zugehörige Organisation heimatvertriebener Ostpreußen", wobei sie „für Ostpreußen bedeutsame kirchliche Aufgaben wahrzunehmen" habe.

Konkurrenzkampf

In der Neonazi-Szene kursiert bundesweit ein Flugblatt mit dem Aufruf „Finanziere nicht Deine Feinde". Scharf angegriffen wird die Kölner Firma „Rock-O-Rama" von **Herbert Egoldt**, einem der größten Produzenten von Skin-Musik, und der „MZ & Rock Nord"- Komplex um **Manfred Rouhs** und **Thorsten Lemmer**. Ihnen wird Geschäftemacherei vorgeworfen. Die Betroffenen wehren sich in Erklärungen, die auch im Thule-Netz veröffentlicht sind, dagegen. Lemmer und Co. schreiben, daß sie den „selbsternannten 'Skindheadpolizisten'" um den „Hamburger Sturm" und „United Skin" die „rote Karte" zeigen werden: „Euer Neid auf das geschaffene, professionelle Fundament ist grenzenlos". Egoldt hält sich zugute, daß er bei „allen staatlichen Aktionen" der „Hauptbetroffene" sei. Den Flugblattmachern unterstellt er, daß diese" mit Streuung von Lügen und Gerüchten der Konkurrenz" schaden wollen, „um selbst einen größeren Umsatz zu bekommen."

Angeklagt

Wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung wurden im Dezember **Henry Fiebig** und **Christian Scholz** angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen zur Gründung einer "Werwolf"- Gruppe aufgerufen und sich mit Waffen und Sprengstoff ausgerüstet zu haben. Fiebig und Scholz hatten sich bei der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) kennengelernt. Unter den Pseudonymen „**Hans Westmar**" und „**Autorenkollektiv Werwolf**" verfaßten und verbreiteten sie eine vierbändige Schrift mit Propagandamaterial und einem "Handbuch für improvisierte Sprengtechnik" mit Anleitungen zur Herstellung von Brand- und Sprengsätzen.

Verstorben

Im Alter von 103 Jahren ist der Nazi **Carlus Baagoe** (Hamburg) verstorben. Baagoe, einst Kopf eines „Weltbundes gegen Geschichtsverfälschung", war Kompagnon des SS-Mannes **Thies Christophersen** und des Neonazi-Anführers **Michael Kühnen**, die bereits vor ihm „nach Walhall gegangen" sind. Hervorgetan hat sich Baagoe u.a. als Autor des Buches „Wir Paranoiden marschieren über Leichen. Völkermord im Namen des Herrn (Jahwe) - Die Bibel als Holocaust - Vorbild der Menschheit?"

Karl Heinz Hansen

War Rockefeller Kommunist?

Verschwörungsmythen aus den USA mit Verbreitung in esoterischen und rechtsextremen Kreisen

In esoterischen Buchhandlungen erwartet sicher keiner politische Enthüllungsliteratur. Um so mehr wirken die „Enthüllungsbücher" von Gary Allen „Die Insider" Band 1 und 2 auf den ersten Blick deplaziert. „Enthüllt" wird in den beiden gänzlich unesoterischen Bänden Spektakuläres. So sind angeblich die führenden Kapitalisten der USA, insbesondere David Rockefeller, in Wirklichkeit Sozialisten.

Daß Großkapitalisten die US-Regierungspolitik bestimmen, mag unbenommen sein, doch daß sie den Bolschewiki in Rußland an die Macht halfen, ist mehr als abwegig. Laut **Gary Allen** ist Sozialismus „der sichere Weg zur Macht der Superreichen". Das System, wie es in der Sowjetunion herrschte, sei die völlige Aneignung des Volksvermögens durch eine kleine Clique von Machthabern.

Um diesem System die Herrschaft über die ganze Welt und insbesondere über die Vereinigten Staaten zu übertragen, nutzten eine Gruppe von Verschwörern Linke und Liberale: Hitler und der Vietcong seien deshalb gefördert worden. So sollte der sowjetische Sozialismus verbreitet werden.

Als zuvor von den „Insidern" geplantes Ergebnis des 2.Weltkrieges seien die Staaten Osteuropas sozialistisch geworden. Um dem Wahnsystem von Gary Allen Glaubwürdigkeit zu verleihen, zeigt dieser reale Strukturen und Verbindungen auf, so z.B. den „Council for Foreign Relations", der einen großen Einfluß auf die US-Außenpolitik hat. Diese werden laut Allen von den Verschwörern kontrolliert und zu ihrem Zwecke genutzt.

Die Bücher von Gary Allen erschienen in den USA erstmals Anfang der siebziger Jahre. Wie die esoterische Zeitschrift „Körper-Geist-Seele" in ihrer Hamburger Ausgabe von 5/96 schrieb, war Allen Autor für die „John-Birch-Society", welche in den sechziger- und siebziger Jahren die führende rechtsextreme Organisation der USA war. Zur Birch-Society gehörten einige der radikalsten Anti-Kommunisten wie z.B. **Larry M. McDonald**, führender Kopf der „Western Goals", einer anti-kommunistischen Organisation, der Verbindungen zu Söldnern nachgesagt werden. Laut den Journalisten Jürgen Roth und Berndt Ender ist die John-Birch-Gesellschaft eingebunden in Desinformationskampagnen der USA. **Robert Welch**, ihr Begründer, vertrat in mehreren Büchern die selben Ansichten wie Allen.

Für Verbreiter von Verschwörungsmythen (auch Verschwörungstheorien genannt) hat Gary Allen eine ungewöhnlich stringente Darstellung. Sie stützt sich im Wesentlichen auf die Darstellung der „Unterstützung" des Sozialismus. Für den Vordenker der sogenannten „Neuen Rechten", **Armin Mohler**, sind Verschwörungsmythen (bei ihm „Verschwörungstheorien") ein wesentlicher Bestandteil von rechten populären Weltanschauungen. Als Beispiel hierfür benennt er im Kursbuch Weltanschauungen der Schriften der C.-F. Siemens Stiftung Gary Allen.



Garry Allen

Allens Verbreitung in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik erschienen die Bücher von Gary Allen Mitte der siebziger Jahre im „Verlag für Angewandte Philosophie", Wiesbaden (kurz: VAP). 1976 wurde der Verlag umbenannt in „Verlag für Außergewöhnliche Publikationen" und 1984 sein Sitz nach Büsingen am Hochrhein in die Nähe des Bodensees verlegt. 1986 löschte das Amtsgericht Singen/Htw. den Verlag aus dem Register, nachdem ein Konkurs mangels Masse abgewiesen worden war.

Mitte der neunziger Jahre existieren die Sowjetunion und sozialistische Staaten bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr. Auch die meisten der bei Allen erwähnten Personen sind entweder tot oder im Ruhestand. Das Imperium der Rockefellers ist zerfallen. Trotzdem erscheint eine bis auf den Anhang unveränderte Neuauflage der Bücher von Gary Allen.

Neuaufgelegt wurden die Bücher beim „Verlag für außergewöhnliche Perspektiven" (kurz: VAP). Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels gibt als Verlagssitz eine Postfachadresse in Preußisch Oldendorf in Ostwestfalen, nahe Minden, an, die sich auch in den Büchern als Adresse für die Verlagsauslieferung findet. Im Handelsregister des Amtsgerichtes Lübbecke, zu dessen Bezirk der Verlagssitz gehört, ist keine Firma mit diesem Namen eingetragen.

Wer sich an das Postfach wendet, erhält ein DIN-A4-Blatt mit dem Verlagsprogramm von VAP. Das Angebot von VAP umfaßt nur wenige Bände; neben den Büchern von **Gary Allen** sind mehrere Bücher von einem Autoren im Angebot, der das Pseudonym **L. Kin** verwendet. Dieser angebliche Scientology-Aussteiger behauptet, eine Gruppe von Verschwörern, u.a. Rockefeller und die Freimaurer, hätte die Organisation übernommen. Dies geschah natürlich nur wegen der positiven und befreienden Wirkung von Scientology.

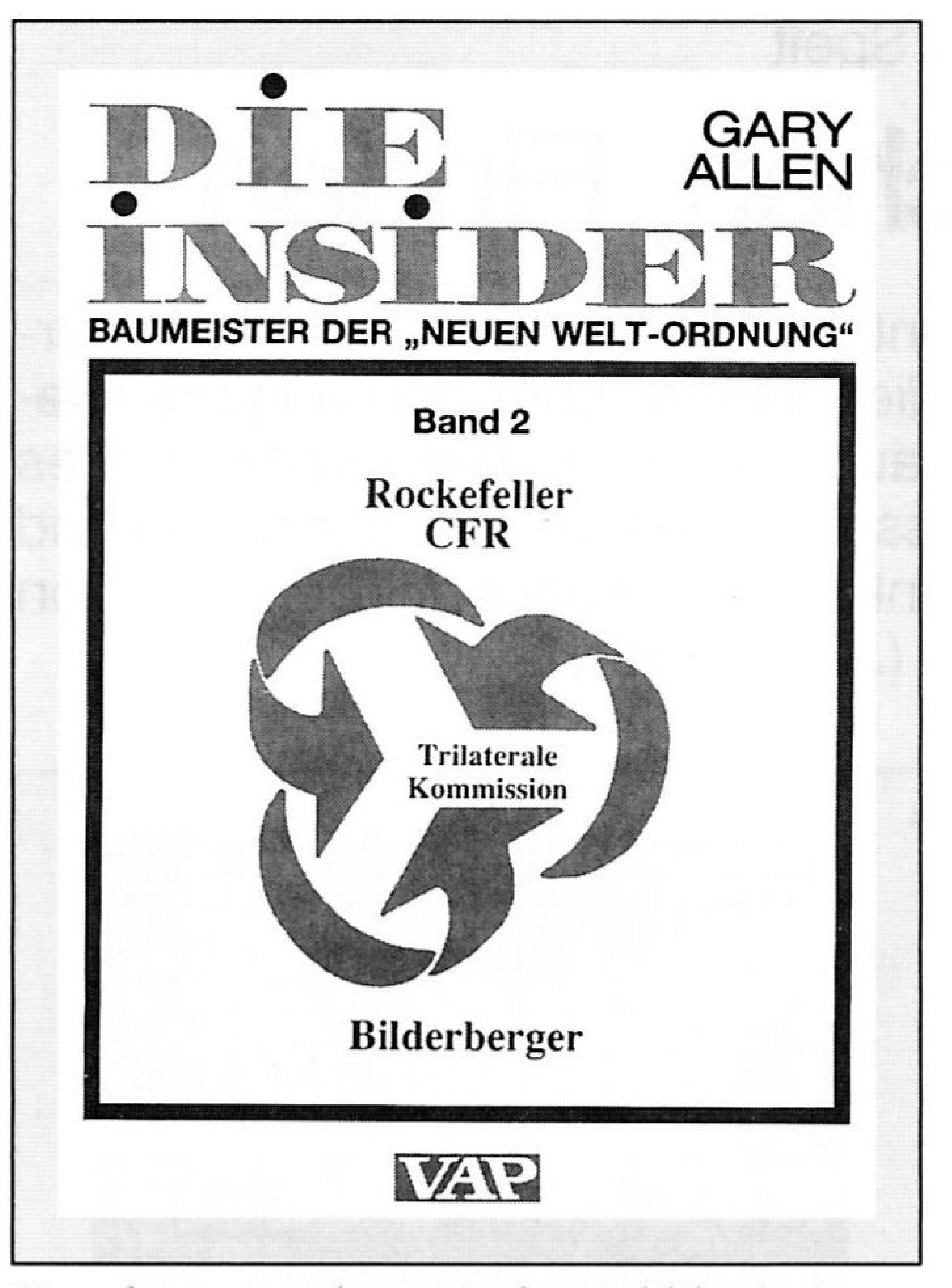
Neuer Verlag mit alten Verbindungen

Auf dem Briefumschlag von VAP findet sich der Freistempel der „Deutschen Verlagsgesellschaft mbH" (DVG), dessen Postfachadresse identisch ist mit der von VAP. In Preußisch Oldendorf sitzt jedoch nur die Verlagsauslieferung der DVG, der Firmensitz ist Rosenheim in Oberbayern. In ihrem Programm findet sich eine Vielzahl Kriegs- und das „Dritte Reich" verherrlichende Literatur. Diverse rechtsextreme Veröffentlichungen werden von der DVG vertrieben. Neben die „Waffen-SS" glorifizierenden Publikationen findet sich auch die Zeitschrift „Der Freiwillige" von der HIAG, der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen SS e.V.". Im Angebot finden sich auch die inzwischen fast 70 Bände der „Historischen Tatsachen", die im „Verlag für Volkstums- und Zeitgeschichtsforschung" aus Vlotho in Westfalen von **Udo Walendy** erschienen sind. Die Schriften sind eine Mischung aus Verschwörungen à la Gary Allen, deutschem Nationalismus und der Verteidigung des „Dritten Reiches".

Die Hefte von Walendy werden in Preußisch Oldendorf bei der Firma „Kölle Druck GmbH" hergestellt. Der Inhaber von „Kölle Druck", **Rainer Höke**, ist zugleich mit 24% an der DVG beteiligt, weitere 26% hält **E. Höke**. Bei der Druckerei wurden und werden Schriften gedruckt wie z.B. „Die Bauernschaft" des mittlerweile verstorbenen **Thies Christophersen**. Auch dessen verbotene Schrift „Die Auschwitz-Lüge" wurde hier gedruckt. Ebenso wie früher auch die „Deutsche Wochenzeitung", die heute zur Mediengruppe des Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion" (DVU), **Gerhard Frey**, gehört. Mitgründer und langjähriger Inhaber dieser Zeitung ist **Karl Waldemar Schütz**. Der ist nicht nur Geschäftsführer der „Deutschen Verlagsgesellschaft", sondern auch an ihr mit 50% beteiligt. Schütz ist ehemaliger Angehöriger der „Waffen-SS" und war Hauptsturmführer der „Leibstandarte Adolf Hitler". Die Firma Kölle produziert auch die Bücher von Gary Allen. Die Verlagsauslieferung von DVG und somit auch von VAP findet sich bei der Druckerei.

Allen im anthroposophischen Umfeld

In einem Umfeld mit eindeutig rechtsextremen Schriften wie bei der DVG wäre jedem Interessierten klar, aus welchem Spektrum die Bücher stammen. Die Bücher dieses Verlages finden in esoterischen und ufologischen Kreisen großen Anklang, z.B. bei der „Freien Akademie Sammatz". Hierbei handelt es sich um eine anthroposophische Einrichtung in der kleinen Ortschaft Sammatz, Land-



Verschwörungstheoretische Publikationen von G. Allen finden zunehmend Anhänger

kreis Lüchow-Dannenberg. Die Anhänger von **Rudolf Steiner**, dem Begründer der esoterischen Weltanschauung Anthroposophie und Begründer der Waldorf-Pädagogik, haben im Laufe der achtziger Jahre das kleine Dorf übernommen und ihre Einrichtungen eröffnet. Das Dorf gleicht einer großen Kommune mit zahlreichen anthroposophischen Niederlassungen.

Neben Seminaren und Vorträgen zu politischen Themen kann an der „Freien Akademie" Anthroposophie studiert werden. Einige Vorträge wurden beim schweizerischen „Verlag am Goetheanum" (das „Goetheanum" ist das Zentrum der Anthroposophie) in einem Sammelband unter dem Titel „Zeichen der Zeit. Zur gegenwärtigen Weltlage" von Felix Schulz 1996 herausgegeben. Von **Malte Dieckmann**, einem der wichtigsten Mitarbeiter der Akademie, wurde hier ein Artikel unter der Überschrift: „Die UNO als Instrument einer neuen Weltordnung. Das Streben US-Amerikas nach Weltherrschaft" veröffentlicht. In diesem Aufsatz behauptet Dieckmann, daß für die Dominanz der USA über Westeuropa der Bolschewismus nötig war und dieser durch die „New Yorker Bankerszene" wirtschaftlich gefördert wurde. Quelle hierfür ist Gary Allen. Einer der Mitarbeiter des Buches und der „Akademie" bestätigte, daß die Hintergründe der Bücher Allens bekannt seien.

Die Ausführungen des Anthroposophen Dieckmann sind nur die Fortsetzung der verschwörerischen Ausführungen von Rudolf Steiner. In Vorträgen, die Steiner zumeist während des I.Weltkrieges hielt, sprach er schon von Logen und Verbindungen, die hinter der anglo-amerikanischen Politik stünden. Diese Politik richte sich gegen „Mitteleuropa", womit das damalige „Deutsche Reich" gemeint war. Heute führen verschiedene seiner Anhänger diese Ideen weiter, zum Teil mit stark an „Revisionismus" und Rechtsextremismus erinnernden Vorstellungen. Hier paßt Gary Allen mit seinen Ausführungen hervorragend hinein.

Auch van Helsing greift Allen auf

Bei den Büchern des Esoterikers **Jan Udo Holey**, meist besser bekannt unter dem Pseudonym **Jan van Helsing**, „Geheimgesellschaften" Band 1 und 2, ist Gary Allen eine der wichtigsten Informationsquellen. Der Vertrieb der Bücher, die nach „Der Spiegel" 51/96 eine Auflage von über 100.000 Exemplaren haben, wurde von der Staatsanwaltschaft Mannheim Ende 1996 wegen antisemitischer Ausführungen verboten. Im Anhang des ersten Bandes findet sich auch die Adresse des VAP-Verlages in Preußisch Oldendorf. In der esoterisch-ufologischen Zeitschrift „Die andere Realität" finden sich nicht nur lange Abhandlungen von van Helsing, sondern in Nr. 2/96 auch ein Artikel über die ebenfalls bei VAP erschienenen Bücher von **L. Kin,** auf die sich van Helsing bezieht.

Bücher aus dem rechtsextremen Spektrum, zu dem „Kölle Druck" und die DVG gehören, würden offen sicherlich nicht in esoterischen-ufologischen oder anthroposophischen Kreisen große Verbreitung finden, sei es aus weltanschaulichen oder taktischen Gründen. Aber über die Bücher von VAP können Inhalte versteckt verbreitet werden, die sich so auch offener bei **Udo Walendy** oder in den entsprechenden Veröffentlichungen der 20er und 30er Jahre finden.

Andreas Speit

Über Zwerge und Elfen

Swantje Swanhwits rechte Mythen

Kein „Elfenzauber" erklang am 15. November in der Bünsdorfer „König-Ludwig-Gaststätte" bei Rendsburg (Schleswig-Holstein). Die „Bardin" Swantje Swanhwit sollte die Gäste des Seminars „Indo-Europäische Naturreligion - Erbe als Zukunft" vom 15. bis 16.November 1997 mit ihrem musikalischen Repertoire verzücken.

Via Blockflöte und Sopranstimme wollte die Hamburgerin bürgerlichen Namens **Iris-Kathrin Fischer** die Entzauberung der Welt und die verschwundenen Hexen, Feen und Elfen beklagen. Doch ihr Auftritt, ausgerichtet vom „Elemente - Studien und Lesekreis Nord", fiel ebenso aus wie das Seminar.

Die Gastwirtin kündigte dem Organisator **Andreas Rothmann** kurzerhand die Räumlichkeiten, nachdem ca. 60 AntifaschistInnen die Eingänge blockiert hatten. Rothmann, aktiv im „Bündnis Rechts für Schleswig Holstein", Landesvorsitzender des revanchistischen „Bund für Gesamtdeutschland" sowie Kontaktanschrift für den JN-Landesverband Schleswig-Holstein der „Jungen Nationaldemokraten", hatte die Gastwirtin im unklaren darüber gelassen, wer die erwarteten 150 vermeintlich naturreligiös Interessierten seien, denn: „Die Suche nach Europas eigener Religion ist das Anliegen und nicht die Politik".

Nicht erwähnt hatte er, daß das „neurechte" „Thule-Seminar" aus Kassel das Periodikum „Elemente" verlegt. War es in den letzten Jahres etwas ruhiger um den Begründer und Leiter des Seminars, **Pierre Krebs**, und die Thule-Seminaristen geworden, so versuchen sie zur Zeit wieder etwas lauter zu werden und ihr theoretisches Konglomerat aus extrem rechter Ideologie und einer „indoeuropäischen Religion" darzubieten, um für die „europäische Wiedergeburt" und den „Kulturkrieg" gegen das „Judäachristentum" und die „verwestlichte Kultur" zu streiten.

Außer Krebs, der auch bei den „Europäischen Kameraden der Waffen SS" sprach, war **Jürgen Rieger** als Referent geladen. Thema des bekannten Nazianwalts: „Naturreligionen". Neben „einfachen Patrioten" trafen sodann am Samstagnachmittag rechte Skins und HeidInnen in Bünsdorf ein. Kein unbekanntes Publikum für **Swantje Swanhwit**.

Bereits am 25.Oktober bot die „Bardin" im Eisenacher Bürgerhaus den ca. 400 anwesenden Gästen des Wartburg-Festes der „Deutschland-Bewegung" etwas von ihrer ersten CD „Elfenzauber" dar. Mit Erfolg, sie gewann den „Sängerkrieg" des Festes vom 24. bis 26.Oktober am historischen Ort.

Traditionsbewußt hatte die extrem rechte Organisation, initiiert durch **Alfred Mechtersheimer**, zum 180jährigen Jubiläum geladen. Organisiert hatte den „Sängerkrieg" **Friedrich Baunack** aus dem nahegelegenden Rotenburg/Fulda, der selbst als „Barde" mit völkisch-nationalistischem Liedgut durch die Lande zieht.

Allerdings bildete 1817 nicht ein „Sängerkrieg" den Höhepunkt des Wartburgtreffens der deutschnationalen Burschenschaften, sondern die Verbrennung von Büchern „undeutschen Geistes". Trotzdem kommentierte die „Junge Freiheit" (JF) zufrieden: „Freiheit und Kampf, Vergangenheit und Zukunft, Vaterland und Mutterfreuden wurden besungen." Swanhwits vertonte Naturmystik sprach die „Heidenfamilien in wallenden Gewändern" mit ihren „Kinderscharen" ebenso an, wie die „bündische" und die „großstädtische Jugend, gepierct und in schwarzer Kluft" (JF).

In der JF lobte schon 1996 der Rechtsintellektuelle des „Hamburger Kreises", **Hanno Borchert**, ihr musikalisches Engagement in der Tradition der konservativ-revolutionären Kulturkritik: „Fernab von hämmernden Bässen und lärmenden Gitarrenverstärkern (...) spürt sie mit akkustischer Flöte und Sopranstimme den sichtbaren und unsichtbaren Na-

tursymbolen des Universums nach, um die verloren gegangene Harmonie zwischen Himmel und Erde wiederzufinden. So wie es schon die alten Barden der Kelten mit ihren sanften Klängen verstanden haben sollen". Und Borchert betont: „Der in unserer Zeit zu beobachtenden Entchristlichung und Säkularisierung des imperialen Christentums steht offenbar nicht nur in Deutschland eine Renaissance der archaischen Mythen entgegen (...) Mit ihren Liedern macht Swantje Swanhwit deutlich, daß Naturreligiösität, Ökologie und Identität nicht auseinander zu denken sind".

Wie bereits anläßlich der Hetendorfer Tagungswoche im Juni 1996, reiste Swanhwit mit ihrer Mutter **Helgard Fischer** an. Nach ihrem Besuch bei Jürgen Rieger anläßlich der Sonnenwendfeiern in Hetendorf begleitete ihre Mutter sie auch im September selben Jahres nach Dresden zum „Leinerntefest" der rechtsradikal-heidnischen „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas" (ANSE) von **Sigrun Schleipfer**.

Swanhwits Kulturkritik und Kontakte verdeutlichen, wie Paragraph 2 der Satzung des von ihr 1995 mit ins Leben gerufenen Hamburger „Heidenkreis e.V." zu verstehen ist. Vereinszwecke sind die „Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich der Grundlagen und Geschichte unserer Kultur, die Förderung der Bildung über die germanischen Naturreligionen (...) sowie die Förderung des heidnischen Brauchtums".

Für die rechte Interpretation des Heidentums in dem Hamburger Verein sorgt sie aber nicht alleine. Ihr Bruder **Sven-Onnen Fischer**, „Erstchargierter" der extrem rechten Burschenschaft „Hansea", ist seit der Gründung dabei, wie auch **Lutz Heckel**, der in der „Gruppe 146" aktiv war - ein mittlerweile aufgelöster rechtsintellektueller Kreis an der Hamburger Universität. Gemeinsam mit **Beate-Sophie Grunske** sitzt er im Vorstand des Hamburger „Heidenkreises". Grunske arbeitet auch in der von rechten Burschenschaften dominierten Liste „uni-aktiv" mit und ist die deutsche Verantwortliche der Jugendorganisation des europäischen „neurechten" Netzwerks „Synergies Européennes", der „Jeunes d'Europe". Deren deutsche Sektion „Synergon" trifft sich bei der Hamburger Burschenschaft „Germania". Desweiteren inserieren die Heidinnen und Heiden im Mitteilungsblatt der „Synergies" für ihre Seminare wie „Einführung in die Kultfeiern der europäischen Naturreligion" oder „Heidnische Meditation". 1996 eröffnete ihr Vorsitzender **Daniel Junker** als Dank das erste Kolloquium von „Synergon".

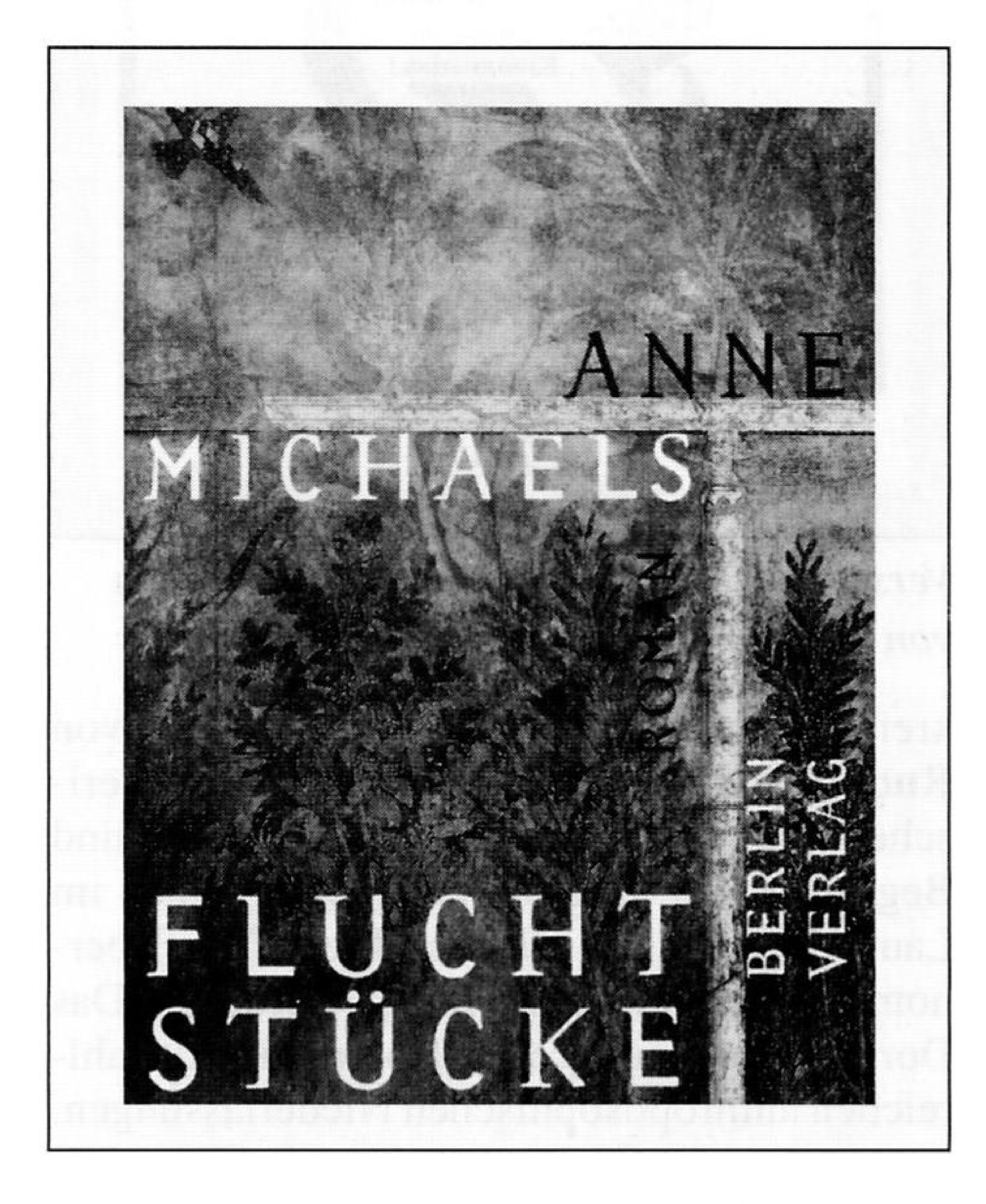
Regelmäßig unterhält der „Heidenkreis" in Hamburg einen Stammtisch im irischen Pub „St. Patrick", für den er in dem „Magazin für Schamanismus, Magie und Naturreligion", „Hag & Hexe", wirbt. Nicht dort zu lesen sind die Wiederbelebungsversuche der „rechten Mythen" durch den „Heidenkreis". Dafür dürfen Interessierte Swanhwits romantisch verklärte rechtsextrem-paganistische Verse in „Hag & Hexe" lesen. Für ihren „Elfenzauber" erhielt die „Bardin" von der „Deutschland-Bewegung" das symbolhafte Preisgeld von 1.817 DM. **Frank Rennicke** hat Konkurrenz bekommen.

Andreas Speit

Flüchten, Suchen, Finden

Mit ihren Prosadebüt „Fluchtstücke" entfacht die bisher als Lyrikerin hervorgetretene Anne Michaels erneut die Debatte über den angemessenen literarischen Zugang zum Holocaust. Michaels beschreibt, wie es sich nach dem „Monströsen" leben lasse und wie die Überlebenden und Nachgeborenen in der Gegenwart ankommen können - „jenseits von Schuld und Sühne als Überwältigter" (Jean Amery).

Sie erzählt die Geschichte des Überlebenden Jakob Berr und des Nachgeborenen Benn, seinem jungen Freund in Toronto, der Jakobs Tagebücher und Notizen findet. Als Siebenjähriger wird Jakob im Zweiten Weltkrieg aus den Höhlen einer Ausgrabungsstätte in Polen von dem griechischen Archäologen Athos Roussos gerettet. Er schmuggelt den ausgehungerten Jungen, dessen Eltern erschlagen wurden und dessen Schwester verschollen ist, mit seinem alten Lieferwagen nach Griechenland. Doch auch Griechenland ist von den Deutschen besetzt, so daß Athos Jakob in seinem kleinen Haus auf der Insel Zakynthos weiterhin verstecken muß.



Langsam lernt der Junge die neue Sprache und Athos zu vertrauen, der dem Verstörten alles beibringt, was er weiß. In dem Haus stapeln sich Präparate und Felsproben, Sedimente und Fossilien und Bücher über Bücher, mit denen er als Geologe und Archäologe arbeitet. Mit Hilfe dieses Schatzes zeigt er Jakob die „ganze Welt": die Sternbilder, Berichte von Antarktisexpeditionen, die Geheimnisse des Vogelzuges, die Kontinentalverschiebungen und die unendlich langsamen Prozesse der Geologie. In der Vergangenheit findet Jakob, der die Gegenwart fürchtet und um seine Familie trauert, etwas Sicherheit.

Nach der Befreiung von den Deutschen wird Athos nach Toronto gerufen und die beiden schiffen sich ein in die neue Welt - in eine neue Unsicherheit. Im Kanada der Nachkriegszeit erkennt Jakob, daß nur die Liebe Verstörung und Furcht besiegen kann. Doch wie kann ein Überwältigter nach dem Holocaust mehr als nur überleben lieben? Jakob findet Michaela, wie Benn Naomi, und eine Antwort, bei der die Liebe mehr als eine tiefe vertrauensvolle Verbindung zwischen zwei Menschen ist. Sie ist das einzige Überlebensprinzip in einer unendlich grausamen Welt.

„Das Glück ist denkbar nach Auschwitz" formuliert eine Rezension Anne Michaels Botschaft. Und sie artikuliert die allgemeine Bewertung der Literaturkritik, die das Vorhaben der kanadischen Autorin, die über zehn Jahre für „Fluchtstücke" recherchierte, die Geretteten und Nachgeborenen in eine glückliche Gegenwart zu führen, akzeptiert. In der Kritik gibt es kaum Zweifel an der gelungenen Literarisierung des Themas, obwohl schon vor dem Erscheinen von „Fluchtstücke" die Frage gestellt wurde, ob hier nicht ein doppeltes „Geschichstverbot" verletzt werde. Zum einen, weil eine Nachgeborene, der die historische Erfahrung fehlt, die sich einfühlen und es imaginieren muß, des Themas annimmt, und zum anderen, weil das Leben nach dem Holocaust als glücklich-möglich fiktionalisiert wird.

Es ist die Frage des Schreibens nach Auschwitz, die Theodor W. Adorno 1951 stellte, und des literarischen Umgangs mit und Zugang zum Holocaust, die spätestens seit dem Fernsehfilm „Holocaust" zur Debatte steht. Und die eigentlich ungeheuerliche aufgeworfene Frage - Provokation - ist, daß Jakob und Benn nach einem schweren Leidensweg eine glückliche Gegenwart erfahren, da es die andere Möglichkeit, daß sich Überlebende nach Jahren in den Selbstmord getrieben sehen, verwirft.

Dank Michaels Sprachmächtigkeit und Einfühlsamkeit fühlt sie der authentischen Memoirenliteratur nach und kann Abgründe als auch Zweifel deutlich machen, so daß auch die Möglichkeit, sich in den Selbstmord getrieben zu sehen, nachvollziehbar erscheint und nicht als indiskutable diffamiert wird. Auch wenn Michaels Protagonisten eine andere Flucht finden.

Auffällig Michaels allgemeines „die Deutschen", das die historische Wahrnehmung und den gesellschaftlichen Konsens des Nationalsozialismus in der Wortwahl transportiert.

Ihre „Fluchtstücke" dürfen vor der Folien von Victor Klemperers „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten" oder Aleksander Tismas „Das Buch Blam" gelesen werden. „Es zeichnet Anne Michaels' Roman aus, daß er abstrakte Begriffe wie Erinnerung in eine sinnliche Erfahrung verwandelt, daß er Geist in Fleisch, Gedanken in Empfindungen verzaubert (...) Eine lyrische Fahrt zu den letzten Dingen, hinein in die Seele der Finsternis" rezensierte Marianne von Dyck im „Spiegel Extra". Eine gewagte und gelungene Prosa, die Fragen und Antworten zur Diskussion stellt.

Anne Michaels: Fluchtstücke, Berlin Verlag 1996, 39,80 DM

Jos Anders

„Küßt die Faschisten"

Zwar bettet die „akzeptierende Sozialarbeit" rechtsextrem motivierte Jugendliche nicht auf Rosen. Doch sie streut sie ihnen auf den Weg. So das Resümee der HerausgeberInnen der Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut...".

Die Anlehnung der HerausgeberInnen an Tucholskys zynischer Reflektion aus dem Jahre 1931 scheint berechtigt. Sowohl die dargestellten Projekte, als auch die beschriebenen theoretischen Konzepte behandeln die rechten Jugendlichen „lieb und nett", in der Form, daß ihre „Orientierung" nicht thematisiert und die soziologisch-pädagogische Analyse auf den Aspekt der „Modernisierung" reduziert wird. Und sie geben ihnen „Bonbons und Zuckerchen" in Gestalt von Freizeitangeboten und Jugendzentren.

Eine These der AutorInnen ist, daß „ein neuer 'rechter Konsens' staatlicher Stellen mit rechten der Jugend" zu beobachten sei: „Zunächst die SozialarbeiterInnen selbst, die ihr Projekt vor öffentlicher Kritik schützen wollen, bis dahin, daß sie gemeinsame Sache mit ihrem Klientel machen. Auch LehrerInnen, Behörden, Polizei, Gemeindeverwaltung sind häufig vor allem darum bemüht, Probleme mit Rechtsextremen herunterzuspielen, sie gewähren zu lassen, im Falle von Konfrontation die Bewegungsfreiheit aller anderen eher als die der FaschistInnen einzuschränken".

Eine andere These ist, daß die rechte Orientierung der Jugendlichen „nur" den kulturell-politischen Mainstream reflektiere, was sich konsequenterweise in den pädagogischen Konzepten manifestiere.

Die Motivation der HerausgeberInnen für die Broschüre resultiert aus diversen Konflikten von AntifaschistInnen mit direkten Projekten vor Ort. Eine Stärke, als auch Schwäche der Broschüre. Einige Beiträge bleiben bei der Diskreption stehen, kritisieren jedoch ohne nachvollziehbare Analyse. Andere dagegen stellen eine dezidierte Kritik aus einen pädagogischen Background dar.

Viele Fragen bleiben offen und einige sind vermutlich auch noch ungenau gestellt. Die Antworten der AutorInnen sind ein weiterer Schritt in der Auseinandersetzung. Weitere sollten folgen. Die SozialpädagogInnen und PädagogInnen machen sich nur schwerlich auf den Weg der Selbstreflektion. Das diese dringend nötig ist, dokumentiert die Broschüre, die Anregungen zur Reflektion präsentiert.

Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.): „Rosen auf den Weg gestreut ...". 4.- DM. Zu beziehen über: reihe antifaschistische texte c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Ulrich Schneider

Politik und Gedenktage

Gedanken zum 30.Januar 1998

Ob 8.Mai, 1.September oder 9.November, Gedenk- und Jahrestage sind Spiegelbilder des ideologischen Zustandes dieser Gesellschaft. Diese durchaus nicht neue Erkenntnis wird einmal mehr im Zusammenhang mit dem 27.Januar und dem 30.Januar in diesem Jahr unter Beweis gestellt.

Seit vielen Jahren geht der politische Streit um die Frage, welche inhaltliche Füllung Gedenktage bekommen, und damit, welche Wertung mit den jeweiligen Jahrestagen für die Zukunftsorientierung verbunden wird. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker den 8.Mai 1985 als „Tag der Befreiung" bezeichnete, gab es einen Aufschrei reaktionärer Politiker und Historiker in unserem Land, die - wie **Alfred Dregger** - den Tag als „Tag der Niederlage" oder Katastrophe verstanden. Der folgende „Historikerstreit" war nicht zuletzt der Versuch, erneut die konservative Hegemonie in der geschichtspolitischen Debatte zu behalten. Auch 1995 versuchten bekanntlich geschichtsrevisionistische Kreise der alten und „Neuen Rechten" - von **Alfred Dregger**, **Herbert Fleissner** und **Caspar von Schrenck-Notzing** bis **Dieter Stein**, **Uhle-Wettler** und **Rainer Zitelmann** - mit dem Aufruf „Gegen das Vergessen" kurzzeitig die Diskussion zu bestimmen. Doch war das Ergebnis, wie man an der immer breiter werdenden öffentlichen Diskussion um historische Themen sehen kann, mehr als ambivalent.

Als der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus zum 27.Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz durch die sowjetische Armee, 1996 in aller Eile vom Bundespräsidenten Roman Herzog ausgerufen wurde, war die Befürchtung mancher Antifaschisten groß, daß hiermit die gesellschaftliche Aufmerksamkeit allein auf die Opfer des Holocaust gelenkt werden sollte. Die Jahrestage der Befreiung von Faschismus und Krieg oder auch der Etablierung der faschistischen Herrschaft schienen durch die Fokussierung auf die Vernichtungspolitik, die in Auschwitz ihren brutalsten Ausdruck gefunden hatte, verdrängt zu werden. Auch hatte man damals Sorge, daß durch die richtige und wichtige Erinnerung an die Opfer des Holocaust erneut andere Gruppen der NS-Opfer verdrängt werden könnten. Mittlerweile gehören zu dieser Gruppe der ausgegrenzten Opfer immer häufiger selbst diejenigen zumeist kommunistischen Widerstandskämpfer, denen - mit der Begründung: DDR-Staatsnähe - Entschädigung und Renten aberkannt wurden. Dabei waren es oftmals sie, die schon vor 1933 gegen die drohende Gefahr der faschistischen Herrschaft gewarnt und gekämpft hatten.

Und so forderte die VVN-BdA in einer ausführlichen Stellungnahme zum Beschluß des Bundespräsidenten: „Wer des 27.Januar 1945 gedenkt, muß auch den 30.Januar 1933 mitdenken.Ursachen und Herkunft des Faschismus sind notwendige Bestandteile jeder Erinnerungsarbeit." Gleichzeitig wurde hervorgehoben: „Das Gedenken an die Opfer muß verbunden sein mit der Erinnerung daran, wer die Täter waren. Das heißt: Benennung der Schuldigen und der Nutznießer an der Errichtung der nazistischen Herrschaft und an der Entfesselung des Krieges." Und Anknüpfungspunkte für solch eine Erinnerungsarbeit drängen sich im 65.Jahr der Machtübertragung an die Nazis förmlich auf: Seit einem Jahr wird breit über die Rolle der Wehrmacht im Vernichtungskrieg debattiert. Hierdurch wird die Frage der Täter und Nutznießer deutlicher in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Nicht zuletzt der Skandal um **Manfred Roeder** an der Führungsakademie der Bundeswehr drängt den historischen Blick auf die Haltung und Rolle der Reichswehr bei der Etablierung faschistischer Herrschaft in Deutschland. Als kleine Hilfestellung für diese Art der Erinnerung legte die VVN-BdA kürzlich eine Material- und Dokumentensammlung unter dem Titel „Gedenken am 27.Januar - Ein Tag zum Nachdenken, Weiterdenken und Handeln" vor.

Während die Bundesregierung neben dem obligaten Festakt für den 27.Januar 1998 eine Begegnung der Generationen plant, zu der auch Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung eingeladen wurden, bereiten Gedenkstätten, Geschichtsinitiativen und antifaschistische Gruppen - wie schon im letzten Jahr - diesen Jahrestag mit eigenen Veranstaltungen zur Erinnerung vor. Nicht wenige dieser Initiativen verbinden in diesem Jahr das Gedenken an den 27.Januar mit der Erinnerung an den 30.Januar 1933, so bei geplanten Aktionen vor der ehemaligen Villa des Bankiers **Schröder** in Köln und anderen Orten. Diese gespaltene Erinnerung ist Ausdruck des ideologischen Zustandes dieser Republik.

Eine Zustandsbeschreibung besonderer Art soll eine geschichtspolitische Konferenz am 30./31.Januar 1998 in Kassel leisten. Auf Initiative der VVN-BdA versuchen Historiker und historisch engagierte Laien, Wissenschaftler und Verfolgte des Naziregimes, antifaschistisch engagierte Menschen verschiedener Richtungen den Stand der ideologischen Auseinandersetzungen um den deutschen Faschismus, die Täter, die Taten und den Widerstand dagegen zu beschreiben. In Referaten und Workshops geht es um Fragen der neuen Totalitarismusthesen, die Debatte um die Wehrmachtsausstellung, um Auschwitz-Leugner und akademische Geschichtsrevisionisten, um die Verdrängung des antifaschistischen Widerstandes - besonders aus der Arbeiterbewegung -, um Versuche der Neubeschreibung der Rolle von Großbanken und Konzernbetrieben bei der Machtübertragung und Etablierung der faschistischen Herrschaft. Zum Abschluß sollen aus unterschiedlichen Blickwinkeln Konsequenzen der Goldhagen-Debatte für antifaschistische Geschichtsarbeit thematisiert werden. Dabei handelt es sich beileibe nicht nur

um eine historische Debatte. In verschiedenen Workshops wird auch über die Prozesse gegen den Münsteraner AStA wegen „Wahrnahme des politischen Mandats" (er organisierte eine „Zeitzeugen-Gesprächsreihe" mit Männern und Frauen aus dem Widerstand) und die Angriffe des Verfassungsschutzes - nicht nur gegen den „Rechten Rand" - auf den Antifaschismus diskutiert. Der Schritt, im letzten VS-Bericht eine bestimmte Faschismus-Interpretation als „verfassungsfeindlich" zu qualifizieren, macht anschaulich deutlich, welche Ziele staatliche Geschichtpolitik verfolgt. Demgegenüber ist antifaschistisches Eingreifen - auch in der Gestaltung von Jahres- und Gedenktagen - dringend notwendig.

Wer Interesse an der Kasseler Konferenz hat, wende sich wegen nähere Informationen an die Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel: 0511/ 33 11 36. Dort ist auch die Broschüre zum 27.Januar zu beziehen.

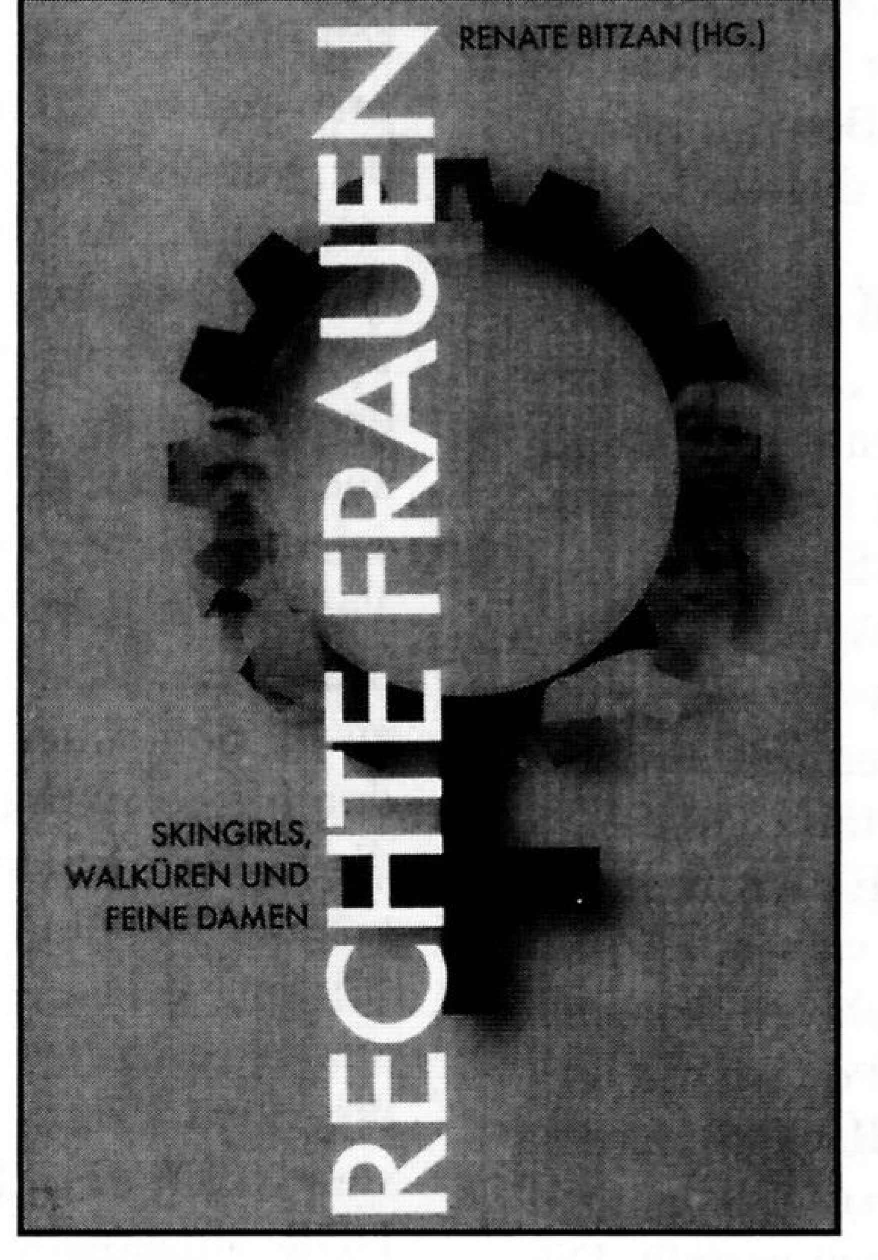
Faschistische Feministinnen - ein Widerspruch?

Renate Bitzan: "Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen."

Das Buch "Rechte Frauen" bietet einen guten Überblick des Spektrums ideologischer Strömungen sowie der einzelnen Aktionsfelder und Organisationen, in denen rechte Frauen und Mädchen agieren.

Eingang finden ebenso historische Bezüge zur Weimarer Republik (bzgl. aktiver und ideologieformender Faschistinnen), wie Diskussionen über esoterische Rechtsideologien und Sozialarbeit mit rechten Mädchen.

Akzentsetzungen werden insbesondere hinsichtlich der Überschneidungen feministischer Politik, konservativer Frauenpolitik und faschistischer Ideologie vorgenommen. Diesbezügliche Diskussionsschwerpunkte von antifaschistisch organisierten Frauen werden dargelegt. Wirken die, in den verschiedenen Artikeln auftretenden Kontroversen zunächst irritierend, so liefern sie doch auch Anlaß und Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung.



Das Buch eignet sich sowohl als Einstiegslektüre (nicht nur) für Frauen, als auch für diejenigen, die bisherige Positionen und Diskussionen vertiefen oder auffrischen wollen. (Leider sind die Quellen z. T. veraltet und die Untersuchungen nicht immer repräsentativ). Gleichzeitig bietet sich das Buch als Nachschlagewerk an, da es griffige Kurzbiographien über rechte Frauen enthält.

Die Hauptthese des Buches ist, daß Frauen aktiv an der faschistischen Ideologieproduktion und Praxis beteiligt sind. Eine Erkenntnis, die zwar nicht brandneu, sehr wohl aber für die feministische wie antifaschistische Diskussion relevant ist. Denn noch immer überwiegt die weit verbreitete Auffassung, Frauen seien lediglich (zu vernachlässigende) Mitläuferinnen der faschistischen Szene.

Das Buch fragt nach den Motiven von Frauen, sich rechts zu organisieren. Dabei machen die Autorinnen deutlich, daß der Anreiz faschistische und rassistische Politik zu betreiben, nicht in der (ohnehin uneinheitlichen) Frauenpolitik der entsprechenden Organisationen besteht. Im Gegenteil verfolgen Frauen dort eigenständig rassistische und nationalistische Ziele ohne sich einheitlichen Rollenzuweisungen unterwerfen zu müssen. Trotz konservativer Frauenbilder im rechten Lager, vertreten (und verkörpern) dort organisierte Frauen in der Geschlechterfrage oft egalitäre Ansichten. Die Herausgeberin macht in einem Artikel deutlich, daß feministische und faschistische Ideologie und Praxis sich nicht grundsätzlich ausschließen müssen. Doch antisexistische Bestrebungen rechter Frauen sollten nicht Anlaß bieten, feministische Politik durch Faschistinnen vereinnahmen zu lassen. Deshalb ist der (im Buch eingeführte) Begriff "Nationalfeminismus" ebenso abzulehnen, wie das Titelbild, auf dem das Frauenzeichen (identitätsstiftendes Symbol der neueren fortschrittlichen Frauenbewegung) mit Bildern von FaschistInnen unterlegt wird. Allerdings ist es richtig, bisherige linke und feministische Positionen daraufhin zu überprüfen, ob sie sich gegen alle Herrschaftsstrukturen (also sexistische, rassistische, klassenmäßige u.s.w.) richten.

Bleibt noch eine kritische Anmerkung zu dem Beitrag über Sozialarbeit mit rechten Mädchen: die Neigung zu rechten und faschistischen Orientierungen erklärt Michaela Köttig mit sozialen Defiziten, wodurch sie die, wenn auch jugendlichen, Täterinnen entlastet. Schwierige familiäre und soziale Verhältnisse müssen keineswegs zu nationalistischen und rassistischen Einstellungen führen. Der Großteil der jugendlichen wie der erwachsenen FaschistInnen kommt schließlich aus "der Mitte der Gesellschaft". Ansonsten ein lesenswertes Buch, meint: **Fantifa Olga B.**